



Landtag  
**Burgenland**

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

der  
33. Sitzung

der  
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Freitag, 25. März 2022**

07.30 Uhr - 14.10 Uhr

## Tagesordnung

-----

### Inhalt

#### Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 4515)

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Handeln statt Zusehen“ – auf den Krieg in der Ukraine reagieren (Zahl 22 - 964) (Beilage 1315)

Begründung der Dringlichkeit: Dr. Roland Fürst (S. 4516)

Redner: Géza Molnàr (S. 4526), Mag.a Regina Petrik (S. 4528), MMag. Alexander Petschnig (S. 4533), Markus Ulram (S. 4540), Wolfgang Spitzmüller (S. 4544), Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 4547), Wolfgang Sodl (S. 4552), Patrik Fazekas, BA (S. 4554), Markus Ulram (S. 4559)

**Dringliche Anfrage** des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Verfassungsklage Ärztegesetz (Zahl 22 - 973) (Beilage 1324)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 4560)

Abgabe einer Stellungnahme: Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 4563)

Redner: Johann Tschürtz (S. 4567), Kilian Brandstätter (S. 4569), Patrik Fazekas, BA (S. 4570)

### **Beginn der Sitzung: 7 Uhr 30 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Schönen guten Morgen meine Damen und Herrn Abgeordneten, Frau Landeshauptmann Stellvertreterin! Ich darf Sie alle hier im Saal, aber natürlich auch alle Menschen, die uns via Livestream begleiten, sehr, sehr herzlich begrüßen.

Ich eröffne die 33. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Diese Sitzung habe ich aufgrund eines der Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann, Elisabeth Böhm, Kilian Brandstätter, Mag. Christian Dax, Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Roman Kainrath, Mag. Kurt Maczek, Dieter Posch, Doris Prohaska, Claudia Schlager, Ing. Thomas Schmid, Ewald Schneckner, Wolfgang Sodl, Rita Stenger, Elisabeth Trummer und meiner Wenigkeit gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 32. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landesrätin Mag.a (FH) Winkler, Herr Abgeordneter Klubobmann Robert Hergovich, Abgeordneter Johannes Mezgolits, Abgeordneter Mag. Christoph Wolf und Frau Landtagsabgeordnete Dlin Julia Wagentristl entschuldigt.

Ich darf wie immer an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auf Grund der aktuellen COVID-Situation die heutige Sitzung öffentlich nur via Livestream verfolgt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie aber eben auf Grund dieser COVID-Situation, die alles andere als gut ist, darauf hinweisen, dass Sie den Sicherheitsabstand für sich selber gewährleisten, die Maske beim Rein- und Rausgehen beziehungsweise auf dem Weg zum Rednerpult tragen.

Meine Damen und Herren, ich darf darauf weiter verweisen, dass die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung wie immer Ihnen gemäß § 56 Abs. 3 der GeOLT mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht wurde, genauso wie immer die Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen natürlich dementsprechend verteilt wurden.

Weiters möchte ich Sie informieren, dass ein Dringlichkeitsantrag für die heutige Sitzung eingelangt ist. Und zwar ist das der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Handeln statt Zusehen“ – auf den Krieg in der Ukraine reagieren.

Gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT werde ich natürlich diesen Dringlichkeitsantrag nach Unterbrechung von drei Stunden, jedoch spätestens um 15.00 Uhr, wie es sonst ist - das werde ich heute natürlich nicht tun - sondern nach Eingang in die Geschäftsordnung, drei Stunden später.

Eine weitere dringliche Anfrage ist eingelangt, und zwar des Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, Zahl 22 – 973, Beilage 1324.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 in Verbindung mit § 54 Abs. 4 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung wie immer fristgerecht versendet und

ist unverändert geblieben.

Ich würde jetzt, es ist 7.36 Uhr, in die Tagesordnung übergehen.

Nachdem außer dem Dringlichkeitsantrag und der dringlichen Anfrage keine weitere Tagesordnung vorliegt und die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages sowie der dringlichen Anfrage frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 10.40 Uhr.

Meine Damen und Herren, ich darf noch darauf hinweisen, erinnern, die Mitglieder der Präsidialkonferenz für 9.00 Uhr bitte hier im Landtagssitzungssaal, weil wir hier einiges zu besprechen haben.

Ich darf also die Sitzung unterbrechen bis 10.40 Uhr.

*(Die Sitzung wird um 7 Uhr 36 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr 41 Minuten fortgesetzt.)*

**Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Handeln statt Zusehen“ – auf den Krieg in der Ukraine reagieren (Zahl 22 – 964) (Beilage 1315)**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme nunmehr die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Handeln statt Zusehen“ - auf den Krieg in der Ukraine reagieren, Zahl 22 - 964, Beilage 1315.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung jedoch frühesten drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, darf ich nunmehr den Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages erteilen. Bitte Herr Abgeordneter Dr. Fürst.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir haben uns heute zusammengefunden zu diesem Sonderlandtag, weil etwas passiert ist vor knapp einem Monat. Nämlich, dass ein russischer Aggressor, genannt der Präsident Putin, etwas Unbeschreibbares gemacht hat.

Nämlich, er hat ein souveränes Land überfallen. Das ist traurig, das macht aber auch gleichzeitig sehr zornig. Zornig deswegen, weil so ein barbarischer Akt im 21. Jahrhundert inmitten Europas überhaupt noch möglich ist nach dieser Geschichte, die Europa auch hat.

Seit dem Überfall von Hitler auf Polen 1939 ist das der erste Angriff auf ein souveränes Land in Europa durch ein anderes Land. Und es erschüttert ganze Generationen in Europa, in Österreich, die im Glauben aufgewachsen sind oder leben, dass so etwas Schreckliches in Europa einfach nicht mehr möglich ist.

Es sterben täglich Kinder, Frauen, Familien in der Ukraine. Putin setzt auf Krieg. Putin sitzt nicht am Verhandlungstisch. Er will offensichtlich auch diesen Krieg zu Ende führen, wie auch immer dieses Ende aussieht. Bis dato wurden circa 10.000 Menschen getötet durch einen völlig sinnlosen Krieg.

Wir wollen mit diesem Dringlichkeitsantrag heute einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, um einerseits den Krieg von Putin gegenüber der Ukraine ganz scharf zu

verurteilen und uns andererseits ganz klar für die Aufrechterhaltung der Souveränität der Ukraine aussprechen. Insofern wollen wir auch gerne darlegen, was bis dato auch schon geschehen ist - das in einer nächstfolgenden Seite.

Der Krieg Putins ist deswegen auch scharf zu verurteilen, weil natürlich das ja kein lokaler Konflikt ist, sondern weil sich dieser Konflikt geopolitisch auswirkt und unser Gefüge in vielen Bereichen massiv verändern wird.

Jetzt ist es kein Thema, ich möchte es aber trotzdem ansprechen, weil es sehr stark diskutiert worden ist und nur ganz kurz: die Neutralität oder die Diskussion um die Neutralität.

Da war es doch wirklich so, dass gleich nach Beginn des Krieges meines Erachtens unfassbare Äußerungen gekommen sind, die diese Neutralität in Frage gestellt haben, die das hingestellt haben, als wäre das ein Anhängsel der Geschichte gewesen, das uns nie irgendetwas gebracht hat. So ist es nicht.

Also, geschichtlich kann man das ja ganz gut nachvollziehen, dass die uns sehr viel gebracht hat. In einer aktiven Neutralitätspolitik à la Bruno Kreisky hat es viel gebracht. Es wurde Wien zum Beispiel als UNO-Standort auserkoren. Es wurde die OSZE da etabliert und es wurden viele, viele Abkommen, Friedensabkommen und andere geopolitische Diskussionen dort in Wien beendet.

Dass Österreich geopolitisch und neutralitätspolitisch keine Rolle mehr spielt, das ist nicht, das liegt nicht in unseren Händen, denn seit 1986 ist das Außenamt in der Hand der ÖVP mit einer kurzen Einschränkung von der Ministerin Kneissl.

Das muss man ganz klar sagen und ich muss ganz offen sagen, es war haarsträubend, haarsträubend die Aussage des Bundeskanzlers über die Neutralität, der sinngemäß gemeint hat, es wurde Österreich von den Russen aufoktroziert.

Also, er hat dann eh eine Woche später zurückrudern müssen und hat sich auch dafür glaube ich entschuldigt. Aber es zeigt ein bisschen das Geschichtsverständnis der ÖVP, das uns ja in den letzten Wochen wirklich die Haare zu Berge stehen hat lassen.

Also, ich verweise nur zum Beispiel auf die Aussage des Nationalratspräsidenten Sobotka, der sinngemäß, nicht sinngemäß, wortwörtlich gesagt hat, die Situation in der Ukraine ist vergleichbar wie 1945 bei uns, wie die Alliierten Nazi-Deutschland und Österreich befreit haben und er versteht nicht, warum die Menschen aus der Ukraine fliehen und zu sagen, dass sie dortbleiben und das dann aufzubauen. Sein Geschichtslehrer hat sich dann auch entschuldigt für diese Aussage oder distanziert.

Oder ich verweise auf den Kurzzeitkanzler und Außenminister Schallenberg, der wortwörtlich gesagt hat, Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus. Ja, mittlerweile ist das klar, das war ein Mythos, den man vielleicht nach dem Krieg benutzen musste, um die Schmerzen klein zu halten, aber mittlerweile klar ist, dass das nicht der Fall ist.

Insofern passt auch - und da möchte ich das auf den vorletzten Landtag rekurrieren - die Aussagen vom Kollegen Steiner dazu, der mich als Lügner bezeichnet hat, weil ich gesagt habe, es hat nur eine Partei bis dato gegeben, die das Parlament ausgeschaltet hat und das war die Vorgängerpartei der ÖVP unter Engelbert Dollfuß. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner*) Ich sage es nur.

Und das war natürlich - bis auf ein paar Historiker von der ÖVP, die diesen Mythos aufrecht zu erhalten versuchen - völlig umsonst. Es ist völlig klar, dass eine Geschäftsordnungslücke vom Dollfuß-Regime genutzt wurde, um das Parlament widrig

aufzulösen, um einen Austrofaschismus zu installieren. Und mich wundert auch nicht, dass hier dieses krude Geschichtsverständnis da ist und ich würde Sie ersuchen, bitte lernt Geschichte, bitte! *(Heiterkeit in den Reihen der FPÖ – Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zurück zum Krieg, das war mir wichtig, weil diese Debatte wird auch noch weitergehen. Und ich sage nur dazu, es gab ja auch Äußerungen, dass man sagt, man sollte sofort der NATO beitreten als neutrales Österreich. Also, das ist schon eine Dimension, die, glaube ich, uns noch weiterbeschäftigen wird und da müssen klare Pflöcke eingeschlagen werden, daher auch dieser kurze Ausflug.

Dieser Krieg in Russland unter Putin ist nicht nur Krieg gegen die Ukraine, sondern das ist ein Krieg gegen die Demokratie. Gegen uns alle letzten Endes, die für demokratische Werte stehen wie Toleranz, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Medienfreiheit und vieles mehr. Und das muss uns klar sein. Und insofern gilt unsere ganze Solidarität der Ukraine und auch den Menschen in der Ukraine.

Auch wenn diese Geschichte, und das sage ich auch ganz deutlich, zu diesem Krieg nicht schwarz-weiß ist. Es gibt Gründe, warum es zu diesem Krieg gekommen ist. Das wird sich dann auch irgendwann einmal einer Geschichtsaufarbeitung stellen müssen, aber das zählt momentan nicht. So etwas zählt momentan nicht. Das zählt so lange nicht, so lange dort Menschen sterben durch einen sinnlosen Krieg.

Wir müssen jetzt alles tun, um den Menschen in und außerhalb der Ukraine zu helfen. Und das haben wir bereits im Burgenland ganz gut getan und auch in Österreich. Das Helfen das liegt ja in der DNA der Burgenländerinnen und Burgenländer. Wenn jemand Unterstützung braucht, wenn jemand fliehen muss aus seinem Heimatland, da gibt es eine wirklich tolle Tradition von uns allen, das liegt in der DNA.

1956 die Ungarn-Krise, bis zu 160.000 Menschen waren da kurzzeitig mittelfristig in Österreich, im Burgenland, 1989 der Fall des Eisernen Vorhanges. Und ich verweise aber auch auf 2015, auf diese große Fluchtbewegung oder auch die Jahre danach. Weil wir als Grenze natürlich sehr exponiert sind, wo sehr viele Menschen, die flüchten oder auch anderswertig nach Österreich kommen.

Da zeigt es sich, dass wir Dank des Bundesheeres, Dank der Polizei und Dank der Bevölkerung hier das wirklich so machen, dass da keine größeren Konflikte entstehen. Und das ist etwas, was uns wirklich, glaube ich, auch auszeichnet. Das darf ich an dieser Stelle sagen.

Das Burgenland hat aber gleich reagiert, nämlich gleich zu Beginn des Krieges, der jetzt einen Monat tobt. Nämlich der Herr Landeshauptmann, er ist ein geübter und erprobter Krisenmanager und hat sofort eine Vorort-Hilfe organisiert. Er ist auch mehrfach an die Grenze gefahren, um sich ein Bild zu machen. Meistens übrigens ohne Presse und ohne Medien, weil es ihm wichtiger war zu schauen, wie kommt dort die Hilfe an, was ist dort notwendig und wie wird das organisiert?

So haben wir alle in unzähligen Sammelaktionen im Burgenland über 1.300 Paletten sofort liefern können, mit Lebensmitteln, mit Hygieneartikeln. Es wurden an einem Samstag Medikamente und Verbandsmaterial gesammelt und das alles ist rechtzeitig in die Ukraine gekommen. Da haben viele unzählige Organisationen, Freiwillige und so weitergeholfen und das war, glaube ich, eine tolle erste Aktion.

Und an dieser Stelle möchte ich mich auch wirklich aufrichtig und stellvertretend bei allen Helferinnen, Koordinatoren in den Gemeinden, in den Bezirken, der Verwaltung, im

Krisenstab, bei den Organisationen, bei der Zivilgesellschaft, vor allem bei den Burgenländerinnen und Burgenländern, stellvertretend bei zwei Menschen bedanken.

Auf der einen Seite beim Wolfgang Werderits und beim Alex Heller von den Burgenländischen Verkehrsbetrieben, die dies wirklich vor Ort logistisch, glaube ich, wirklich wunderbar hinbekommen haben, dass die Menschen zu uns gekommen sind, dass die Hilfsgüter ankommen. Dafür bitte ich um einen recht herzlichen Applaus. *(Beifall bei der SPÖ)*

Während die ersten Menschen aus der Ukraine im Burgenland eingetroffen sind, hat die Bundesregierung vor zwei Wochen einen Flüchtlingskoordinator bestellt, das war gut und wichtig, weil diese Hilfe natürlich auch organisiert werden muss.

Es waren 15 Busse in etwa, die 625 Menschen bis dato von der Ukraine ins Burgenland gebracht haben, wo versucht worden ist, hier adäquate Quartiere zu finden, wo auch eine Betreuung stattfindet, wo sich die Menschen nicht nur sicher fühlen und so gut es geht auch wohlfühlen.

Es wurde gleich, wie soll ich sagen, die Partizipation eingeleitet. Ich weiß von Trausdorf, da waren schon die ersten, die bei der Flurreinigung geholfen haben, freiwillig, und haben sich da engagieren wollen und vieles mehr. Und das ist ganz wichtig.

Das ist deswegen wichtig, weil natürlich solche Krisen, so ein Krieg, auch die hässlichste Fratze der Menschheit ans Tageslicht spült, unabhängig vom Krieg. Es waren nämlich sofort Menschenhändler, Menschenschmuggler und die, die mit dem Leid der Wesen, mit dem Leid der Menschen einfach Kapital schlagen wollen, bei der Grenze und haben versucht - und da hat es auch unschöne Szenen gegeben - und das ist insofern ganz wichtig, dass man hier zeitnah und ganz rasch geholfen hat.

Ganz wichtig ist, denke ich auch, den weiteren Verlauf im Auge zu behalten. Der Krieg wird nach Ansicht aller ExpertInnen nicht morgen zu Ende sein, der wird weitergehen, leider. Und es geht auch darum, zu schauen, wie geht Europa mit diesem Krieg um und vor allem mit den Menschen, die zu uns kommen.

Da ist gestern eine Statistik erschienen, das hat die EU-Kommissarin, die zuständige, veröffentlicht, nämlich wie die Verteilung bis dato, was Flüchtlinge betrifft aus der Ukraine, da wurden, als Parameter wurden herangezogen die Einwohnerzahl des Aufnahmelandes plus die Asylanträge, die es schon gibt.

Und da ist herausgekommen, dass Österreich an zweiter Stelle hinter Polen liegt. An zweiter Stelle hinter Polen! Polen wissen wir, liegt neben der Ukraine. Ich glaube, da gibt es jetzt 2,5 Millionen Menschen aus der Ukraine und Österreich liegt hier an zweiter Stelle. Ich denke, dass wir hier bewiesen haben, dass wir rasch und schnell helfen und dass das auch gut gelungen ist.

Wichtig, und das sage ich auch an dieser Stelle, ist aber ganz klar, dass es bei der Aufteilung von den Menschen aus der Ukraine, was das betrifft, dass man natürlich schaut, wo gibt es Anknüpfungspunkte, wo gibt es eine Community. Das ist sicher ein Fakt, aber der zweite Fakt ist sicher auch, dass man das fair aufteilen muss. Dass das nicht wieder so ist, dass zwei, drei, vier Länder hier alle Menschen aus der Ukraine aufnehmen, das wird Österreich auf die Dauer nicht aushalten.

Das Burgenland hilft, das habe ich schon gesagt, jawohl.

Jetzt möchte ich zu den Auswirkungen kommen. Die Auswirkungen sind ja sozusagen nicht nur unmittelbar in der Ukraine und in den Umländern bemerkbar, sondern natürlich machen sich die überall bemerkbar, vor allem auch, was die Teuerung

betrifft, was diese unglaubliche Teuerungswelle betrifft, die uns ja schon vor dem Ukrainekrieg ganz massiv beschäftigt hat. Das müssen wir auch wissen.

Wir haben im Februar die höchste Inflation seit 38 Jahren mit knapp sechs Prozent, das wird sich noch steigern, und der Krieg in der Ukraine hat diese Teuerungswelle noch gewaltig beschleunigt.

Das ist, wie wenn man versucht, Feuer mit Benzin zu löschen. Ja, das hat wirklich jetzt einen Turbo entzündet. Alle von ihnen und alle von uns haben das mitbekommen. Da hat es massive Anstiege gegeben, was den Benzinpreis betrifft und vieles mehr.

Und da ist auch etwas zu Tage getreten, dass wir natürlich - ein Satz vorher - das ist insofern ganz wichtig, weil von dieser Teuerungswelle natürlich viele Menschen in Österreich und im Burgenland extrem betroffen sind. Weil sie das Leben nicht mehr finanzieren können, weil sie einfach nicht mehr wissen, sollen sie tanken, sollen sie die Miete zahlen oder sollen sie einkaufen gehen.

Und das ist als jetzt kein rhetorisches Daherplätschern, sondern das kriegen Sie alle mit in den Gemeinden. Ich habe jetzt viele Gespräche geführt mit KollegInnen aus der sozialen Arbeit, mit den Organisationen, das bricht wirklich gerade noch einmal auf. Schuldenberatung und vieles mehr, das geht bis in die Mittelschicht hinein und da müssen wir uns etwas überlegen. Das ist ganz, ganz wichtig.

Zu der Abhängigkeit von Russland, was Gas und Öl betrifft ist schon zu sagen, also man muss kein hochbezahlter Manager sein, um das rechtzeitig abschätzen zu können, dass das nicht besonders geschickt ist.

Dass das nicht besonders geschickt ist, weil die Informationen lagen eigentlich schon seit Jahren, Jahrzehnten vor. Warum? Österreich ist mit 80 Prozent abhängig vom russischen Gas, der EU-Durchschnitt 40 Prozent. Jetzt frage ich mich, was haben die anderen Länder anders gemacht als wir?

Ich bin dafür, dass das politisch aufgearbeitet werden muss. Der ehemalige ÖMV-Chef, der Herr Roiss, hat ja ganz deutlich gesagt, es hat einen intensiven und ganz massiven Druck, einen politischen und einen wirtschaftlichen Druck gegeben, diese Abhängigkeit von Russland aufrecht zu erhalten. Da würde mich schon interessieren, wer da dahintersteckt. Völlig wurscht, wer das ist, das gehört aufgedeckt und das gehört meines Erachtens auch aufgearbeitet.

Dass es unter schwarz-blau besonders enge Bindungen zu Russland gegeben hat, das ist evident, das will ich auch gar nicht besprechen, weil das auch, glaube ich, nicht der richtige Zeitpunkt ist.

Was ich aber schon sagen will - und das ist mir wichtig - ist - als meine persönliche Meinung dazu - was jetzt auch nicht geht, dass man jeden und alle Organisationen, die mit Russland in Kontakt waren, an den Pranger stellt. Das finde ich auch nicht legitim. Das ist so ein bisschen typisch österreichisch, schwarz-weiß, dazwischen gibt es nichts. Nein.

Wir haben ja selber viele Beziehungen gehabt. Ich habe russische Studierende gehabt auf der Fachhochschule und es war ja immer auch eine durchaus gute Strategie, mit solchen Beziehungen totalitären Systemen ein Stück weit Demokratie zu exportieren.

Und das ist ja auch ein Stück weit gelungen, wenn Sie die Proteste in Russland anschauen. Und insofern würde ich auch hier in der Beurteilung um einen pragmatischen Zugang ersuchen und auch entsprechend keine Verurteilungen vorschnell zu treffen.



Das Land Burgenland hat sozialdemokratisch geführt schon rechtzeitig die Wichtigkeit dieser Energie-Autarkie erkannt und hat schon Windkraftträder hier bauen lassen und gebaut, wo noch wo anders darüber diskutiert worden ist.

Ich war damals, 2003/2004 beim Kurier als Journalist und habe damals sehr viele Windkraftgeschichten gemacht. Ich kann mich an Potzneusiedl, glaube ich, erinnern, das ist in dieser Zeit errichtet worden. Und das heißt, wir sind schon ein Stück weiter, als vielleicht andere und haben da schon einiges geleistet.

Momentan sind 465 Windkraftträder, die eine Gesamtleistung von 1.300 Megawatt haben und wir sind ja gerade dabei, gerade bei diesen erneuerbaren Energien, wie Photovoltaikanlagen und so weiter, extrem auszubauen.

Jetzt kommen wir auch zu dem Kapitel - und das ist auch ganz wichtig - nämlich, was macht die Bundesregierung? Ja, damit könnten wir es jetzt beenden, nicht viel. Unabhängig, dass man die Krise nicht vorzeitig erkannt hat, wo man das hat erkennen können. Es wurde im Oktober eine Initiative der EU-Kommission gestartet mit dieser EU-Toolbox, wo den Staaten eigentlich gute Instrumente in die Hand gegeben werden, um direkt in die Preispolitik und in die Energiepolitik einzugreifen.

Ich zitiere da den damaligen Kurzzeitkanzler Schallenberg, der hat gesagt, das ist nicht notwendig. Im Oktober, wo jedem schon klar war, dass dort irgendwas eskalieren wird.

Die zweite Geschichte ist das mit den Gaslagern. Ich habe mich mit dem auch nicht so auseinandergesetzt, aber dass Österreich 18 Prozent Gaslager eingelagert hat und im EU-Durchschnitt 30 Prozent, das zeigt für mich, dass hier nicht prospektiv vorausschauend agiert worden ist.

Aber genauer, die Bundesregierung hätte ja die Hebel in der Hand, genau hier aktiv zu werden.

Und was ist passiert? Am 13.03. - das weiß ich deswegen so genau, weil es mein Geburtstag war - hat der Bundeskanzler Nehammer zum Energiegipfel geladen. Am Sonntag. Medienwirksam. Ganz Österreich hat sich nicht nur gefreut, sondern, all die, die 2,20 Euro getankt haben, haben gesagt, ja, was kommt da endlich heraus.

Viele EU-Staaten haben da schon etwas gemacht. Herausgekommen ist, dass er sich hingestellt hat - da waren alle Stakeholder dabei, die die Möglichkeiten hätten sofort etwas umzusetzen - da kommt er daher, wir brauchen einen Faktencheck. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wir brauchen einen Faktencheck.

Zu diesem Zeitpunkt hat sich der Gaspreis verachtfacht, 163 Prozent Anstieg bei Strom, Verdoppelung des Spritpreises und Wohnen und Lebensmittel sind um 20 Prozent gestiegen und der Herr Bundeskanzler stellt sich hin und sagt, er braucht einen Faktencheck.

Also, das ist eine Verhöhnung der Bevölkerung sondergleichen. Und wenn es nicht so traurig wäre, weil die Menschen draußen unter dieser Politik leiden, müsste man ja fast sagen, dass ist sehr lustig und man müsste dem Herrn Nehammer für den österreichischen Kabarettpreis vorschlagen.

Eine Woche später, zwischenzeitlich hat es Anstrengungen gegeben, Ländergipfel zu machen. Ich bin ständig angerufen worden und es wurde gesagt, von Journalisten, wann wird dieser Ländergipfel sein? Ich habe gesagt, ich weiß es nicht, es kommt nichts. Es war kein Ländergipfel, die Sozialpartner wurden nicht eingebunden.

Am 20. März hat dann relativ überraschend, wieder an einem Sonntag, wieder sehr medienwirksam, der Finanzminister Brunner und die Umweltministerin Gewessler dann zu diesem Gipfel geladen, wo dann endlich dieses Paket auch präsentiert worden ist.

Das ist dieses sogenannte Antiteuerungspaket, ein Kosmetikpaket, ein Paket für die Gutverdiener, ein Tropfen auf dem heißen Stein, ein Paket fernab aller Lebensrealitäten der Menschen, keine Spritpreisbremse, gar nichts, ja.

Da kann man sagen, die Opposition hat das scharf kritisiert, ja. Ich habe fast niemanden gefunden, auch die Medien nicht, die das gut gefunden haben. Aber, was spannend ist, dass ja die ÖVP dominierten Sozialpartner, wie Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, das scharf verurteilt haben und scharf kritisiert haben, weil das einfach zu wenig einfach ist.

Aber nicht nur im Bund, sondern auch die burgenländische ÖVP, die an und für sich eh sehr brav ist, denen sind die Nerven gerissen. Ich zitiere gestern die ehemalige Landwirtschaftslandesrätin, die Michaela Resetar in der Krone, adressiert an die ÖVP-Landwirtschaftsministerin Frau Köstinger: Elli, was ist los? Also, was ist los, so ist es gestanden in der Krone. Und: Unglaublich, was du von dir gibst. Taten, Taten, Taten, nicht nur schöne Worte, wacht endlich auf!

Das richten die eigenen Leute nach Wien aus. Und der Rudi Strommer - ich habe mich gefreut, dass ich was vom ihm lese und wünsche ihm an dieser Stelle auch alles, alles Gute und gute Besserung - ehemaliger Präsident und Klubobmann, Seniorenbundchef aktiver, sagt, für die Pensionisten ist da gar nichts dabei, die hat man einfach vergessen bei diesem Paket.

Also vernichtende Kritik und ich möchte nur ein Beispiel herausnehmen, dass man sieht, dass selbst in der Krise grün und schwarz auf ihre Leute schauen und alles andere vergessen.

*(Der Abgeordnete zeigt einen Zettel im A3-Format in die Runde der Abgeordneten mit dem Text:*

### ***Pendlerpauschale sozial gerecht – Das SPÖ-Modell im Vergleich***

*Die Pendlerpauschale in ihrer momentanen Form ist sozial ungerecht. Für dieselbe Wegstrecke bekommt man bei höherem Einkommen mehr aus der Pauschale – eine absurde Ungerechtigkeit. Der Plan der Regierung hier noch mehr Geld hineinzuschütten, verschärft diese Ungerechtigkeit. Das SPÖ-Modell macht die Pendlerpauschale zu einem Absetzbetrag, der allen gleichermaßen zugutekommt.*

*Pendlerpauschale jetzt:*

- *Abteilungsleiter\*in 7.000 Euro brutto – 1.316,64 Euro*
- *Assistent\*in 1.900 Euro brutto – 597,60 Euro*
- *SPÖ-Modell für beide – 1.080,00 Euro*

*Vorschlag der Bundesregierung:*

- *Abteilungsleiter\*in 7.000 Euro brutto – 2.184,96 Euro*
- *Assistent\*in 1.900 Euro brutto – 1.106,40 Euro*
- *SPÖ-Modell für beide – 1.620,00 Euro)*

Also wenn sie hergehen, was die Pendlerpauschale betrifft, dann möchte ich nur verweisen, dies ist die alte Regelung, also wenn zum Beispiel der Abteilungsleiter mit

7.000 brutto von A nach B fährt und dieselbe Strecke fährt seine Assistentin - nein, dann würden sie ja vielleicht zusammen fahren - eine andere Assistentin mit 1.900 brutto, dann ist es momentan so, dass der Abteilungsleiter 1.316 Euro bekommt und die Assistentin knapp 600 Euro.

Und der Vorschlag der Sozialdemokratie, die Veränderung, die schon seit Jahren unter Sozialpartnern vorliegt, würde ergeben, dass beide 1.080 Euro verdienen. Weil es ist schon klar, weil, wenn jemand mit 7.000 brutto an der Tanksäule tanken muss, dass ihm der doppelte Spritpreis mehr wehtut, wie dem Kollegen der 7.000 Euro bekommt.

Und was ist jetzt der Vorschlag der Bundesregierung? Das muss man wirklich machen. Der Abteilungsleiter mit den 7.000 brutto kriegt jetzt 2.200 Euro knapp, also 900 Euro mehr, und die Abteilungsleiterin kriegt auch ein bisschen mehr, rund 1.106, um knapp 500 Euro mehr.

Der Vorschlag der Sozialdemokratie wäre so, dass beide, weil beide müssen tanken, beide müssen von A nach B fahren, der eine braucht vielleicht ein bisschen mehr Sprit, würden 1.620 Euro bekommen.

Also, man könnte relativ leicht, wenn man will, liebe GRÜNE, auch eine sozialgerechte Politik machen. Aber Ihr dokumentiert, dass Ihr das nicht tut.

Weil, was ist noch dazu zu sagen? Der Finanzminister hat nur in den paar Wochen, wo der Spritpreis so hoch ist, und noch immer hoch war und hoch ist, 1,7 Milliarden Mehreinnahmen gehabt, 1,7 Milliarden Euro! Und dieses Paket zahlen sich einfach die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen selber.

Und bei den GRÜNEN ist es so, dass die Unmöglichkeit zur Flexibilität, dieser Dogmatismus, an der CO<sub>2</sub>-Steuer im Juni halten wir fest. Da fährt die Eisenbahn drüber - kleiner Wortwitz an dieser Stelle - das ist schon spannend.

Also, dass man Menschen, die jetzt eh nicht wissen wie sie tanken sollen, dann noch vielleicht im Juni über die zwei Euro hüpft. Weil an das haben sie sich eh schon gewöhnt, dass man über zwei Euro tankt. Dass man daran festhält, zeigt einfach die Engstirnigkeit der österreichischen GRÜNEN.

Warum sage ich österreichische GRÜNE? Weil jetzt in ganz Europa überlegt wird, ob man Atomkraftwerke wieder zurück ins Netz holt, Kohlekraftwerke! Das lehne ich beides ab, nur was sagt der grüne Wirtschaftsminister ganz aktuell? Der grüne Wirtschaftsminister sagt, zur Reserve und zur Not müssen wir die Kohlekraftwerke wieder aktivieren!

Und die GRÜNEN in Österreich hängen an der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, dass die Menschen noch mehr Sprit und bei der Heizung zahlen. Und das ist schon ein starkes Stück. Und die BurgenländerInnen, die PendlerInnen werden sich sicher bei Euch bedanken.

Die Bundesregierung lässt die Menschen, und die gibt es leider, die frieren und hungern. Und jetzt wäre es auch an der Zeit, zum Beispiel über Vermögenssteuer nicht nachzudenken, sondern die baldmöglichst umzusetzen. Ich meine, wir haben immerhin, noch einmal, wir haben die drittniedrigste Vermögenssteuer. Da wird überhaupt gedacht, weil eben die ÖVP die Vermögenden schützt und stützt.

Was tut das Burgenland im Vergleich auch zur Bundesregierung? Gut, dass es eine SPÖ-Alleinregierung gibt, weil wir rechtzeitig erkannt haben, uns von dieser Abhängigkeit zu lösen. Und das ist auch sehr spannend, was die Bundesregierung gemacht hat. Ich habe es nicht ganz verstanden - ich verstehe natürlich nicht alles - also, man hat versucht, sich Alternativen zu überlegen.

Jetzt ist man nach Saudi-Arabien gefahren und noch in die Vereinigten Arabischen Emiraten, um dort um Gas zu betteln. Das ist schon spannend, die Frau Wirtschaftsministerin Schramböck war in Saudi-Arabien, da haben sie, glaube ich, einmal in der Woche 81 Leute hingerichtet, die gegen die Scharia verstoßen haben.

Ich weiß jetzt nicht, was an dem Gas menschenrechtlich angenehmer ist, als aus dem Gas von Russland. Weil das ist natürlich doppelbödig, weil die EU zahlt ja jeden Tag 1,2 Milliarden Euro für die Gaslieferungen aus Russland.

Jetzt habe ich noch gelesen, dass die Frau Umweltministerin mit dem Jet hingeflogen ist nach Katar, um zu verhandeln. Aber gut soll sein, gilt halt nicht für alle.

Insofern ist der Ausbau der Photovoltaikanlagen so wichtig. Unsere Initiative, die wir schon seit längerem gestartet haben, um diese Klimaziele zu erreichen. Und ich muss schon sagen, da zeigt sich auch die Doppelmoral der ÖVP.

Weil Ihr in den Sonntagsreden sehr gerne von der Energiewende, von Nachhaltigkeit redet, aber dort, wenn es dann darum konkret geht, PV-Anlagen zu installieren, seid Ihr dagegen. Liebe ÖVP Burgenland, mit jedem Hektar, wo PV-Anlagen im Burgenland errichtet werden können, die Ihr aus parteitaktischen Gründen verhindert, versucht Ihr und macht Ihr die Abhängigkeit vom russischen oder saudischen Gas noch größer.

Das muss Euch bewusst sein und das ist auch Eure Verantwortung. Die Frau Mikl-Leitner, ÖVP Landeshauptfrau hat es erkannt, die hat ja - ich weiß nicht, ob Ihr das gelesen habt - die hat eine völlige Initiative, also die pumpen da so viel Geld und einfach auch Mittel in diese Photovoltaik-Anlagen. Und das ist schon die Frage, wo Niederösterreich diese bauen?

Weil es ist schon klar - und das muss man vielleicht definitiv einmal sagen - wenn wir alle Dachflächen im Burgenland nützen würden - und nützen wir ja auch - würden wir maximal - und da gehen die Meinungen auseinander - zwischen zehn und zwanzig Prozent des gesamten Bedarfes bis 2030 schaffen.

Das heißt, wir müssen in die Fläche gehen. Und Ihr verhindert eigentlich eine weitgehende Loslösung vom russischen Gas mit jeder Initiative, die Ihr da gründet, um eben politisches Kleingeld zu schlagen.

Unser Thema ist gewesen, dass wir sehr rasch versucht haben, diese Energiegeschichte mit der Teuerungswelle zu koppeln und so haben der Herr Landeshauptmann und der Herr Soziallandesrat diese Woche einen Sozial- und Klimafonds präsentiert, wo eine echte Umverteilung stattfindet.

Weil diese Energieerzeugungsbearbeitung gibt es noch nicht. Und es ist ja nur recht und billig, dass jene Branche, die sehr gut aufgrund dieser Energiewende verdient, die ja viel investiert hat, das ist ja euch legitim, etwas vom Kuchen dann weitergibt. Nämlich weitergibt an jene Bevölkerungsgruppen, die besonders von dieser Teuerungswelle betroffen sind, die ökonomisch schwach sind, die nicht wissen, wie sie überleben sollen.

Und da gibt es mehrere, sehr viele in Österreich, bis zu 1,4 Millionen leben hier an der Armutsgrenze. Dieser Fonds ist leicht erklärt. Es wird eine Abgabe auf die Energieerzeugung gemacht, es wird in etwa pro Jahr - das ist auch wichtig - pro Jahr 6 Millionen Euro in diesen Fonds gespielt.

Dann werden sozusagen die herkömmlichen oder die traditionellen Sozialleistungen genommen und da gibt es 15 Millionen Euro pro Fonds. Das heißt, das ist ein fairer Lastenausgleich zwischen den Energieerzeugern und den Menschen, die von der Teuerung besonders betroffen sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das bedeutet kurz um, jedes Windrad, jede Photovoltaikanlage trägt nicht nur dazu bei, dass wir uns von dem russischen Gas oder von dem saudischen Gas lösen, von dieser Abhängigkeit herausbewegen und jede PV-Anlage und jedes Windkraftwerk, jeder Hektar spült auch Geld in diesen Fonds hinein, wo die Burgenländerinnen und Burgenländer unmittelbar profitieren. Das muss man einfach sagen.

Und das ist bei jedem Hektar PV-Anlage sind es 350 Euro, 2026 wird es das Doppelte sein, das Doppelte! Bei jeder Windkraftanlage wird es 400 Euro pro Megawatt gleich geben und bei neuen Kraftanlagen 1.500 und bis 2026 wird es sowieso 1.500 Euro geben.

Das heißt, das fließt dort direkt hinein, ist kein Steuergeld von irgendwo, wie Ihr das macht, sondern das ist eine neue Abgabe, wo ganz klar ist, da passiert eine Umverteilung von oben nach unten und nicht so wie es Ihr macht, von unten nach oben.

Liebe ÖVP, wieder an Eure Adresse, mit jedem Hektar, wo PV-Anlagen im Burgenland errichtet werden könnten, die Ihr aus parteipolitischen Kalkül verhindert, fließt weniger Geld in diesen Sozial- und Klimafonds und die Menschen haben weniger davon. Und das werden wir den Menschen im Burgenland jeden Tag sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich komme schon zum Ende. Die steigenden Heizkosten waren schon spürbar bei der jetzigen Abrechnung, wo es wirklich große Aha-Erlebnisse gibt und viele Tränen geflossen sind. Bei der nächsten Abrechnung wird das noch einmal dramatisch mehr werden. Wir rechnen vom Zwei-, Dreifachen, was da auf die Menschen zukommt.

Insofern haben wir eine sogenannte Sofortmaßnahme auch hineingetan, nämlich den Heizkostenzuschuss *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nächstes Jahr dann.)* von 165 Euro auf 400 Euro erhöht. Und da wird sich ja zeigen, wie Ihr das wirklich ernst meint mit den Menschen.

Ihr habt ja viele ÖVP-Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, was auch gute Tradition in vielen - nicht in allen – Gemeinden, diesen Heizkostenzuschuss zu verdoppeln. Das könnt ihr dann auch machen, dann haben die Menschen für diese dramatische Heizabrechnung dann nächstes Jahr 800 Euro zur Verfügung und können mit dem zumindest einen großen Teil dieser Heizkosten zahlen.

Sie sehen also, wie man mit einer raschen vernünftigen und einfachen Politik Maßnahmen für die Menschen machen kann. Und insofern laden wir Sie natürlich alle ein, bei diesem Entschließungsantrag mitzugehen und möchte jetzt gern die Schlussformel vorlesen, bei der ich meine Brille brauche.

Nämlich, der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Souveränität der Ukraine als souveräner Staat und verurteilt den Angriff von Russland auf die Ukraine auf das Schärfste.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

1. die seitens der EU-Kommission erarbeiteten Maßnahmen zur Vermeidung der steigenden Energiepreise schnellstmöglich umzusetzen, um die österreichischen Haushalte zu entlasten;

2. Die Abgabenquote auf Energie für VerbraucherInnen zu reduzieren und

3. weiterhin unter Einbindung der Länder die Geflüchteten aus der Ukraine bestmöglich zu versorgen.

Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Nach der Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages darf ich nunmehr geschäftsordnungsgemäß in die Verhandlungen dieses Dringlichkeitsantrages eingehen.

Als erstem Redner erteile ich nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort. Bitte Herr Abgeordneter. Danke an den Reinigungsdienst bei dieser Gelegenheit.

**Abgeordneter Géza Molnár** (freier Abgeordneter): Vielen Dank Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es Kollege Fürst jetzt in den Ausführungen hier vom Rednerpult aus ein wenig relativiert oder klargestellt hat. Dieser Dringlichkeitsantrag, der uns seit vorgestern vorliegt, der birgt aus meiner Sicht eine Gefahr beziehungsweise hat aus meiner Sicht eine große Schwäche.

Er bestätigt oder verstärkt nämlich den Eindruck, dass all das, was unsere Landsleute seit Wochen und Monaten jeden Tag an Herausforderungen erleben müssen, dass all das, die steigenden Kosten wohin man schaut, auf Russland oder den Krieg in der Ukraine zurückzuführen wäre.

Das wird zwar der ÖVP nichts ausmachen und das wird wahrscheinlich auch nichts den GRÜNEN ausmachen, weil das genau in die Erzählung der Bundesregierung passt, meine Damen und Herren, aber es stimmt ganz einfach nicht.

Die Kosten des täglichen Lebens, die steigen nicht erst seit vier Wochen und die Gründe für die Preisexplosionen, die liegen auch nicht im Ural oder im Donbass, sondern die Gründe sind hausgemacht.

Und auch verstärkenden Effekte, die wir jetzt erleben im Zuge dieses Krieges in der Ukraine, sind hausgemacht. Sie sind selbstverschuldet und sie sind großteils selbst verursacht.

Die Gründe dafür, dass das Leben immer teurer wird. Die Gründe dafür, dass immer mehr Menschen in Österreich und im Burgenland nicht mehr wissen, wie sie das tägliche Leben und die notwendigsten Ausgaben bestreiten sollen, wie sie heizen sollen, wie sie sich den Sprit leisten sollen, wie sie sich das Wohnen leisten sollen.

Und da reden wir noch gar nicht von der kaputten Waschmaschine oder den Tennisstunden oder dem Skikurs für die Kinder und da reden wir schon gar nicht vom nächsten Urlaub.

Es ist, meine Damen und Herren, eine europäische Währungsunion, die de facto längst zu einer Schuldenunion geworden ist, politisch gewollt. Es ist eine Klima- und Energiepolitik, die in vielen Aspekten jeglicher Lebensrealität entbehrt, politisch gewollt. Es ist eine Schuldenpolitik, auch auf österreichischer Ebene politisch gewollte, genauso eine Hochsteuerpolitik auf österreichischer Ebene, politisch gewollt.

Es ist in den letzten zwei Jahren insbesondere auch eine Corona-Politik, die das alles noch viel schlimmer gemacht hat. Wir sehen wie andere Länder damit umgegangen sind und wie die wirtschaftlich dastehen, politisch gewollt. Es ist jetzt natürlich eine Kriegspolitik, die teilweise auch von Österreich ausgeht, die das alles noch einmal beschleunigt, die das alles noch alles verstärkt und das ist ebenso politisch gewollt.

Verantwortlich für diese Entwicklungen, meine Damen und Herren, ist also nicht der liebe Gott, sondern verantwortlich dafür sind Politiker. Das sind Politiker in erster Linie von ÖVP und GRÜNEN, aber leider auch von großen Teilen der Opposition.

Meine Damen und Herren! Wenn sich Spritpreise binnen Tagen verdoppeln, wenn Gas- und Strompreise sich vervielfachen, wenn die Inflationsrate jener Güter, die man wirklich jeden Tag braucht und nicht dieser komische Bankabfall, wo alles Mögliche drinnen ist, was man sich normalerweise maximal alle paar Monate oder paar Jahre vielleicht gönnt, ja wenn die Inflationsrate dieser Güter des täglichen Bedarfs längst im zweistelligen Bereich ist, dann brennt der Hut.

Und dann brennt er wirklich. Und dann braucht es keinen, wie es der Herr Kollege Fürst auch gesagt hat, dann braucht es keinen Faktencheck.

Einen Faktencheck braucht in dem Fall nur wirklich der, der keine Ahnung vom Leben der Leute hat. Wie das beim Bundeskanzler der Fall ist. Dann braucht es auch keine türkis-grünen MinisterInnen, die wochenlang irgendetwas davon daherreden, sie würden die Lage beobachten.

Oder sie würden die Ursachen ermitteln. Also, wenn es wirklich brennt, meine Damen und Herren, dann brauche ich keine Schaulustigen und dann brauche ich auch keinen Brandermittler, dann brauche ich zuerst die Feuerwehr und einen groß angelegten Löscheinsatz und genau der ist es, der in Österreich ausbleibt! Denn was Türkis und GRÜN vor ein paar Tagen da präsentiert haben, es ist einfach nur lächerlich, das spottet jeder Beschreibung!

Das ist in jedem Fall keine Lösung und in Wirklichkeit ist es zynisch. Nämlich im Nachhinein herzugehen, ich weiß es nicht, in ein paar Monaten oder vielleicht auch nächstes Jahr erst über den Steuerausgleich und dann irgendwelche Almosen auszuteilen, die nicht einmal einen Bruchteil dessen abdecken, was jetzt unmittelbar an Mehrbelastung da ist für die Haushalte, jeden Tag, jede Woche, jeden Monat, das ist keine ernst zu nehmende Hilfestellung. Es ist schon gar nicht eine nachhaltige Hilfestellung. Es ist in Wirklichkeit gefühllos und kalt. Die Menschen werden im Stich gelassen.

Inhaltlich ist dieses türkis-grüne Paket sowieso so gut wie in allen Ansätzen falsch. Was es jetzt sofort braucht, das ist eine Barunterstützung an die Haushalte, die es im Zuge der Corona-Krise ja schon längst benötigt hätte. Was es jetzt sofort braucht, das es eine absolut dringende Ausnahmesituation ist, das sind Preisdeckelungen. So wie es andere Länder ja unmittelbar gemacht hat. Wir brauchen ja nur ein paar Kilometer weiter nach Ungarn zu schauen und uns dort auf den Zapfsäulen die Preise für den Sprit anzuschauen.

Was es jetzt sofort braucht, das sind Steuersenkungen. Es müssen die Abgaben, es müssen die Steuersätze auf Energie herunter. Es verdienen nämlich nicht nur die Konzerne, sondern es ist ja vor allem die Regierung, die an dieser ganzen Preisentwicklung jetzt verdient. Und was ja zusätzlich auch noch verkannt wird in der jetzigen Situation, ist ja, dass wir ja erst am Anfang dieser Entwicklung stehen, meine Damen und Herren.

Wenn Sprit und Gas teurer werden, wenn Energie teurer wird, dann wird alles andere auch teurer und da bringt es nichts, an ein paar kleinen Schrauben zu drehen und im Nachhinein etwa Almosen auszuteilen. Es wird die Produktion teurer, es wird der Transport teurer, es werden die Nahrungsmittel teurer in weiterer Folge, es wird die Kleidung teurer, es wird der Wohnraum teurer.

Reden Sie mit Leuten in der Baubranche, die in Wirklichkeit ja in manchen Bereichen vor dem Zusammenbruch steht. Es kommt zu Engpässen aus verschiedenen

Gründen, aus verschiedenen Gründen, hat aber auch mit den Spritpreisen zu tun. Für manche Transportunternehmen zahlt es sich gar nicht mehr aus, den LKW an zu starten.

Letztendlich geht es nicht immer darum, ob ich mir jetzt konkret, oder ob sich der einzelne Bürger konkret die Tankfüllung leisten kann, sondern es geht darum, ob ich mir auch all das noch leisten kann, was mit dieser Tankfüllung in einem Zusammenhang steht.

In einer solchen Situation keine Abgabensenkung zu machen, keine Preise zu deckeln und vor allem auch den Spekulanten ein wenig Herr zu werden, das ist grob fahrlässig oder eigentlich eine vorsätzliche Vernichtung vom Wohlstand. Und es trifft ja immer mehr, ich glaube das wurde auch schon erwähnt, es trifft ja immer mehr den Mittelstand.

Wenn wir heute lesen, dass die Sozialmärkte gestürmt werden und mittlerweile auch von Normalverdienern gestürmt werden, ja dann kann man sich ungefähr eine Meinung über diese Situation bilden.

Ja, und in dieser Situation auch noch herzugehen und egal, wie man politisch zu dem Ganzen steht - und ich stehe da nicht woanders als wahrscheinlich alle anderen 35 - aber wenn man in einer solchen Situation auch noch hergeht, um sich an Sanktionen zu beteiligen, die ja vor allem die eigene Bevölkerung schwer treffen, sich mit - und ich kann mir das jetzt nicht ersparen - ja, und sich mit österreichischem Steuergeld über die Europäische Union auch noch an Waffenkäufen und Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet beteiligt - womit man sich im Übrigen ja auch selbst zumindest mittelbar zur Kriegspartei macht - das kann ich mit Worten fast gar nicht mehr beschreiben.

Und da reden wir noch gar nicht über Neutralität und derartige Geschichten. Ich bin im Übrigen niemand, der hinter der Ukraine steht, bin auch niemand, der hinter Russland steht. Ich bin jemand, der hinter den Völkern und hinter den Menschen steht, die Opfer ihrer Regierungen und Politiker sind und weiterhin werden.

Ich stehe hinter den Ukrainern, die unter den Bomben leiden und die nichts für die Kriegstreiberieen der beteiligten Politiker können. Ich stehe hinter den Russen, die unter der Last der Sanktionen in vielen Fällen auch nicht mehr wissen, wie sie ihr Leid, ihr Leben bestreiten können und die genauso wenig für die Kriegstreiberie ihres Präsidenten und des Westens können.

Ich stehe aber in erster Linie vor allem hinter den Österreichern, die momentan einmal mehr erleben müssen, dass der eigenen Regierung alles Mögliche unheimlich wichtig ist, nur nicht die Sorgen der eigenen Bevölkerung.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr darf ich die Frau Klubobfrau Mag.a Regina Petrik an das Rednerpult bitten.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE):** Danke schön für das Desinfizieren! Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreterin, werte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und willkommen allen, die hier zuschauen!

Der Krieg, den Russland gegen Ukraine führt, erschüttert sicher alle. Es ist gut, dass wir das auch einmal hier zur Sprache bringen. Was uns aber offensichtlich innerhalb von Österreich, aber auch weiter über die Grenzen Österreichs hinaus eint, ist die Überzeugung, dass wir dem was entgegensetzen müssen. Sowohl politisch, als auch wirtschaftlich und dass wir den Folgen, die dieser Krieg hat für Menschen in allen möglichen Ländern, hier diesen Folgen gerecht werden müssen.



Die Regierung nimmt das ernst. Sie hat verhandelt und dann gehandelt. Es gibt tatsächlich Regierungen, die verhandeln mit verschiedenen Teilen und dann handeln sie. Was ich absolut unangemessen finde ist, wenn der Kollege Fürst jetzt anfängt, diese Situation für seine Propaganda zu verwenden.

Ich meine, bis hinunter mit einer Kritik daran, dass eine Energieministerin, die in diesen Wochen tatsächlich quer durch Europa und weit über Europa hinaus mit anderen Energieministern und -ministerinnen permanent in Kontakt ist, dass er sie dafür kritisiert, dass sie mit dem Flugzeug fliegt.

Ich sage Ihnen etwas: Im Herbst bei der Landtagsreise hat allein der SPÖ-Landtagsklub mehr Flugkilometer hinter sich gelegt zwischen Wien und Brüssel, als die Ministerin zwischen Wien und Katar. Das ist doch lächerlich! Sie hätten mit dem Zug fahren können! Nach Katar geht kein Zug. Der Herr Kollege Spitzmüller ist ja mit dem Zug gefahren. Also das ist ja wirklich unterste Schublade. Rechnen Sie Ihre Flugkilometer zusammen und rechnen Sie zusammen, wer wo welche Verantwortung trägt.

Was mich auch ein bisschen schockiert, nein, was mich wirklich schockiert, dass der Herr Kollege Fürst offensichtlich tatsächlich keine Ahnung hat, was eigentlich im Bund gerade passiert. Sie stehen tatsächlich hier und sagen: "Da passiert nichts. Jetzt müssen endlich Maßnahmen eingefordert werden." Sie wissen gar nicht, was beschlossen wurde oder was schon seit Monaten gilt. Sie können das kritisieren.

Einiges haben Sie kritisiert, von dem Sie vorher gesagt haben, das gibt es nicht. Aber Ihre, sozusagen Ihre Propagandarede ist, das gibt es nicht, aber ihre Propagandarede ist, da wird nichts gemacht, da gibt es nichts.

Das ist schlichtweg falsch und deswegen möchte ich hier einfach erläutern, was tatsächlich seitens der Bundesregierung in dieser schwierigen Zeit zur Entlastung der Menschen bereits alles geschehen ist. Und zwar nicht erst jetzt und mit den Beschlüssen, die auch gestern noch im Nationalrat beschlossen wurden. Von dem wissen Sie offensichtlich auch nichts, obwohl Kollegen aus Ihrem Klub ja auch im Nationalrat sitzen und hier mitdiskutieren und mitbestimmen.

Die Bundesregierung setzt also eine Vielzahl an Maßnahmen zum Ausgleich der Teuerung für die Menschen in Österreich. Es ist schon wichtig, dass dabei den Menschen rasch und unkompliziert geholfen wird. Es wurden bereits für das Jahr 2022 die Ökostrompauschale und der Ökostrombeitrag auf null gesetzt. Das ist eine Maßnahme, von der Sie offensichtlich nichts mitbekommen haben. Dass bereits spürbar ist bei der Energierechnung, die eklatant in die Höhe geht, aber mit dem wäre es noch höher.

Damit spart sich ein durchschnittlicher Haushalt 100 Euro im Jahr. Das ist einmal der erste Hunderter. Es kommen noch weitere dazu. Diese Maßnahme wirkt bereits jetzt. Außerdem gab es und gibt es den Teuerungsausgleich, damit all jene, die es besonders brauchen, zusätzlich Unterstützung bekommen. 300 Euro werden pro Person zusätzlich ausbezahlt. Das Geld geht an insgesamt rund 750.000 Menschen, an MindestsicherungsbezieherInnen, an AusgleichzulagenbezieherInnen, an Arbeitslose, an Studierende, die Studienbeihilfe beanspruchen.

Das sind nicht die Gutverdiener, die das bekommen, sondern das sind die, die es tatsächlich jetzt ganz besonders brauchen. In einem dritten Schritt wurde bereits vor mehreren Wochen die Umsetzung des Energiekostenausgleichs beschlossen. Abgesehen von Haushalten mit sehr hohem Einkommen sollen hier möglichst viele von weiteren 150 Euro profitieren, um die akut hohen Energiepreise abzufedern.

Das sind also Dinge, die bereits längst beschlossen sind und von denen Sie sicher schon erfahren hätten, wenn Sie sich dafür interessiert hätten!

Was ist also? Wir entlasten die Menschen in diesem Land. Das muss gleichzeitig passieren, wir treiben die Energieunabhängigkeit voran. Da hat das Burgenland ja tatsächlich schon eine gute Vorleistung und zeigt auch, wie es gehen kann. Davon haben sich andere Bundesländer einiges abzuschauen.

Aber wir spüren überall die akut sehr hohen Energiepreise, die zu einer Teuerung in vielen Lebensbereichen führen. Für viele Menschen in unserem Land ist das eine sehr große Belastung. Aus diesem Grund gibt es auch bereits ein weiteres umfassendes Maßnahmenpaket, das die Bundesregierung geschnürt hat. Damit wird all jenen unter die Arme gegriffen, die das jetzt dringend brauchen.

Die Schritte kommen also zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen, wie die schon genannte Ökostrompauschale, die ausgesetzt wurde, dem Teuerungsausgleich und dem Energiekostenausgleich. Bereits das hatte ja ein Volumen von 1,7 Milliarden Euro. Das neue präsentierte Paket, das Sie hier so abschätzig bewerten, hat ein Entlastungsvolumen von rund 2,1 Milliarden Euro.

Denn wir müssen im Auge behalten, ich denke da sind wir uns hier im Saal alle einig, die hohen Energiepreise sind vor allem hohe Gaspreise und das ist eine Folge unserer großen Abhängigkeit vom russischen Gas. Sie haben zu Recht die Frage gestellt, wie kommt es denn dazu, dass wir in den letzten zehn/15 Jahren immer mehr in diese Abhängigkeit geraten sind, wo es doch schon ab 2004 und ganz ausdrücklich 2009 diese Warnungen gab.

Also wir kennen Wortmeldungen aus dem Nationalrat noch vom jetzigen Vizekanzler Kogler, der damals Nationalratsabgeordneter war, von Salzburger Kollegen und Kolleginnen, die exakt vorausgesagt haben, was da passiert ist. Aber auch unter SPÖ-Bundeskanzlerschaft wurde hier die Abhängigkeit vom russischen Gas noch einmal weitergetrieben.

Deshalb gilt: Wir müssen die Menschen jetzt sofort unterstützen und gleichzeitig die Abhängigkeit vom russischen Gas und Erdgas beenden. Beides sollte mit dem vorliegenden Paket ein Stück weit gelingen, weil es geht ja auch darum, dass wir eine nachhaltige Entlastung schaffen, auch für unser Klima. Denn fehlende Klimapolitik fällt den Ärmsten als erstes auf den Kopf.

Es gibt jetzt bereits genug Verunsicherungen in dieser Zeit und ich denke, es ist wichtig, dass nicht aus parteipolitischem Kalkül hier noch mehr Verunsicherung geschaffen wird und Dinge verbreitet werden, die einfach nicht stimmen. Ich möchte deswegen hier einiges klarstellen.

Es gibt mehrere Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit von Gas und Ölimporten. Nämlich eine Investitionsoffensive für Windkraft und Photovoltaik. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Förderungen investiert die Bundesregierung in den nächsten Jahren 250 Millionen Euro in den Bau von neuen Photovoltaikanlagen, Stromspeichern, die brauchen wir auch dringend und Windrädern.

Denn Windkraft und Sonnenenergie, das wissen wir im Burgenland zu gut, bedeuten Unabhängigkeit. Wir können den Strom in Österreich auch noch nachhaltig erzeugen und Wind und die Sonne stellen uns keine Rechnung aus.

Das Geld wird gezielt dort investiert, wo heute auch noch wenig erneuerbare Energie produziert wird und außerdem können wir in Geothermie-Projekte investieren.

Das erhöht auch noch das Tempo beim Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energieträger. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität, dem sich auch das Burgenland verschrieben hat.

Dann gibt es eine Investitionsoffensive zum Umstieg auf klimafreundliche Fahrzeuge. Die Förderschiene zum Umstieg auf E-Nutzfahrzeuge und E-Autos für Betriebe werden für die Jahre 2022 und 2023 um 120 Millionen Euro erhöht. Das heißt, hier profitieren auch nachhaltig viele Betriebe, gerade auch kleinere und mittlere Unternehmen, die nämlich durch den Umstieg nicht nur klimafreundlich unterwegs sind, das ist ein schönes wichtiges Nebenprodukt sozusagen, aber sie sparen damit Diesel. Und damit viel Geld.

Dann gibt es die Möglichkeit der Preissenkungen beim regionalen Klimaticket. Da hoffe ich sehr, dass unsere Landesregierung und ich spreche auch gezielt den Landesrat Dorner an, dieses Geld dafür auch nutzt. Die Bundesregierung stellt bundesweit 150 Millionen Euro zur Verfügung und um dieses Geld können dann auch in den Ländern und in den Verbänden, bei uns betrifft es ja den VOR, die regionalen Klimatickets in ihren Kosten nochmals gesenkt werden, damit sich all die, die umsteigen oder eh schon umgestiegen sind, hier noch einmal Geld ersparen. *(Zwischenruf des Abg. Johann Tschürtz)*

Gerade das Niederösterreich- und Burgenlandticket, das ja auch der SPÖ verständlicherweise sehr wichtig war, könnte davon profitieren. Wir könnten das mit diesem Geld auf 365 Euro senken. Das ist wirklich eine große Ersparnis und wird sicher auch eine Motivation sein, dass Menschen, die jetzt noch von zu Hause mit dem Auto losfahren müssen, früher in das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Ganz so wie es ja eine Gesamtverkehrsstrategie des Burgenlandes vorsieht.

Dann gibt es Maßnahmen gegen die Teuerung durch die akut hohen Gaspreise. Auch das möchte ich Ihnen gerne erzählen, weil es offensichtlich auch viele hier im Haus noch nicht so - sagen wir einmal - realisiert haben, was es da alles gibt.

Es gibt den Ausgleich der steigenden Energiekosten im öffentlichen Verkehr. Es wird also dafür gesorgt, dass die Verkehrsunternehmen einen Beitrag für die hohen Energiekosten bekommen, die ja auch unter diesen hohen Energiekosten leiden. Es gibt, und das haben Sie sicher auch mitbekommen, weil Sie es ja angesprochen haben, die in Österreich besonders hohen Spritpreise, bereits eine Weisung an den Kartellanwalt zur Kontrolle der Ölindustrie.

Während die Ölpreise am Großmarkt in den letzten Tagen ja deutlich gesunken sind, bleiben die Preise an der Zapfsäule vergleichsweise hoch. Es schwankt ein bisschen, aber viel zu hoch. Da drängt sich schon der Verdacht auf, dass hier Ölkonzerne auf Kosten der Menschen Unmengen an Profit machen, weil sie die Preissenkungen nicht weitergeben.

Da soll der Kartellanwalt genauesten kontrollieren und prüfen. Es wurde schon eine Sachverhaltsdarstellung an die Bundeswettbewerbsbehörde übermittelt, weil eines ist klar, und ich denke auch da werden wir alle einig sein, niemand soll an diesem Krieg verdienen.

Dann gibt es eine Senkung der Elektrizitätsabgabe und der Erdgasabgabe und da kommen wir zu den Pendlern und Pendlerinnen. Die PendlerInnenpauschale, oder das Pauschale, wird um 50 Prozent angehoben, befristet bis Ende Juni 2023. Warum befristet?

Weil zum einen ist es tatsächlich so, dass das Pendlerpauschale wie es jetzt aufgesetzt ist, nicht besonders sinnvoll und auch ökologisch nicht sinnvoll ist. In dem Punkt gebe ich allen Kritikerinnen und Kritikern Recht, die sagen, hier müsse eine grundsätzliche Reform her. Das ist bislang mit der ÖVP noch nicht gelungen, aber der Ansatz, dass hier grundsätzlich etwas reformiert gehört, ist einer den wir teilen.

Aber jetzt sind Menschen die auf das Auto angewiesen sind auf ihrem Weg zur Arbeit sofort mehr unterstützt. Sie profitieren von der Erhöhung des Pendlerpauschales. Nicht gefördert werden Fahrten mit dem Zweit-SUV durch die Innenstadt, was nämlich passieren täte, wenn wir die MÖSt, die Mineralölsteuer, einfach senken würden.

Das was die SPÖ fordert, die Senkung der Mineralölsteuer hieße, alle Menschen, egal wie viel sie fahren, egal zu welchem Zweck sie fahren, haben einen billigeren Benzinpreis. Das heißt, die, die mit großen SUV in ihrer Freizeit durch die Gegend kutschieren, kriegen auch sehr viel Unterstützung dadurch, dass mit Steuergeld hier die Mineralölsteuer noch einmal herabgesetzt wird.

Deswegen hat sich die Bundesregierung dafür entschieden gezielt die Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto auf den Weg zur Arbeit angewiesen sind, zu unterstützen.

Dazu gehört zum Beispiel auch, und jetzt kommen wir zu jenem Punkt der Geringverdienerinnen und Geringverdiener besonders entgegenkommen wird, wenn sie auf das Auto angewiesen sind.

Der Pendler-, der Pendlerinneneuro wird vervierfacht, auch befristet bis 30.6.2023, um über diese Krisenzeit zu kommen. Für NegativsteuerbezieherInnen gibt es damit auch einen einmaligen negativsteuerfähigen Betrag von 100 Euro zusätzlich.

Wer also einen langen Weg zur Arbeit hat, hat dadurch höhere Kosten (*Abg. Doris Prohaska: Eine Tankfüllung!*) und der Pendlerinnen- und Pendlereuro wird um vier Euro erhöht. Das spüren alle Pendlerinnen und Pendler die im Burgenland auf das Auto angewiesen sind.

Zusätzlich bekommen Pendlerinnen und Pendler mit niedrigen Einkommen, die unterhalb der Einkommenssteuergrenze sind, einmalig 100 Euro, um auch hier noch einmal eine zusätzliche Abfederung der Mehrausgaben vorzunehmen.

Dann gibt es auch noch einen Ausgleich für hohe Preise in der Landwirtschaft. Ich nehme an, darauf werden die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP eingehen. Es gibt eine Entlastung für kleine Betriebe mit hohen Treibstoffkosten, weil es schon darum geht, dass Klein- und Mittelbetriebe hier besonders von den Förderungen der Bundesregierung betroffen sind. Die großen Industriezweige brauchen das weniger.

Und es gibt eine Herabsetzung der Vorauszahlung bei Einkommens- und Körperschaftssteuern, auch befristet bis 30.6.2023. Alle, die von solchen Vorauszahlungen betroffen sind, wissen wie wichtig das ist.

Dann hat der Kollege Fürst zu Recht angesprochen, dass es kritisch ist, wenn zu wenig in den Gasspeichern liegt. Aber auch dazu hat gestern der Nationalrat einen wichtigen Schritt gesetzt. Bislang war es nämlich nicht möglich, dass die Republik von sich aus handelt und Gasspeicher auffüllt, Gas einkauft und speichert. Das war gesetzlich nicht möglich. Es wäre nun nicht redlich, einer Regierung oder einer Bundesministerin etwas vorzuwerfen nicht getan zu haben, dass sie gesetzlich so gar nicht hat tun dürfen.

Gestern hat der Nationalrat beschlossen, nämlich, dass eine strategische Gasreserve anzulegen möglich ist.

Die Republik kann in Zukunft selbst Gas einkaufen und speichern, das uns dann in Notfallsituationen zur Verfügung steht. Die Menschen sollen sich keine Sorgen darüber machen müssen, ob sie im nächsten Winter durch die Heizungsperiode kommen.

Langfristig müssen wir aber wirklich aus diesen Abhängigkeiten herauskommen und uns aus den Abhängigkeiten von Gas, aber auch von Öl befreien. Der Krieg zeigt uns letztlich auf, dass wir schon lange auf dem falschen Weg waren und dass es Zeit ist, das alte Denken jetzt hinter uns zu lassen.

Wir müssen uns wirklich umstellen und klar ist auch, so ehrlich muss man sein und das muss man auch sich trauen zu sagen, wir müssen unseren Energieverbrauch senken. Wir müssen in erster Linie Öl- und Gasverbrauch senken.

Nur so kommen wir aus der Abhängigkeit heraus. Was wir heute einsparen, das liegt bereits in den Speichern für den nächsten Winter. Das ist ganz wichtig.

Zum Abschluss der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist grausam, verursacht unvorstellbares Leid. Wie jeder Krieg auf der Erde. Er zeigt uns auch, den großen Gefahren können wir nur gemeinsam entgegentreten. Wir haben auch an der aktuellen großen Einigkeit innerhalb der EU gesehen, eine Dynamik funktioniert immer, gemeinsamer Feind vereint.

Wenigstens da ist man sich einig, man muss aber auch mit den Inhalten sehr klar auf einen gemeinsamen grünen Zweig kommen, weil sonst ist die Einigkeit vorbei, sobald man sich nicht mehr an einem gemeinsamen Feind abarbeiten kann. Das ist schon noch etwas, was mir auch in der innenpolitischen Lage auffällt. Ich möchte hier an die SPÖ appellieren sich nicht der Versuchung hinzugeben, eigene Stärke darauf aufzubauen, einen äußeren Feind zu kreieren, wie Sie es jetzt mit der Bundesregierung tun.

Was Sie im Burgenland kommunizieren ist, alles was die Bundesregierung macht sei schlecht und alles was im Burgenland geschieht sei gut. Nun, das zeigt schon, es geht darum sich hier in der Landespolitik, vor allem auch als Opposition zum Bund hier zu positionieren. Ich kann Ihnen aber sagen, diese innere Einigkeit, die nur darauf fußt einen Feind zu bekämpfen, ist ein Trugschluss und nicht von Bestand.

Weil letztlich geht es darum, dieses, unser Klima im Land nicht zu vergiften, sondern dass jeder am eigenen Platz das Richtige tun möge. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Damit bewältigen wir nämlich auch die großen Krisen. Wenn jeder am eigenen Platz das Richtige tut, wenn wir einander kritisch kommentieren, aber dann miteinander handeln, um die Krisen zu bewältigen.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön. Als nächsten Abgeordneten darf ich den Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig herausbitten.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Uns liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ vor mit dem Titel „Auf den Krieg mit der Ukraine reagieren“. Die Dringlichkeit ist wohl evident, also das wurde auch entsprechend ausgeführt.

Wenn man ihn durchliest, vielleicht ein bisschen unklare Stoßrichtung, also da kriegt man ein ganzes Potpourri zu lesen von militärischen Überlegungen, über Flüchtlinge, das Thema Neutralität, bis hin zum Thema Energie und irgendwelchen Besteuerungsphantasien, die man hier im Burgenland wälzt. Ich werde versuchen auf jeden einzelnen dieser Aspekte einzugehen.

Aber das wäre vielleicht irgendwie ein bisschen nachzuschärfen gewesen. Dann auch der Untertitel „Handeln statt Zusehen“. Also Handeln in einem Krieg ist zumindest missverständlich. Lassen wir es wohl so stehen.

Ich glaube einen tut uns in diesem Punkt eines und zwar, dass wir das menschliche Leid absolut bedauern, den Angriffskrieg kritisieren und keinen einzigen positiven Aspekt daran sehen können. Menschliches Leid, Bilder zerstörter Städte, von Kindern die betroffen sind, und so weiter, in Europa des Jahres 2022. Hätten wir alle nicht für möglich gehalten und ist natürlich niemand unter uns, der das irgendwie goutiert.

Es bleibt aber natürlich die Frage des Umgangs mit dieser Krise oder des Umgangs mit diesem Krieg. Um es kurz zu machen eine Frage der Strategie. Eine Strategie, die sich Österreich zurechtlegen wird müssen, nicht beobachten und nicht nur überlegen, sondern sich zurechtlegen wird müssen. Das ist der Punkt, der zumindest für uns und für mich aus dieser dringlichen Anfrage, aus diesem Dringlichkeitsantrag dieses Themas hervorgeht.

Der Kollege Fürst hat sich ein bisschen mit dem Krieg selbst beschäftigt, mit den Akteuren, ich möchte ganz kurz das auch tun. Ich möchte für uns festhalten, dass aus unserer Sicht, sich kein Beteiligter in diesem Konflikt mit Ruhm bekleckert hat, natürlich nicht Russland der militärische Aggressor, der niemals Recht haben kann. Ich möchte da vielleicht nur hinzufügen, der Krieg hat nicht vor vier Wochen begonnen, sondern vor acht Jahren im Jahr 2014.

Da wurde zuerst mit der Krim ein wesentlicher Teil dieses Landes militärisch besetzt und einfach okkupiert. Man fühlt sich irgendwie in das Zeitalter des Imperialismus vor 100 Jahren zurückversetzt. Und dann hat man in zwei anderen Bereichen, in den genannten Oblasten, also in Bundesländern praktisch einen Krieg begonnen, der von Russland ja mit hoher Wahrscheinlichkeit auch militärisch unterstützt worden ist und seit damals tobt dort also das Blutvergießen.

Was Russland aus meiner Sicht besonders an Unrecht getan hat, und das ist etwas, was ich befürchte, was uns noch lange verfolgen wird, ist, dass man ein Land angegriffen hat, mit dem man, das ist allerdings schon ein paar Jahre her, das sogenannte Budapester Memorandum im Jahr 1994 geschlossen hat.

Das ist ein Vertrag, bei dem man sich zurückerinnern muss an die Jahre des Zerfalls der UdSSR. Da war die Ukraine drei Jahre eine Atommacht. Wäre sie eine Atommacht, hätten wir heute keinen Krieg. Ich glaube, davon können wir einmal einhellig ausgehen. Damals hat es geheißen, im Übrigen unter Druck von Russland, als auch von den USA, gib deine Atomwaffen her und du bekommst von uns Sicherheitsgarantie von den Russen und von den Amerikanern.

Heute sieht man, was diese Sicherheitsgarantien Wert sind und vor allem Wert sind im Verhältnis zu einer adäquaten Bewaffnung, wenn ich einmal Kernwaffen als adäquate Bewaffnung nennen darf und weit über die Zeit dieses Krieges und weit über die Grenzen Russlands und der Ukraine hinaus steht zu befürchten, dass damit die Non-Proliferation, also die nicht Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen insbesondere von Atomwaffen, zu Grabe getragen wurde durch die russische Aggression.

Man kann sich ausdenken, was Länder wie Nordkorea, der Iran, Saudi-Arabien, Taiwan und ähnliche, die sich vielleicht auch bedroht fühlen oder auch nach Kernwaffen streben, ob die sich jemals auf so einen Deal wieder einlassen werden oder ob wir nicht ein Wettrüsten und zwar im globalen Ausmaß sehen und erleiden müssen.

Also insofern ist an der russischen Position, glaube ich, nicht allzu viel Positives zu sehen. Der Westen - das muss man auch sagen - viele von uns waren ja Zeitzeugen, hat seit diesem Zerfall der UdSSR ein Vordringen bis in die Reihen der Ex-UdSSR hinein, das Baltikum ist ja nicht nur EU, sondern auch NATO-Mitglied vorfallen lassen und hat darüber hinaus ehemalige Verbündete, eine nach dem anderen - sagen wir einmal - ausgeschaltet.

Wir kennen die Interventionen der NATO in Libyen, wir kennen sie in Afghanistan, wir kennen die türkische Intervention in Aserbaidschan vor einigen Monaten, wir kennen den Krieg in Syrien, all das hat in Russland natürlich das Gefühl einer Einkreisung heraufbrechen lassen. Dazu reicht ein Blick auf die Landkarte.

Und auch die Ukraine nicht, da kann man natürlich vieles sagen, aber ich habe noch einige Bilder, ich bin überzeugt, ich bin nicht der Einzige, einige Bilder im Kopf, dass man sogar die Gefängnisse aufgemacht hat, Schwerverbrecher entlassen hat, jeden von ihnen eine Kalaschnikow in die Hand gedrückt hat oder einen Molotowcocktail und da stellt sich halt schon die Frage, wo gehen diese Menschen mit dieser Bewaffnung hin?

Die gehen natürlich nach Hause und dann brauchen wir uns auch nicht wirklich darüber wundern, dass in diesem Sinne jetzt Wohngebiete, Einkaufszentren und so weiter beschossen werden, denn wenn dort mit hinhaltendem Widerstand zu rechnen ist und der Herr Oberst wird mir Recht geben, dass ein Kampf in einem verbauten Gebiet eines der schwierigsten zu lösenden Probleme aus militärischer Sicht ist, dann kann man sich schon vorstellen, dass das natürlich enorme Verluste bedeuten würde und dass hier, auch wenn man der Aggressor ist, kein Staatschef natürlich seine eigenen Truppen in dieser Art und Weise verheizt.

Also ich glaube, dass sich hier niemand mit Ruhm bekleckert hat und wir erleben eine eiskalte Logik des Krieges und der Machtpolitik mit einer entsprechenden Vorgeschichte, wie es der Kollege Fürst ja auch gesagt hat, aber auch mit den Folgen, die wir alle noch viele Jahre zu spüren bekommen werden.

Unserer Überzeugung nach ist es wichtig, hier einen kühlen Kopf zu bewahren, nicht Öl ins Feuer zu gießen und deeskalierend zu wirken.

Was heißt das jetzt für Österreich?

Aus einer Sicht das Thema der Flüchtlinge, ohnehin jeden Tag in aller Munde. Es ist, glaube ich, selbstverständlich, dass wir Flüchtlinge aus einem - ich nenne es einmal - kulturnahen Land, das ist auch etwas, was auch wir immer gefordert haben, unterstützen.

Das ist gute Tradition in Österreich, erinnern wir uns an Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968, Ex-Jugoslawien in den 90er-Jahren.

Wenn es in unserer Nachbarschaft Hilfsbedarf gegeben hat, dann hat dieses Land immer diese Hilfe auch angedeihen lassen, und das werden wir auch diesmal machen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Vielleicht Kritik daran. Es wurde im Hauptausschuss des Nationalrates eine Verordnung beschlossen, dass jeder und zwar ohne Obergrenze, der einen Aufenthaltstitel in der Ukraine hat, sich auch in Österreich frei bewegen darf. Ukraine hat 45 Millionen Einwohner. Die werden hoffentlich nicht alle nach Österreich kommen, aber ich glaube, das ist doch von den Größendimensionen her ein gewisses Problem, momentan allerdings noch nicht ganz so akut.

Ja, ob man jetzt wirklich als Land dort hinfahren soll und - weiß ich nicht - eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen auswählen. Wer wählt die aus, nach welchen Kriterien wählt er aus? Das ist, glaube ich, eine Geschmacksfrage.

Entscheidend ist aber natürlich, dass die Menschen in Europa verteilt werden, dass wir nicht das erleben, was im Jahr 2014 passiert ist, dass im Endeffekt zwei oder drei oder vier Länder von der ganzen Europäischen Union auf den Millionen oder den hunderttausenden Menschen sitzenbleiben, sondern dass es entsprechend in einer gemeinschaftlichen Kraftanstrengung bewältigt wird.

Der zweite Aspekt ist der der aktiven Neutralitätspolitik. Dazu hat Österreich jetzt wieder einmal erinnert, da schrillen wieder einmal die Alarmglocken, dass hier noch einigermaßen liederlich damit umgegangen wurde in den letzten Jahren.

Abgesehen davon, dass die Neutralität völkerrechtlich verbindlich ist. Es war ja eine Bedingung, dass die Truppen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1955 dieses Land verlassen haben. Aber das ist je bis heute aufrecht. Bedeutet Neutralität - und das möchte ich schon klarstellen, das bedeutet nicht Ignoranz oder Gleichgültigkeit, mir ist es wurscht, wenn irgendjemand auf den anderen schießt oder Trittbrettfahrerei. Nein! Neutralität bedeutet nichts Anderes als Bündnisfreiheit.

Das heißt, man nimmt sich die Freiheit, die Standpunkte beider oder auch aller, wenn es mehrere sind, Konfliktparteien anzuhören, für sich selbst zu bewerten, man muss hier nicht teilen, aber für sich selbst zu bewerten und nicht als Bündnis-Räson im Vorhinein schon die Sichtweise einer der Konfliktparteien übernehmen zu müssen.

Neutralität ist also die Fähigkeit, mit allen zu sprechen und wenn man das hat, dann hat man auch die Fähigkeit zu vermitteln.

Und ich glaube auch, das ist eine gute Tradition immer mit dem Namen Bruno Kreisky verbunden, die Österreich, glaube ich, weit über seine globale politische Bedeutung hinaus bekannt und auch anerkannt gemacht hat.

Das Thema des NATO-Beitritts, da hat man mittlerweile bereits ein bisschen wieder zurückgerudert. Da gab es vereinzelt ein paar Stimmen. Ich halte das aus strategischer Sicht nicht für sinnvoll.

Der militärische Beitrag Österreichs zur NATO ist wurscht. Das ist lächerlich. Hingegen ist da Österreichs möglicher Beitrag als Vermittler, als sicherer Boden für alle Konfliktparteien, wo man sich auch entsprechend austauschen kann, wichtig.

In diesem Sinne auch die etwas skurrile Debatte zu sehen und auch unsere Position, dass der ukrainische Präsident im Österreichischen Nationalrat reden soll. Wir waren da dagegen. Das wäre nämlich aus unserer Sicht auch ein Sich-auf-eine-Seite-Schlagen.

Wenn ich nur die eine Seite höre, die andere aber nicht, dann ist natürlich die Gefahr groß, dass ich die Sichtweise der einen Seite übernehme. Weiß ich nicht, vielleicht kann man sich überlegen, ob nicht Selenskyj und Putin im Nationalrat, geht ja über Videoschaltung, oder auch deren Außenminister dort sprechen können, dass man zumindest beide Seiten hört.

Das wäre dann genau diese Vermittlertätigkeit und genau dieses Zwischen-den-beiden-Extremen-Sitzen, das wir für Österreich einfordern und das hierzulande gute Tradition hat.



Es wurde auch erwähnt, das Thema der Sanktionen. Diese Sanktionen sind für mich weit überschießend. Ich halte sie auch insofern für sinnbefreit, als dass sie unseren eigenen Interessen am allermeisten schaden.

Jetzt kann man sich natürlich gut darüber unterhalten, was weiß ich, in Russland funktioniert keine Mastercard mehr. Die können sich vielleicht keine Pelzmäntel mehr kaufen oder was auch immer.

Es hätte niemand was dagegen, wenn Sanktionen, was weiß ich, irgendwelche Oligarchen betreffen, die sich üblicherweise auch nicht ganz auf lupenreine marktwirtschaftliche Art dieses Vermögen angeeignet haben, sondern da gibt es ja auch alles Mögliche, das da hier mitspielt, an kriminellem Verhalten und Ähnliches mehr.

Aber dass Sanktionen soweit gehen, dass man Behindertensportler von Bewerbungen ausschließt, nur, weil sie aus Russland kommen. Oder, das war überhaupt eine Stilblüte, dass man bei einer Katzensausstellung die Tiere nicht daran teilnehmen lässt, weil sie von einem russischen Züchter kommen, also ich glaube, das führt ein bisschen zu weit. Das ist lächerlich.

Das zieht auch die Dramatik der ganzen Situation ins Lächerliche.

Und es wird halt übrigbleiben, dass zwischen Russland und der EU ein tiefer Graben besteht, entsteht, und profitieren davon werden da die Randmächte, profitieren davon wird aus meiner Sicht in erster Linie China.

Vorher ist noch das Wort „Rubel“ gefallen. Russland geht dazu über, dass nicht mehr in westlicher Währung, sondern in Rubel beziehungsweise in der chinesischen Währung Yuan abzurechnen.

Das wird uns noch sehr teuer kommen. Volkswirtschaftliche Ursache, Wirkungszusammenhänge brauchen ein paar Jahre, bis man sie sieht. Aber sie kommen mit mathematischer Präzession und genauso wird es hier sicherlich nicht zum Vorteil der Europäischen Union und schon gar nicht Österreichs sein, wenn wir unser Gas, unser Erdöl oder auch andere Rohstoffe, die wir ja aus Russland beziehen müssen, etwa um Mikrochips zu bauen und anderes mehr, hinkünftig in einer anderen Währung bezahlen werden müssen.

Gedankenspiele gibt es da noch über eine EU-Armee. Ich glaube, das sind auch Gedankenspiele. Ich glaube, es gibt hier im Saal niemanden, der glaubt, dass ein französischer Staatspräsident die Abschusscodes für seine Atomwaffen der EU-Kommissionspräsidentin in die Hand drücken wird. Also das kann bestenfalls in Form von Kooperation sein, die es ohnehin schon gibt, alles andere, glaube ich, wird in diesem Jahrhundert nicht mehr schlagend werden.

Das heißt für uns, unter dem Strich, Österreich steht nicht nur in der Pflicht, sondern auch in der eigenen Anforderung, wehrhaft zu sein, für ordentliche Ausrüstung des Bundesheeres zu sorgen.

Das ist schön, dass wir von der SPÖ jetzt ein bisschen andere Töne hören. Ich habe da noch in Erinnerung, so sechs Monate sind genug, dass man die Wehrpflicht abschaffen wollte, die ja eigentlich in Stein gemeißelt wäre, und ähnliche Stilblüten.

Also wenn hier ein Umdenken stattfindet, dann ist das sicherlich positiv, und ich hoffe, dass sich das in diese Richtung auch entwickelt.

Den Flüchtlingen wird abgestimmt zu helfen sein, wie wir es immer getan haben, und wir sollten uns auf keine gewagten Manöver einlassen, beständiger, berechenbarer Partner bleiben.

Ob man das wirklich ist, wenn man nach Katar und Saudi-Arabien fährt, das sind auch keine lupenreinen Demokratien. Also da bin ich persönlich skeptisch.

Also, wenn man das selbst ernst nimmt, dann sollte man auch die Dinge beim Namen nennen und man sollte natürlich die wirtschaftlichen Interessen vertreten.

Das Thema Energie wurde auch vom Kollegen Fürst erwähnt. Vielleicht nur eine kurze Replik wegen „ein Naheverhältnis zu Russland“. Weil Du gesagt hast, die schwarz-blaue Regierung. Ich glaube, das war schon ein SPÖ-Bundeskanzler, der in Moskau am Flughafen den Boden geküsst hat, zumindest diese Episode überliefert.

Also ich glaube, auch hier brauchen wir uns nicht gegenseitig über Gebühr was ausrichten.

Die zweite Ebene des Dringlichkeitsantrages ist die, was jetzt sozusagen für die eigenen Haushalte bedeutet. Was bedeuten Krieg und Inflation für Unternehmen, für Haushalte, für die Menschen, für die Familien in diesem Land?

Da muss man sagen, das haben Vorredner auch schon gesagt, diese Teuerung, diese Inflation, diese Effekte haben keineswegs nur etwas mit dem Krieg zu tun.

Wenn man den Dringlichkeitsantrag durchliest, dann wird er ja auf eine Toolbox abgestellt, die die Europäische Union bereits am 13. Oktober 2021, ich habe mir erlaubt, das auch auszudrucken, veröffentlicht hat und den Mitgliedsstaaten ermöglicht hat. Am 13. Oktober 2021 hat in dieser Republik noch niemand eine Ahnung davon gehabt, dass drei Monate später dort ein Krieg ausbrechen wird. Also das müssten schon hellseherische Fähigkeiten sein, und das, glaube ich nicht, dass die hier allzu verbreitet sind.

Was auch richtig gesagt worden ist. Diese Inflation, diese Teuerung - der Krieg befeuert das natürlich -, aber hängt wesentlich mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zustande. Das ist immer noch eine Spätfolge der Eurokrise der Jahre 2008 und fortfolgende, wo man eben die Kapitalmärkte geflutet hat. Nullzinsen, auch die Landesregierung macht sich das ja gern zunutze, dass man hier umschuldet, weil ja die Zinsen so billig sind. Ja, es gibt solche Phasen. Momentan dauert sie relativ lange.

Wie gesagt, volkswirtschaftliche Ursachen, Wirkungszusammenhänge dauern einige Jahre, aber dass die Rechnung kommt am Ende des Tages und eine davon ist Inflation und die wird uns jetzt mit entsprechender Deutlichkeit auch treffen.

Nichtsdestotrotz, die Menschen brauchen Hilfe, um sich das Leben leisten zu können. Inflation wird momentan angegeben mit 5,9 Prozent. Neun Prozent wird erwartet. Da müssen wir schon in die 1970er Jahre zurückschauen. Interessanter Weise waren es auch damals Ölpreisschocks, die das hervorgerufen haben.

Und es werden zwei Effekte kommen. Also wenn man sich denkt, dass ja auch Speditionen zum Beispiel oder Logistik teurer wird, Lebensmittelproduktion teurer wird, dann wird das also nicht nur bei den Energiepreisen stehen bleiben, sondern das wird sich in alle Lebensbereiche und zwar auch in lebenswichtige Bereiche weiterentwickeln, und dann wird man sehen, wie man darauf antwortet.

Die klassische Form der Zentralbank wäre, die Zinsen zu erhöhen. Das können sie nicht, weil einige EU-Länder faktisch pleite wären. Also es kommt auf Europa noch einiges an Herausforderungen zu.

Wie macht man das, diese Vorbereitung ganz konkret, insbesondere die Berücksichtigung der Toolbox? Eines ist klar, man macht es sicherlich nicht wie im Burgenland, indem man alternative Energie besteuert. Es ist keine gute Idee, sozialökologisch und wirtschaftlich erwünschtes Verhalten, nämlich das Aufbauen von alternativen Energien-Erzeugungsanlagen auch noch zu besteuern.

Das ist ähnlich, wie das die Bundesregierung mit der Erhöhung der NoVA gemacht hat, wenn neue und verbrauchsärmere Fahrzeuge entsprechend vermiest worden sind, indem man die NoVA noch verdoppelt hat und das wird von Experten überhaupt auch schon in der Luft zerrissen, sofern es nach der Finanzverfassung überhaupt zuständig ist.

Die Einführung eines Sozialfonds ist okay. Ob man das wirklich durch eine Steuer auf der anderen Seite, so linke Tasche, rechte Tasche, oder wie es der „Kurier“ gestern gesagt hat „Loch auf, Loch zu-Politik“ machen sollte. Da sind wir anderer Meinung. Ich halte das nicht für gar so zielführend.

Kommen wir zur Beschlussformel, die ja auf diese Toolbox abgestimmt ist. Da steht natürlich sehr viel Richtiges drinnen. Da wird sogar schon vorgeschlagen, Einkommensunterstützung für Betroffene beispielsweise durch Gutscheine oder teilweise Begleichung von Energierechnungen.

Das ist das, was man in diversen Nachbarländern sieht. Ungarn ist natürlich das krasseste Beispiel. Bei denen die Spritpreise, ich glaube, bei 1,33 Euro eingefroren wurden. Das ist weit unter dem Marktpreis, den es derzeit gibt. Für Ungarn gibt es aber keine wesentlichen Engpässe, was ich zumindest so mitbekomme. Also insofern funktioniert der Markt auch da.

Da stellt sich natürlich schon die Frage, warum man diese Preisdeckelung nicht auch in Österreich durchführt. Vielleicht auch von den Landestankstellen, vielleicht wäre hier auch möglich, einmal wirklich mit gutem Beispiel voranzugehen?

Die Senkung von Steuersätzen halte ich für unumgänglich, sowohl bei der CO<sub>2</sub>-Steuer, die in Zeiten wie diesen ein absolutes Unding ist, aber natürlich auch bei der Mineralölsteuer, das Problem dabei ist, dass die nur zu 60 Prozent auch weitergegeben wird.

Das heißt, die restlichen 40 Prozent gehen gewinnerhöhend in die Kassen der Energiekonzerne und ob das die richtige Maßnahme ist, ist zu überprüfen.

Ich glaube auch nicht, dass das Thema mit den Zweit-SUV, die durch Wien fahren, so wirklich schlagend ist. Ich glaube, die Not der Pendler sollte da schon ein höheres Gut sein, als vielleicht fünf, zehn oder 50 Menschen durch Wien mit einem Zweit-SUV durch die Gegend fahren.

Dann sagt die EU-Toolbox noch Hilfe für Unternehmen. Das ist für Österreich sehr interessant, wobei wir Unternehmen mit starkem Osteuropabezug haben und starken Bezug zu Ukraine, Russland, Weißrussland, also genau in dieses Dreieck, die werden natürlich entsprechende Hilfe brauchen.

Mehr Investitionen in erneuerbare Energien, wie gesagt, nicht deren Besteuerung und damit Vergrämung. Die Beschleunigung von Verfahren für erneuerbare Energien, da kommt jetzt zwar ein Gesetz in den Landtag, das ist aber recht interessant, weil man eigentlich nur darüberfahren will über die Meinungsbildung der Gemeinden. Ich bin mir

nicht sicher, ob das Parteipolitik ist, oder ob man so abqualifizieren sollte, wenn zum Beispiel ein Gemeinderat wie Neusiedl am See, oder in Wimpassing sogar die Bevölkerung selbst sich gegen so eine Anlage ausspricht.

Ich glaube, solche demokratischen Entscheidungen von Gremien oder von der Bevölkerung selbst sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Die Stärkung der Rolle der Verbraucher, ja, da wird halt zu überlegen sein, Lieferantenwechsel wird von der EU ausdrücklich angesprochen, wenn hier also eine einseitige Besteuerung gewisser Energiekonzerne im Burgenland stattfindet, wird man halt den Verbrauchern nahelegen müssen oder nahelegen sollen, hier entsprechend auch Alternativen zu suchen, um sich hier etwas einzusparen, auch ein angekündigter oder ein in den Raum gestellter Austritt aus der Energieallianz hätte in etwa diese Folgen.

Das heißt für uns alle, Aufrechterhaltung des Dialogs, Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen ist entscheidend, natürlich auch mit Russland, um es nicht in die Hände Chinas zu treiben.

Die Beschlussformel ist aus unserer Sicht in Ordnung. Es ist das Gegenteil von vielen Ideen, die vor kurzem aus der Regierung den Weg in die Presse gefunden haben, vielleicht auch deswegen ist es gut gelungen.

Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen, hoffen aber natürlich, dass auch im Land entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr darf ich den Herrn Klubobmann Markus Ulram herausbitten.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ, der heute behandelt wird, zu einem Antrag einer Sondersitzung vom 11. März, wobei 14 Tage später dann eine Sitzung stattfindet und mit Sicherheit einen anderen Hintergrund hat.

Aber zum ersten Teil des Antrages der SPÖ muss man ja klar sagen und ich glaube fast alle in diesem Haus sind sich hier einig, dass dieser Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine nicht nur zu verurteilen ist, sondern dass wir jetzt auch alles daransetzen müssen, dass wir dieses Leid, dass wir diese Flüchtlingsbewegung und die Hilfe vor Ort stärken müssen, bewältigen müssen.

Denn eines ist klar, wenn im Gegensatz zu anderen Flüchtlingsbewegungen und Strömen, wo sehr viele junge Burschen gekommen sind zu uns, mit einem anderen Aspekt wie aktuell aus der Ukraine, wo hauptsächlich Frauen mit Kindern zu uns kommen, hier agiert werden muss und dass hier alle Kraft aufgewendet werden soll, dass hier auch geholfen wird.

Zum anderen muss man auch klar festhalten, auch wenn oftmals kurzfristig, aber dennoch diese Hilfe aufgeboten worden ist, wenn die Feuerwehren hier aufgefordert worden sind, gemeinsam mit der Bevölkerung hier eine Hilfsaktion zu starten. Dass wir eine Sammelaktion durchführen in den Gemeinden, dass wir Medikamente sammeln, so ist es gut und richtig und ist auch, glaube ich, der richtige Weg, um rasch helfen zu können.

An dieser Stelle darf ich mich auch im Namen der Volkspartei bei allen, die sich hier massiv einsetzen, die hier mithelfen, bei der gesamten Bevölkerung im Burgenland, bei allen Organisationen, bei allen Beteiligten, allen voran aber bei denen, die bei den letzten zwei Hilfsaktionen, diese Hilfsbereitschaft an den Tag gelegt haben, bei der

Freiwilligen Feuerwehr recht herzlich bedanken für ihren unermüdlichen Einsatz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich glaube, dass wir uns hier über weite Strecken einig sind, und ich glaube, wenn man das ehrlich anlegt, sind wir uns einig, dass die SPÖ nicht im Sinne gehabt hat, jetzt einen Sonderlandtag zu initiieren, damit wir über die Ukraine heute hier diskutieren und uns bedanken können bei allen, die mitgeholfen haben und auch in Zukunft diese Hilfe anbieten werden, sondern dieser Sonderlandtag hat einen ganz anderen Hintergrund.

Daher ist er auch so spät eingeladen worden - zum letztmöglichen Zeitpunkt, 14 Tage später nach Antragsstellung. Nämlich, dass man hier ein Gesetz einlaufen lässt, das in der nächsten Landtagssitzung beschlossen werden soll, das einen ganz anderen Hintergrund eigentlich hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man sich die jüngste Vergangenheit im Burgenland anschaut, so kann man sich natürlich auf alles ausreden und alles als Begründung hernehmen, wenn etwas teurer wird und man muss natürlich auch gegensteuern.

Aber wenn man sich die Chronologie im Burgenland anschaut, dass ja schon Ende des letzten Jahres, Ende 2021, die Burgenländerinnen und Burgenländer Nachricht von der Energie Burgenland erhalten haben.

Mehrheitseigentümer das Land Burgenland - vertreten der Mehrheitseigentümer die SPÖ-Alleinregierung, dann ist eines klar, dass schriftlich die Burgenländerinnen und Burgenländer informiert worden sind, dass der Strompreis um 48 Prozent mit 1.1.2022 erhöht wird und mit 1. Feber 2022 der Gaspreis um bis zu 20 Prozent erhöht wird.

Das ist ein Faktum. Und erst am 24. Feber 2022 hat der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begonnen, wo jetzt manche Teuerungen natürlich auch diese Auseinandersetzung mit sich bringt.

Das heißt aber unterm Strich, dass diese massive Strom- und Gaspreiserhöhung im Burgenland nichts mit der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine zu tun hat, sondern eine mutwillige Preiserhöhung auf Kosten der Burgenländerinnen und Burgenländern ist.

Denn, mittlerweile wissen ja auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer, alle Kunden der Energie Burgenland, dass ja auch das Land nicht die Gewinne der Energie Burgenland irgendwo zur Teuerungsabfederung verwendet, sondern ganz einfach zehn Millionen Euro in den Säckel der Landesregierung steckt und hier andere Projekt versucht zu forcieren.

Das heißt unterm Strich, durch diese Preiserhöhungen, durch die Gewinnentnahmen aus der Energie Burgenland hat kein Burgenländer etwas davon, sondern werden Projekte finanziert, die diese Alleinregierung sich vornimmt und breitpurig und öffentlich ja immer darbietet.

Und zu den Fakten, weil das ja auch schon abgestritten worden ist in der Vergangenheit und schon bemerkenswert seitens der Sozialdemokratie, dass man auch den Alt-Landeshauptmann Nießl hier eigentlich, ich will nicht sagen, der Unwahrheit bezichtigt, aber gesagt hat, na das hat er so gar nicht gesagt, oder nicht gemeint.

Tatsache ist, dass das evident ist, dass der Alt-Landeshauptmann Nießl 2013 bereits gesagt hat, dass wir mehr Strom erzeugen als wir verbrauchen. Im Jahr 2013!

Und rund zwei Terawattstunden Strom verbrauchen wir im Burgenland von dem gesamten Energiekuchen in etwa neun Terawattstunden laut Statistik Austria.

Und diese zwei Terawattstunden, die wir verbrauchen, produzieren wir im Burgenland aber drei Terrawattstunden. Das heißt, um die Hälfte mehr, was wir heute schon produzieren und eigentlich gar nicht verbrauchen können.

Und dann hat die Burgenländische Landesregierung, weil es ja auch gegenwärtig überall ist, sich zum Ziel gesetzt, auch Teil der Energiewende sein zu wollen. Es ist ja grundsätzlich ja nichts Verwerfliches und nichts entgegengesetzt.

Aber die Art und Weise, die man vor allem in den letzten zwei Jahren hier an den Tag legt, ist schon sehr bemerkenswert. Man hat de facto im Alleingang, in kurzatmigen Workshops ganz einfach Eignungszonen festgelegt.

Hauptsächlich mit den Großgrundbesitzern Optionsverträge geschlossen. Gerade diese Großgrundbesitzer, die die SPÖ die letzten Jahre und Jahrzehnte so verteufelt hat, die Reichen, die nur alleine alles bewirtschaften und denen alles gehört, die sowieso allerweil besteuert gehören, wo die Reichensteuer eingeführt werden muss, sind jetzt die ersten Partner dieser sozialistischen Regierung. Und das muss man auch an dieser Stelle einmal festhalten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dann hat man in diesen Zonierungen die Energie Burgenland-Vertreter ausgeschiedt und hat gesagt, dort müsst ihr jetzt Photovoltaik machen. Das hat man dann auch versucht, aber mit eher weniger Erfolg, denn diese „Drüberfahr-Politik“, die hier zum Anlass genommen worden ist, das lassen sich die Menschen einfach nicht gefallen. Und das hat nicht mit einem politischen Diskurs zu tun, sondern mit einer „Drüberfahr-Mentalität“, die man so nicht haben möchte, sondern man möchte mit der Bevölkerung, mit den Gemeinden hier das Ganze aufarbeiten, um zu schauen, wo die besten Plätze, wo die besten Möglichkeiten geschaffen werden können.

Und als dann letztendlich in Wimpassing eine Abstimmung erfolgt ist durch den Souverän und hier eine 60-prozentige Mehrheit gesagt hat, wir wollen an dieser Stelle diese Photovoltaikanlage nicht haben, war die Antwort des Herrn Landeshauptmannes, ich zitiere: Der kleinteilige Diskurs auf Gemeindeebene, der lediglich von Interessen der Lokalpolitik geprägt sei, werde damit ausgeschaltet mit seiner nächsten Vorgangsweise mit der Einführung eines neuen Gesetzes.

Und diese Aussage, Herr Landeshauptmann, dieser kleinteilige Diskurs, den Sie meinen, das ist nichts anderes als Demokratie und das ist nichts anderes als endlich zur Kenntnis nehmen, dass es andere Meinungen außer Ihre auch im Burgenland gibt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und die Antwort auf Wimpassing war ganz einfach: Das lassen wir uns nicht gefallen, dass es so andere Meinungen gibt, wir schreiben ganz einfach ein Gesetz um, nämlich das Raumplanungsgesetz, das Sie heute einlaufen lassen und dort schreiben wir hinein, was eigentlich Sache ist, nämlich, dass, was Sie gesagt haben, wir schalten aus. Wir schalten die Gemeindeautonomie aus, wir schalten die Diskussion mit der Bevölkerung aus, sondern nur mehr einer entscheidet.

Und wenn man morgen aufwacht, dann hat man womöglich vor der Ortseinfahrt eine 20 Hektar PV-Anlage stehen, die vielleicht an dieser Stelle überhaupt nicht geeignet ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Und mit diesen einseitigen vorgeschlagenen großflächigen Photovoltaikanlagen in Anbetracht der aktuellen Situation

mit der Versorgungssicherheit oder vielmehr mit der Versorgungsunsicherheit, die aktuell auch gegenwärtig ist, haben wir natürlich im Burgenland auch einen Interessenskonflikt.

Denn einerseits sollen wir für die Ernährungssicherheit produzieren in der Landwirtschaft und auf der anderen Seite nehmen wir ganz einfach Flächen heraus, wo wir PV-Anlagen im großen Stil verwirklichen wollen.

Ein Beispiel dafür: Wenn Sie sagen, unser Ziel ist es, 1.500 Hektar im Burgenland PV quasi anzubauen, Flächen zu versiegeln mit PV-Anlagen, so nehme ich gleichzeitig diese 1.500 Hektar aus der agrarischen Landwirtschaftsfläche heraus, aus der Produktionsfläche, und das bedeutet gleichzeitig, dass ich mit 1.500 Hektar Ackerfläche, wenn ich das umrechne auf die Tonnen Weizen und auf Mehl und wie viel Brot ich heute herstellen könnte, dann könnte ich genau mit diesen 1.500 Hektar, die Sie zupflastern wollen mit Photovoltaik, ganz Burgenland, jeden einzelnen Einwohner im Burgenland, 300.000 Menschen, jeden Tag mit einem Kilo Brot versorgen.

Und das kann nicht der richtige Weg sein, sondern wir brauchen hier eine geeignete Möglichkeit, jetzt zwischen Erzeugung erneuerbarer Energie und gleichzeitiger Versorgungssicherheit im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Warum gehen wir nicht einen anderen Weg? Wir haben ja auch in der jüngsten Vergangenheit - wie auch im letzten Jahr - mehrere Vorschläge gemacht. Nicht nur, wie man die Teuerungen abfedern kann - wie zum Beispiel mit Energiegutscheinen -, bevor Sie die zehn Millionen einstreifen für andere Projekte im Burgenland und die Burgenländerinnen und Burgenländer zuteil haben lassen in Form von Energiegutscheinen, könnte man genauso hergehen, jene Firmen, die man mit Millionenbeträgen fördert über die Wirtschaftsagentur des Landes, könnte man genauso verpflichten, PV-Anlagen hier zu installieren.

Ein großer Möbelhändler, der sich im Land Burgenland angesiedelt hat, verbaut eine Fläche von 120.000 Quadratmetern. Wissen Sie, wie viele PV-Anlage auf dieser Fläche auf das Dach kommen? Von den 120.000 Quadratmetern Dachfläche sind 3.000 Quadratmeter PV-Anlagen.

Ein anderes Beispiel vielleicht: Wenn wir uns anschauen - und Sie kennen diesen Teil unseres Landes auch - das Parndorfer Outlet-Center, wo zirka zehn Hektar verbaute Fläche zugegen ist und gleichzeitig weitere zehn Hektar an Parkflächen zugegen sind. 20 Hektar, wenn ich das mit PV-Flächen vollpflistere, die Dächer, gleichzeitig die Parkanlagen mit PV ausstatte, wo ich mehrere Vorteile habe, nicht nur einen beschatteten Parkplatz und durch Regen geschützt, sondern auch Energie erzeugen kann, so könnte ich alleine mit der Fläche des Outlet-Centers mehr als 5.000 Haushalte mit Strom versorgen.

Und das sollte eigentlich der burgenländische Weg sein. Anstatt mit einem neuen Gesetz, das in der nächsten Landtagssitzung diskutiert wird und abgestimmt werden soll, zum Drüberfahren, Gemeindeautonomie und die Bevölkerung ausschaltet, sollte man eher einen Diskurs führen, damit man hier im Einklang mit der Bevölkerung und mit den Gemeinden den erneuerbaren Ausbau vorantreibt.

Unsere Meinung ist daher sehr klar. Wir wollen die Dächer vor Äcker. Wir wollen, dass die PV-Anlagen auf das Dach kommen und dass der Weizen auf den Äckern wächst.

Wir wollen, dass die PV-Anlagen auf vorbelastete Flächen zuerst errichtet werden, wie zum Beispiel auf die großen Dachflächen, die in jedem Bezirk in großer Anzahl gegenwärtig sind, und wir wollen, dass die Gewinne, die herausgenommen werden, nicht

in die löchrigen Säckel des Herrn Landeshauptmannes fließen, sondern dass diese Gewinne den Burgenländerinnen und Burgenländern zuteilwerden.

Das müsste unser Weg sein, und dafür stehen wir auch weiter ein. Dafür werden wir auch weiterkämpfen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Ich darf nunmehr als nächsten Redner den Herrn Abgeordneten Spitzmüller um seine Ausführungen bitten.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Regierungsbank! Liebe Kollegen, Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Kollege Ulram hat es eh schon ausgeführt, der Grund, warum wir uns heute hier zusammengefunden haben, ist eigentlich ein ganz anderer.

Nämlich, dass die SPÖ drei Abänderungsanträge von wesentlichen Gesetzen ohne Parteienverhandlungen, ohne Begutachtung durchwurschteln will, gleich am 7. April, bei der nächsten regulären Landtagssitzung.

Und genau darum geht es, um das Erneuerbaren-Beschleunigungsgesetz, das ja an und für sich grundsätzlich eine gute Idee ist, bei der Umsetzung hapert es allerdings unserer Meinung nach ein bisschen. Ich komme gleich darauf zurück.

Zuerst noch zu dem heute vorliegenden Antrag, der natürlich vor allem im ersten Satz, nämlich in der Verurteilung dieses Krieges und in der Solidarität mit der Ukraine ganz klar ist. Wir haben das ja bei der letzten Landtagssitzung bereits durch eine Gedenkminute - und einige sind auch darauf eingegangen, wie die Kollegin Petrik zum Beispiel - getan.

Was wir allerdings nicht gut finden - und deswegen können wir im Ganzen diesem Antrag nicht zustimmen - ist, in der Begründung steht „durch die Entlastung der Besteuerung vom Treibstoff könnte hier lenkend eingegriffen werden“. Das ist unserer Meinung nach kontraproduktiv.

Erstens einmal, weil Steuersenkungen auf Treibstoffe unökologisch und unsozial sind und zweitens, weil man die Mehrwertsteuer gar nicht senken kann, weil es EU-mäßig nicht möglich wäre.

Das kritisiert nämlich - den Punkt eins kritisiert auch das Wirtschaftsforschungsinstitut, das ganz klar sagt, dass von einer Senkung vor allem Besserverdiener\*innen und Tanktourist\*innen profitieren würden und deswegen davon abrät. Genau aus diesem Grund beantrage ich hiermit eine getrennte Abstimmung. Ich verlange, dass über folgende Teile des Antrages zur Zahl 22 - 964 getrennt abgestimmt wird.

Erster Teil: Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Ukraine als souveräner Staat und verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Teil zwei: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

1. die seitens der EU-Kommission erarbeiteten Maßnahmen zur Vermeidung der steigenden Energiepreise schnellstmöglich umsetzen, um die österreichischen Haushalte zu entlasten;
2. die Abgabequote auf alternative VerbraucherInnen zu reduzieren;
3. weiterhin unter Einbindung der Länder die Geflüchteten aus der Ukraine bestmöglich versorgen. *(Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Antrag.)*



Soweit dazu, ist mir auch deswegen auch wichtig, weil - wie auch teilweise schon die Kollegin Petrik schon ausgeführt hat - die drei Punkte ja bereits abgehandelt wurden auf Bundesebene. Zum eigentlichen Punkt, wie ich gesagt habe, Erneuerbaren-Beschleunigungsgesetz.

Das Positive daran, ja, wir brauchen rasche, wir brauchen saubere, regionale klimataugliche Energie im Burgenland. Das hat das Burgenland ja bereits bewiesen. Wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Eine Beschleunigung schadet hier nicht.

Unheimlich viele Menschen wollen das ja auch jetzt. Bestärkt auf der einen Seite durch die Klimakrise, noch stärker bestärkt jetzt durch die Ukraine-Krise. Es ist im Moment so, dass viele aus ihren Gasheizungen raus wollen, dass viele PV-Anlagen auf ihrem Dach haben wollen, sodass die Umweltberatung im Land gar nicht nachkommt mit Beratung und die Installateure mit der Arbeit auf den Dächern ewig lange Wartezeiten den Interessenten geben müssen, weil die Nachfrage so gut ist. Das ist sehr gut.

Zweitens, die Energiewende ist eine riesige Chance auf regionale Energieversorgung. Und das tolle an der Geschichte ist, jeder Burgenländer und jede Burgenländerin kann ein Teil davon sein. Dazu braucht man nicht einmal ein Eigenheim haben, wo man selber PV-Anlage aufs Dach gibt, sondern es gibt ja mit den Energiegemeinschaften auch die Möglichkeit, Teil einer solchen PV-Anlage, was auch immer, zu sein.

Das ist das geniale an den erneuerbaren Energien. Die Wertschöpfung bleibt verstärkt im Land, die Arbeitsplätze sind zum Teil hier und nicht irgendwo, das ist das Geniale. Es stellt sich aber die Frage, ob das - was ich mir jetzt soweit bisher dieses Erneuerbaren-Beschleunigungsgesetz angeschaut habe - wirklich der Weisheit letzter Schluss ist.

Wenn man auf der einen Seite demokratische Grundrechte, nämlich die der Gemeinde und damit der Gemeindeglieder\*innen beschneidet, weil man gesehen hat, dass manche Gemeinden offensichtlich hier nicht mitgehen wollen. Anstatt, dass man diese Menschen mit ins Boot holt - ich habe das gesagt, die könnten Teil dieser PV-Anlagen sein - sie anständig aufklärt und mitnimmt, macht man jetzt Folgendes, man geht her und sagt vom Land praktisch dort und dort und dort kommt das hin und das war es.

Der Gipfel an der Geschichte ist dann noch, wie in den Erläuterungen zu dem Gesetz steht: Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass dem öffentlichen Interesse am Betrieb solcher Freiflächenanlagen gegenüber dem Schutz des Landschaftsbildes, aber auch den Interessen des Naturschutz- und Landschaftspflegesetzes grundsätzlich Vorrang zukommt. Das heißt, nicht nur die BürgerInnenrechte und die Gemeinderechte werden ausgehebelt, sondern offensichtlich auch der Landschaftsschutz und der Naturschutz.

Jetzt ist die Zonierung, wie es das Land als erste Idee geplant hatte, ja eine gute Idee. Wir kennen das ja bereits von der Windkraft. Meiner Meinung nach wird aber das Pferd von hinten aufgezäumt. Anstatt dass man das Land hernimmt und schaut, wo sind Flächen für große PV-Freiflächenanlagen. Ich meine, wir reden ja nicht bitte von zehn Quadratmetern oder zehn Hektaren, wir reden von 50, 100 und noch darüber hinaus Flächen, die hier verbaut werden sollen.

Warum schaut man sich nicht an, wo gibt es vorbelastete Flächen? Wir kennen bereits, wie das so aussieht nach der ersten Zonierung. Es sind sehr viele sehr gute Ackerböden, die hier dafür genutzt werden. Und soweit ich das sehe, aufgrund auch des

Umweltberichtes dazu ist es so, dass der Faktor Agrarphotovoltaik, also Doppelnutzung, eigentlich kein Thema ist. Da frage ich mich warum?

Was mich auch sehr wundert - und eigentlich muss ich sagen auch wirklich ärgert - ist, dass es eigentlich bei diesen Gesetzesänderungen - es sind ja drei Gesetze insgesamt, die hier geändert werden sollen - vor allem um die riesigen Freiflächenanlagen geht.

Es wird zwar, es gibt zwar eine leichte Verbesserung auch bei den kleinen Flächen, nämlich zum Beispiel auf den Dächern ist ja jetzt eine Beschränkung mit zehn Kilowatt. Das soll immerhin auf zwanzig Kilowatt verdoppelt werden. Aber warum auf zwanzig Kilowatt? Entschuldige, es gibt Häuser, die haben riesen Dächer. Warum sollen die nicht mehr, wenn das möglich ist auf ihre Dächer geben?

Zweitens, auch bei den Freiflächen, auch bei Betriebsgeländen ist es so, dass bisher 100 m<sup>2</sup> waren - das ist eigentlich nichts - wurde jetzt verdoppelt auf 200. Das ist ein bisserl mehr nichts! Warum kann das nicht mehr sein? Wir haben genug Deponieflächen, wir haben Kläranlagen und ähnliches, wo das wirklich klar ist, dort gehören PV-Anlagen hin. Warum macht man das nicht auch einfacher und beschleunigt auch dort diesen Ausbau und den Umstieg auf erneuerbare Energie?

Was grundsätzlich fehlt, ist eine Verpflichtung zur PV-Installation bei Neuversiegelung von Flächen durch Parkplätze, Lagerflächen, Deponieabdeckungen und ähnliches, wie es auch der WWF zum Beispiel fordert und - das ist eigentlich der Ober-Clou an der ganzen Sache - was komplett fehlt, ist das, was die SPÖ am 27. Jänner selber beantragt und beschlossen hat. Hier ist der Antrag. Und zwar konkret der Abänderungsantrag - ursprünglich war es ein Antrag von uns - mit der Zahl 22 - 850 vom 27. Jänner betreffend Photovoltaikausbau.

Immerhin ist inhaltlich bei dem Abänderungsantrag einmal ein bisserl was übriggeblieben. Und da es ein ganz guter Punkt dabei und da heißt es konkret: Der Landtag hat beschlossen, die Landesregierung wird aufgefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen, damit Neu- und Ausbauten von Gewerbeobjekten, Einkaufszentren, Verkaufsgebäuden zukünftig mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden können beziehungsweise die Nachrüstung von derartigen Gebäuden möglich ist.

Das heißt, in Zukunft sollte eigentlich keiner dieser erwähnten Gewerbeobjekte und ähnliches mehr gebaut werden, ohne einem Dach, das zumindest eine Solaranlage tragen kann. Wir haben in den letzten Jahrzehnten das Problem gehabt, dass in sehr vielen Industriegebieten Gebäude gebaut wurden mit Leichtbauweise. Und da ist das Problem, dass auf den Dächern leider die PV-Anlagen nicht tragfähig sind und natürlich im Nachhinein das sehr teuer kommt.

Jetzt macht man hier einen guten Vorschlag, beschließt das auch noch und dann macht man ein Erneuerbaren-Beschleunigungsgesetz und der eigene beschlossene positive Aspekt ist nicht drinnen. Also, ich habe es nicht gefunden. Vielleicht kann mir das jemand erklären. In der Änderung des Baugesetzes ist das nicht berücksichtigt. Das ist ganz eindeutig ein weiterer Fehler, der hier passiert ist.

Wir sind ja grundsätzlich bereit, auch diese Beschleunigung mitzutragen oder sagen wir, wir wären bereit gewesen. Aber ohne Parteienverhandlungen ist das halt schwierig. Wir hätten uns zusammensetzen können und hätten schauen können, wo kommen wir hier auf einen grünen Zweig, im wahrsten Sinne des Wortes.

Besondere Situationen, wie auch die Pandemie, erfordern besondere Herausforderungen und besonderes Vorgehen, das ist ganz klar. Die Klimakrise zählt dazu. Ich glaube auch,

dass wir hier, was die erneuerbare Energie angeht, ruhig einige unserer Werte überdenken können und das eben schneller machen müssen. Aber auf Bundesebene ist in der Pandemie doch bei vielen Punkten oder bei einigen Punkten die Opposition sehr stark mit einbezogen worden. Die SPÖ hat ja bei einigen mitverhandelt und mitgestimmt.

Hier null Komma Josef. Keine Parteienverhandlungen, nichts. Die Zeit ist knapp, mein Angebot steht, unser Angebot steht. Setzen wir uns zusammen und schauen wir, dass wir das noch verbessern, dass wir die Fehler, die hier gemacht werden noch ausbessern. Hauruck-Aktionen sind halt, was sie sind. Klar muss es rascher gehen. Aber, wenn man sich selbst überholt, passieren Fehler, die eigentlich gar nicht notwendig sind.

Wenn wir diesen Ausbau - ich sage es noch einmal - hier im Burgenland weitertreiben wollen und dermaßen große Flächen, es gibt ja keine Erfahrungswerte im Burgenland noch damit, ich meine 100 Hektar, das muss man sich einmal vorstellen. Wir sind ein Grünlandbetrieb, wir haben gerade einen Hektar für den Getreideanbau. Das ist schon relativ groß. 100 Hektar ist einfach irre.

Beziehen wir die Menschen mit ein. Geben wir ihnen die Möglichkeit, ein Teil dieser Wende sein zu müssen und bitte legen wir den Fokus stärker auf Agrar-PV, sodass Agrarlebensmittelproduktion und Energieproduktion gleichzeitig möglich sind.

Und was völlig vergessen wurde, eigentlich, das ist der Ausbau der Dächer, obwohl im Gesetz ganz klar drinnen steht, dass der Ausbau vorrangig auf Dächern. Ich sehe hier keine wesentliche Verbesserung beim Beschleunigungsgesetz, was den Ausbau auf den Dächern betrifft, außer diese leichte Erhöhung, die, wie gesagt noch viel zu wenig ist. Und deswegen, setzen wir uns noch einmal zusammen - um es mit Kölly zu sagen - und merzen wir die Fehler und die Nachlässigkeiten aus. Danke schön. *(Beifall bei der GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren, von der Regierungsbank hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Peter Doskozil gemeldet.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Ja sehr geehrte Präsidentin, Regierungskollegen, meine Damen und Herren Abgeordneten! Es hat sich höchstwahrscheinlich niemand in Österreich, auch wir nicht, diese letzten zwei, drei Jahre in Europa, in Österreich so vorgestellt. Einerseits wirklich stark getrieben und beeinträchtigt durch die Corona-Pandemie und jetzt aktuell natürlich vor unseren Haustoren mitten in Europa ein Angriffskrieg.

Ich glaube wir sollten in diesem Rahmen nicht darüber diskutieren, wie es teilweise subtil durchgeklungen ist, wer jetzt Verantwortung trägt für diesen Krieg. Das weiß jeder Österreicher, jede Österreicherin, es ganz klar, wer die Verantwortung für diesen Krieg trägt. Das ist klar Russland und das ist der Staatspräsident von Russland und das ist Wladimir Putin. Und es zeigt sich bei vielen Entwicklungen, es zeigt sich auch in der Ausgestaltung, zu dem ich später noch komme, unserer Gasabhängigkeit von Russland.

Dass wir offensichtlich in Österreich, mehr wie andere europäische Staaten, in der Vergangenheit politische Parteien, mehr oder wenige einzelne politische Akteure, mehr oder weniger immer offensichtlich geglaubt haben, wir sind die großen Russland-Versteher und wir sind die großen Putin-Versteher.

Und diese Russland-Versteher und diese Putin-Versteher - und das klingt offensichtlich auch heute ein bisschen durch, wenn man versucht, weit hergeholt und natürlich mit sehr viel Interpretationsspielraum versehen, mit einem historischen Abriss

über das Budapester Memorandum hier irgendwie darzustellen, warum Russland in diese Situation gekommen ist.

Ich glaube, das ist eine komplette verfehlte Ansicht und hat mit einer europäischen Weiterentwicklung und mit einer europäischen Friedenspolitik und auch mit dem Konstrukt Europa, den Frieden in Europa zu sichern, der Europäischen Union überhaupt nichts zu tun, sondern man muss auch hier an dieser Stelle klar und deutlich zum Ausdruck bringen, wer dafür verantwortlich ist und wer diesen Krieg in weiterer Folge verursacht hat.

Wir stehen jetzt vor vielen Herausforderungen. Es sind viele geschockt, höchstwahrscheinlich, dass dies passiert ist auf der einen Seite, auf der anderen Seite - und das ist die große Gefahr in dieser ganzen Diskussion, die wir jetzt, um die einerseits Preisentlastungen, andererseits ist ja Corona ja nichts anderes, was die Maßnahmen betrifft - dass man abstumpft.

Wenn ich heute in die Bevölkerung teilweise hineinhöre, dann sagt mir jeder Zweite schon. Ich weiß überhaupt nicht mehr, welche Corona-Maßnahmen gelten, das ist mir auch komplett egal, weil die Bundesregierung einmal das beschließt und einmal das beschließt und der Überblick verloren gegangen ist. Dieser Eindruck entsteht tatsächlich.

Es entsteht dieser Eindruck und ich muss schon ehrlich sagen, es setzt sich aus meiner Sicht - und das ist das große Dilemma, vor dem wir derzeit stehen - es ist derzeit offensichtlich auf bundespolitischer Ebene, auf Bundesregierungsebene niemand dazu in der Lage, sich mit diesen Themen inhaltlich tief auseinanderzusetzen.

Sondern es ist immer wieder die Antwort einerseits Corona-Maskenpflicht ja/nein, dort so/das so, impfen vielleicht/ein bisschen, jetzt ist die Impfpflicht wieder weg, dann 3G/2G/2GPlus. Es weiß niemand mehr, was passiert. Sehenden Auges wissen wir, dass im Herbst höchstwahrscheinlich wieder eine größere Herausforderung sein wird. Aber jetzt ist das Thema einmal damit erledigt.

Ähnlich, und das ist der Gegenstand auch unserer Diskussion heute, ähnlich ist es auch im ganzen Bereich, wenn es darum geht, Entlastungen auf den Weg zu bringen. Die einzige Antwort, und das ist schon richtig, es gibt viele Maßnahmen Frau Kollegin Petrik, das ist vollkommen richtig.

Es gibt Maßnahmen, es werden Steuersenkungen in diesem Bereich, in jenem Bereich vorgeschlagen, es ist eine komplexe Konstruktion, die da auf den Tisch gelegt wird. Der betroffene Bürger weiß am Ende des Tages nicht, wo und in welchen Handlungsfeldern er tatsächlich entlastet wird und man setzt sich aber mit grundsätzlichen Dingen nicht auseinander.

Ich möchte hier schon die Gelegenheit wahrnehmen, zwei Aspekte nur kurz anzureißen. Es ist heute schon angesprochen worden, beispielsweise die Pendlerpauschale wird erhöht. Und wir haben jetzt eh schon eindringlich darüber diskutiert, dass diese Maßnahme sozial ungerecht ist, wie sie jetzt am Tisch liegt.

Und das, was so entlarvend ist für die Bundesregierung bei dieser Diskussion, ich lade Sie ein - es gibt ein Interview vom Herrn Vizekanzler, das aufgezeichnet worden ist von einer Tageszeitung heute, das können wir im Internet abrufen, man kann sich das Interview live anschauen - und er ist mit genau dieser Frage konfrontiert worden. Dass also die Pendlerpauschale ungerecht ist, nicht sozial gerecht, nicht treffsicher ist et cetera.

Wissen Sie, was er gesagt hat? Der Vizekanzler hat gesagt - genauso wie Sie teilweise argumentiert haben - ja, das ist schon richtig, das ist nicht unser Idealmodell, das ist ungerecht, aber alles andere wäre zu kompliziert. Das hat er wortwörtlich gesagt. Es

wäre zu kompliziert. Es ist offensichtlich für die Bundesregierung zu kompliziert, sich damit auseinanderzusetzen, wie kann ich sozial treffsichere Maßnahmen umsetzen?

Das kann es doch nicht sein! Die österreichische Bevölkerung hat sich eine Regierung verdient, die sich mit diesen Interessen und diesen Anliegen auseinandersetzt, Lösungen auf den Tisch legt und umsetzt. Wenn Sie heute hergehen und sagen "Gasspeicher" - wie auch die Frau Energieministerin die Gasspeicher nicht füllen können oder das nicht veranlassen können und jetzt haben wir plötzlich das gesetzliche Mandat dazu - bitte das stimmt doch nicht!

Erzählen Sie das doch nicht der österreichischen Bevölkerung! Das stimmt doch nicht. Die Frau Energieministerin in Personalunion mit der Verkehrsministerin hat sehr wohl in der Vergangenheit gewusst, wie es geht, einen Bundesbetrieb aufzufordern, den Lobau-Tunnel nicht zu bauen. Da hat sie gewusst, wie man eingreift in Straßenbauprojekte.

Aber wie es geht, Staatskonzerne, die wir ja haben am Energiesektor - das sind ja Staatskonzerne, das sind ja keine privaten Betriebe - dazu in ihrer Verantwortung und sie als Eigentümervertreterin bei diesen Staatsbetrieben zu bewegen, auch früh genug die Energiespeicher und Gasspeicher zu füllen, das ist ihr nicht eingefallen. Das hat sie nicht gewusst, wie das geht. So kann man doch keine Politik machen. Das funktioniert doch nicht.

Auf der anderen Seite ist jetzt die große Lösung - auch wir machen das teilweise, weil es gar nicht anders geht, weil die Rahmenbedingungen, die bundesgesetzlichen, nicht anders sind - Umverteilung zu machen. Bedürftigen Menschen zusätzliche finanzielle Mittel zu geben.

Aber wir sollten uns doch einmal damit auseinandersetzen, wenn wir wirklich ernsthaft über dieses ganze Drumherum diskutieren, sind die Mindestsicherungssätze zu tief/zur hoch, gehören die angehoben, sind die ASVG-Richtsätze/sind die Ausgleichsrichtsätze bei den Pensionisten doch nicht zu niedrig?

Das wäre eine einfache Möglichkeit, mit den Richtsätzen raufzugehen und wir brauchen uns nicht mehr darüber unterhalten und diskutieren, auf jedem Eck und jedem Ende - und wir alle leben so - Almosen zu verteilen. Das wird die größte Almosenverteilungsaktion, die es höchstwahrscheinlich in der Zweiten Republik gegeben hat.

Wichtig wäre, darüber zu diskutieren, die Sätze rauf zu heben. Und ich muss ehrlich sagen, ich bin persönlich froh, dass wird zwar nicht für alle - das ist leider Gottes die Systematik so, weil wir das im Lande nicht ändern können - aber, dass wir dort, wo es möglich war, die Mindestsicherung, Entschuldigung, den Mindestlohn einzuführen. Und ich habe das Bild, und das sind wirklich plakative und tatsächliche Hilfeleistungen.

Die Damen und die Mitarbeiterinnen, die heute, und Mitarbeiter, die heute in Oberwart in der KRAGES, 40 oder 50, in der Küche beschäftigt sind, wenn wir diesen Mindestlohn nicht gemacht hätten, würden die jetzt in dieser Situation jeden Monat 400/500 Euro weniger verdienen. Das sind die Maßnahmen, die gefragt sind und die gefordert sind.

Nicht steuerlich jetzt wieder umzuverteilen, wo wir uns nächstes Jahr, wenn hoffentlich dieser Krieg vorbei ist, dann dafür interessieren, wer zahlt dann die budgetären, die budgetäre Rechnung? Das wird dann wieder die Bevölkerung zahlen, die budgetäre Rechnung.

Das sind die Antworten, die sich die Bevölkerung erwartet und jetzt nicht herzugehen und eine riesige Almosenverteilungsaktion zu machen und damit zu suggerieren, dass diese Menschen immer mehr und mehr hilfsbedürftig sind. Ihr seid ja alle hilfsbedürftig!

Das sind aber Menschen, die tagtäglich arbeiten, das sind Pensionisten, die Mindestpension beziehen, die aber ein Leben lang gearbeitet haben. Und die machen wir jetzt alle, das ist ihre Politik, zu Almosenbeziehern. Da kann sich die Bevölkerung recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der zweite Aspekt, der aus meiner Sicht der wesentliche ist, die ganze Diskussion um die großflächigen und größeren, über zehn Hektar bestehenden Photovoltaikanlagen. Dieses Instrumentarium ist ja nichts Neues. Nicht falsch verstehen. Es ist nicht nur in der ganzen Rechtssystematik, nicht nur exklusiv immer die Gemeinde zuständig für Raumplanung.

Das gibt es schon lange, dass heute bei Infrastrukturprojekte nicht mehr die Gemeinde für Raumplanung zuständig ist. Bei überregionalen Infrastrukturprojekten. Es ist gleich, da hat sich keiner von der ÖVP beschwert und aufgeregt.

Und jetzt haben wir die Diskussion in Bruckneudorf. Wenn heute Bundes-, unmittelbare Betreuungsstellen für Flüchtlinge eingerichtet werden, wird auch über Raumplanungsthemen und alles drübergefahren, bundesgesetzlich definiert. Da hat sich keiner beschwert.

Wir haben uns sehr wohl überlegt, was wir da machen. Und ich möchte da eines an dieser Stelle klarstellen, wenn es einen Volksentscheid gibt, dann gibt es diesen und dann gibt es dort auch keine Photovoltaikfläche. Und es wird in Wimpassing auch keine Photovoltaikfläche geben. Da brauchen wir auch mit diesem Modell nicht darüber diskutieren.

Aber, und das ist auch ganz klar, es gibt ein immanentes überregionales Interesse, dass wir energieautark werden, dass wir preisunabhängig werden von dieser ganzen Entwicklung. Und daran müssen wir arbeiten. Denn davon profitieren am Ende des Tages die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wenn Sie die Energie Burgenland mit der Dividende strapazieren. Die Energie Burgenland hat die Preissteigerung gar nicht zu 100 Prozent weitergegeben. Die hat in Kauf genommen, dass alleine im Sektor Gas 14 Millionen Euro Minus geschrieben wird.

Hat das nur damit kompensieren können, dass sie auch Energieproduzent ist. Wenn sie nämlich nicht Energieproduzent wäre, hätte man diese Preise weitergeben müssen. Na dann hätten sich die BurgenländerInnen bedankt. Das ist bereits der erste Effekt, dass wir nicht alle Energiepreise weitergegeben haben. Sie fokussieren die Energiepreisgestaltung nur auf das Burgenland.

Ich möchte schon betonen, dass die Energieallianz dahintersteht, wo auch Niederösterreich dabei ist. Sagen Sie das einmal in Niederösterreich der Kollegin Landeshauptfrau. Schauen Sie einmal, was die dazu sagt. Das wäre einmal interessant.

Und dann diese Diskussion, und da sieht man ja auch die verfehlt Agrarpolitik der letzten Jahre. Jetzt kommen Sie auf die Idee plötzlich, das sind agrarische Flächen, und da kann man Weizen produzieren, und da kann - jeder kriegt dann - was haben Sie gesagt - einen Laib Brot oder eine Semmel am Tag - ich weiß jetzt nicht.

Wissen Sie, wie viele Brachflächen wir im Burgenland haben? Wissen Sie das? Wir haben über 8.000 Hektar Brachflächen im Burgenland, die alle gestützt werden, wo die Landwirtschaft Fördergelder bekommt. Jeder einzelne Brachflächenbesitzer bekommt

Fördergelder. Wir leisten uns derzeit öffentliche Gelder, EU-Gelder, gestützte Landschaftspflege. Das ist unsere Agrarpolitik derzeit.

Wissen Sie, wie viele Brachflächen Oberösterreich hat? Weniger als das Burgenland. Wissen Sie, wie viele Brachflächen die Steiermark hat? Ein Viertel vom Burgenland!

Was machen wir, wenn wir in den Seewinkel schauen? Wir verblasen dort 21 Millionen Wasser, damit wir den Weizen bewässern können, damit wir die Erdäpfel bewässern können und schauen zu, wie der See austrocknet. Da muss sich, und das sage ich klar, da muss Vernunft in die Politik einkehren und da muss auch Vernunft in die Agrarpolitik einkehren. Das ist unser Credo! *(Beifall bei der SPÖ)*

Sie haben da auch zwei Betriebe bezeichnet. Einer ist in Parndorf das Outlet-Center. Und ich frage Sie ganz konkret, Sie meinen höchstwahrscheinlich mit dem zweiten Betrieb, auch ganz klar gesagt, Sie haben nur angedeutet, in Zurndorf den XXX-Lutz. Ist das korrekt? *(Abg. Markus Ulram: Na, so ein Möbelhändler, net!)*

Ja, aber Sie müssen schon aufpassen auch an dieser Stelle. Und das ist auch wichtig. Auch wenn ein Oppositionspolitiker, der so ab und zu mit diesen Dingen - was stimmt wirklich/was stimmt nicht wirklich, was macht die Regierung wirklich/ oder was nicht - nicht so ernst nimmt. Dann würde ich Sie bitten an dieser Stelle, nicht die Betriebe da in diese schiefe Optik zu bringen.

Denn das machen die Betriebe nicht, was Sie da gesagt haben. Sowohl das Outlet-Center, als auch der XXX-Lutz hat die Dachflächen Photovoltaik gesamtheitlich, die Parkflächen in Parndorf gesamtheitlich ausgeschrieben. Die werden dort Photovoltaik machen. Das ist alles schon im Laufen. Das ist nichts Neues.

Ich würde Sie nur bitten, Betriebe nicht irgendwo in eine schiefe Optik zu bringen und etwas zu behaupten, was nicht stimmt. Denn das stimmt nicht, dass diese Betriebe und diese Unternehmen Dachflächen und Freiflächen für Parkflächen Photovoltaikanlagen nicht machen wollen. *(Abg. Markus Ulram: Da bin ich schon gespannt!)* Da können Sie schon gespannt sein, denn diese Ausschreibung gibt es schon.

Die Betriebe werden sich bei Ihnen bedanken, *(Abg. Markus Ulram: Wenn ich nachrechne, 3.000 m<sup>2</sup>)*, wenn Sie so was in diesem Rahmen, wenn Sie so etwas in diesem Rahmen behaupten. Die werden recht herzlichen Dank sagen an die Wirtschaftspartei des Burgenlandes, wie Sie sich selber immer gerne bezeichnet.

In diesem Sinne bin ich der festen Überzeugung, das hat man auf der einen Seite bei der humanitären Hilfe gesehen, die humanitäre Hilfe, die wir in Bezug auf die Ukraine, in Bezug auf die Flüchtlinge derzeit leisten, dass es einen Zusammenschluss gibt.

Unser Partner, und das ist ganz wichtig, unser Partner bei unseren Maßnahmen ist die Bevölkerung. Unser Partner bei den Maßnahmen, wenn es darum geht, Flüchtlinge zu unterstützen, wird die Bevölkerung sein. Und unser Partner, wenn es darum geht, energieautark, preisunabhängig zu werden, wird die burgenländische Bevölkerung sein. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit der burgenländischen Bevölkerung konsequent vorantreiben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Als Nächster habe ich den Herrn Abgeordneten Sodl Wolfgang gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ):** Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, die auch via Livestream diese Sitzung verfolgen, darf ich recht herzlich begrüßen!

Ich darf mich vor allem bei all jenen Kolleginnen und Kollegen, Vorredner bedanken, die diese Sitzung, diese dringliche Sitzung, die von der SPÖ einberufen wurde, auch dafür genutzt haben, hier nicht Polemik walten zu lassen. Die derzeitige Situation und die derzeitige Lage machen, viele von uns nachdenklich und auch betroffen.

Das Unfassbare ist eigentlich eingetreten und in weniger als 1.000 Kilometer Entfernung hat ein Krieg begonnen. Das ist natürlich eine große Herausforderung für unser Land, für unsere Republik, aber natürlich für Europa und die ganze Welt. Und wir alle, wir alle sind gefordert und müssen achtsam und vernünftig, vor allem ohne Hass agieren.

Alle wissen wir es, und wir sollten es untermauern und unterstreichen! Kriege haben noch nie zu einer besseren Welt oder zu einer gerechteren Gesellschaft beigetragen. Wir sollten es untermauern und unterstreichen. Kriege haben noch nie zu einer besseren Welt, oder zu einer gerechteren Gesellschaft beigetragen!

Denn was steht am Ende? Am Ende steht immer Tod, Leid und Zerstörung. Die burgenländische Bevölkerung, die Hilfsorganisationen, das wurde heute schon angesprochen, Gemeinden, Feuerwehren, freiwillige Unterstützer und Spender und an der Spitze unser Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil haben im großen Stil humanitäre Hilfe für die Leidtragenden des Krieges in der Ukraine geleistet und dafür möchte ich mich aufrichtig und herzlich bei allen bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bin fest davon überzeugt, dass das gesamte Burgenland hier an einem Strang zieht um humanitäre Hilfe für die unschuldigen Opfer dieses furchtbaren Krieges zu leisten. Gleichzeitig werden die ÖsterreicherInnen gerade von der größten Teuerungswelle seit Jahrzehnten getroffen und natürlich jetzt noch dazu die Situation mit Ukraine und Russland.

Wenn man dazu sagt, das Leben, was ist das Leben? Einkaufen, Wohnen, Heizen, Strom, Autofahren, das wurde heute ja schon gesagt. Im Prinzip alles, weil sehr viel in der Produktion im Transport von Energie abhängig ist, wird enorm teurer. Genau das bereitet vielen Menschen im Moment auch große Sorgen. Ich möchte, nein, ich muss als Obmann des Pendlerforums auf die Maßnahmen in Bezug auf die Unterstützung gegen die hohen Spritpreise eingehen.

Wissen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, manche Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, können sich die Arbeit nicht mehr leisten. Das heißt, sie können nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz fahren.

Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, Mindestlohn 1.700 Euro. Wissen Sie wie viele Menschen es gibt, gerade im Handel, Teilzeit, geringfügig geteilte Dienste, die leider nicht alle mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können?

Wissen Sie wie hoch dort das Einkommen ist? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)* Das ist gut, Frau Kollegin. Wissen Sie, weil Sie sich melden, ich glaube gerade jetzt, gerade jetzt, Frau Kollegin, hat die Bundesregierung ihre Chance verpasst, die Pendlerpauschale fair und sozial zu verändern.

Kollege Fürst hat ein Beispiel gesagt, ich möchte es trotzdem bringen, weil es mir so wichtig ist. Zwei Arbeitnehmer, 62 Kilometer ungefähr Eisenstadt-Wien, die sind



Nachbarn, die haben einen 40 Stunden Wochenjob. Also man könnte sagen, beide fahren nach Wien zur gleichen Firma. Sie haben den gleichen Aufwand, um von zu Hause in die Arbeit zu kommen, mit einem Unterschied.

Bruttogehalt, einer 25.000 Euro, der andere 50.000. Ist realistisch. Netto heißt das für den der 25.000 Euro brutto kriegt 20.090 netto, der der 50.000 verdient brutto, kriegt netto 33.805 Euro und jetzt die Pendlerpauschale herzunehmen.

Der, der wenig verdient, und da rede ich nur von 20.090 Euro netto, der bekommt eine Pendlerpauschale von 534 Euro. Der, der 50.000 Euro brutto und 33.805 Euro netto verdient, der bekommt 971 Euro und Sie behaupten, das ist sozial und gerecht? Eine öffentliche Förderung! Ich spreche nicht von jenen Menschen, die Teilzeit arbeiten oder geringfügig arbeiten oder die einen geteilten Dienst haben.

Also, wenn Sie mir jetzt erklären, das ist sozial, (*Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik*) das ist alles andere. Sie hätten hier eine große Chance gehabt, Ihre Partei hätte eine große Chance gehabt, hier diese Pendlerpauschale erstmalig ganz einfach fair, gerecht und sozial aufzubauen. Wie so oft profitieren genau hier die falschen von dem Antiteuerungspaket, das Sie ja gelobt und angesprochen haben seitens der Bundesregierung, nämlich nur zum Vorteil der Besserverdiener.

Jene Menschen, die jeden Cent brauchen und angewiesen sind, steigen im Vergleich deutlich schlechter aus. Wissen Sie, genau das ist unsozial und das ist ungerecht! (*Beifall bei der SPÖ*)

Der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, dass der Vizekanzler Kogler gesagt hat, eigentlich, wenn er mich gehört hätte, der Sodl hat schon Recht, aber das ist alles so schwierig und kompliziert das jetzt umzusetzen. Nein, das ist es eigentlich gar nicht. Man bräuchte eigentlich genau vom Freibetrag zum Absatzbetrag kommen. Und wenn man den Pendlereuro hernimmt, und das möchte ich wirklich positiv ansprechen, genau das hätte man sich erwartet, dass die Fahrtstrecke unabhängig vom Gehalt und Einkommen gleich viel wert ist.

Das möchte ich hier auch in dieser Form sagen, und ich möchte auch nicht hinterm Busch halten. Wissen Sie, ich spreche immer die Pendlerinnen und Pendler an. Dass eine massive Kritik, und ich verstehe es auch seitens der Wirtschaft, der Unternehmerinnen und der Unternehmer kommt.

Vergangene Woche in unserer Gemeinde hat ein Transporter, ein Schottertransporter gesagt: „Liebe Freunde, ich kann nicht mehr fahren, wir müssen einstellen, weil ich diese Preise ganz einfach an der Zapfsäule, den Diesel, nicht zahlen kann, ich kann nicht mehr fahren.“

Ein Unternehmen mit dem Kehrwagen. Der hat am Freitag angerufen und gesagt: „Liebe Freunde, ich sage euch nur eines, ich kann dieses Offert, welches ich euch vor drei Wochen geschickt habe in dieser Form, nicht erfüllen. Also entweder ihr legt was drauf, oder ich kann ganz einfach nicht mehr fahren.“ Und genau das ist Ihr gepriesenes Paket, das Sie hier anpreisen?

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir hier im Land genau hier gegensteuern mit dem neuen Sozial- und mit dem neuen Klimafonds, dass wir hier versuchen einen fairen Lastenausgleich zu schaffen, um gerade jene, die es finanziell benötigen, von der Teuerungswelle im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg zu entlasten. Fix ist, und es ist hier der Heizkostenzuschuss der aufgestockt wurde, und ich möchte hier betonen, dass gerade die sozial Schwächeren hier auch abgedeckt werden.

Ich bin fest davon überzeugt und die Sozialdemokratie ist fest davon überzeugt, genau Energien müssen nämlich für alle Menschen und vor allem hier im Burgenland sicher und leistbar sein, und das auch bleiben.

Geschätzter Kollege Ulram, der Herr Landeshauptmann Nießl hat 2013 weder die Unwahrheit, noch eine Lüge gemacht. Sie müssen ganz einfach eines unterscheiden: Zwischen Strom und Energie ist ein ganz, ganz großer Unterschied. (*Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*) Nein, das hat er nicht! Weil sonst würde er nicht so etwas erzählen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren vieles gewonnen. Mehr Freiheit, mehr Toleranz, aber auch mehr Selbstbestimmung. Das darf aber nicht dazu führen, dass das Wichtigste verloren geht. Vor allem Anstand und Respekt.

Wir sollten die heutige Sitzung dazu nutzen, uns zu ermahnen, uns zum Frieden, zur Gerechtigkeit und zur Versöhnung aufzurufen. Deshalb lasst uns bitte alles uns Mögliche dafür tun, dass wir gerade in der jetzigen Zeit für Frieden und Gerechtigkeit sorgen. Geloben wir alles daran zu setzen, dass sich Kriege in dieser Form nicht mehr wiederholen.

Im Fokus der heutigen Sitzung steht die prekäre derzeitige Situation in der Ukraine. Es wurde heute schon gesagt, das Burgenland hat immer wieder bewiesen, dass Solidarität, Zusammenhalt und das Miteinander im Burgenland an der obersten Stelle stehen. Ich bitte Sie, setzen wir heute auch hier gemeinsam dafür ein deutliches Zeichen. Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsidentin Verena Dunst:** Dankeschön Herr Abgeordneter Sodl. Nunmehr darf ich Sie, Herr Abgeordneter Patrik Fazekas, BA, ans Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Gleich vorweg möchte ich eines betonen. Wir erleben heute einen Sonderlandtag, wo viele gar nicht so recht wissen, was der eigentliche Zweck dieser Sondersitzung ist. (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das haben wir schon gehört!*)

Hört man der SPÖ zu, dann ist der Grund dieser Sondersitzung der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden Konsequenzen für das Burgenland. Aber schaut man genauer hin, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann hat diese heutige Sondersitzung nur einen wahren Grund.

Dieser Grund ist auch mittlerweile genannt worden. Nicht der Krieg, Herr Kollege Sodl, steht heute im Fokus, sondern Sie, als SPÖ-Absolute, SPÖ-Alleinregierung, inszenieren diesen Sonderlandtag, um über die Hintertüre höchst umstrittene Gesetzesänderungen in den Landtag einlaufen zu lassen. Dies ohne Begutachtung, ohne Einbindung und ohne Parteienverhandlung!

Im Eiltempo, meine geschätzten Damen und Herren, werden Gesetzesänderungen durch den Landtag gejagt. (*Beifall bei der ÖVP*) Gesetzesänderungen, die einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie bedeuten und Gesetzesänderungen, die eines ausschalten: Nämlich direkt demokratische Werkzeuge und Möglichkeiten für Betroffene in den burgenländischen Gemeinden, meine geschätzten Damen und Herren.

Das, was Sie hier heute abziehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, das ist eine reine Politshow und Sie sind sich nicht einmal zu schade, Sie sind sich nicht einmal zu schade, das Leid und das Schicksal, die Not der vielen Ukrainerinnen und Ukrainer als Vorwand zu nehmen, um diese heutige Sondersitzung zu inszenieren.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist geschmackslos und das ist pietätlos, meine geschätzten Damen und Herren, und einer Demokratie unwürdig. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich habe jetzt vorher erwähnt, diese Gesetzesänderungen, die heute eingelaufen sind, bedeuten einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie.

Durch diese Gesetzesänderungen werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeinden in ihrer Kompetenz von heute auf morgen massiv entmachtet. Die bundesverfassungsrechtlich geregelten Widmungskompetenzen, die bei den Bürgermeistern, bei den Gemeinden liegen, werden von heute auf morgen ausgehebelt.

Ich frage mich, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, Bürgermeister der SPÖ, Herr Bürgermeister Bachmann, Frau Bürgermeisterin Böhm, Herr Bürgermeister Brandstätter, Herr Bürgermeister Hutter, Herr Bürgermeister Maczek, Herr Bürgermeister Posch, Herr Bürgermeister Preiner, Kollegin Schlager, Herr Kollege Schmid, Sodl und Frau Kollegin Stenger.

Ich wundere mich, dass Sie heute hier ruhig sitzen können. Herr Sodl, wo ist der Anstand, wo ist der Respekt, von dem Sie vorher gesprochen haben, gegenüber den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern? Wo sind Ihr Aufschrei und der Protest? Der fehlt!

Damit, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der SPÖ hier im Hohen Haus! Tragen Sie die Verantwortung, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Burgenland bald nichts mehr zu sagen haben? Warum?

Weil Ihr Landeshauptmann den kleinteiligen Diskurs im Burgenland ausschalten möchte. Künftig, meine geschätzten Damen und Herren, wird der Landeshauptmann allein entscheiden, wo ein Standort bezüglich Photovoltaikanlage und Windkraftanlage errichtet wird. Das ist Marke Politik SPÖ. Das ist Marke Politik Doskozil.

Spürt man Widerstand, wie es in Wimpassing der Fall war, oder wie es aktuell in Güssing der Fall ist, wird darübergefahren und über die Köpfe der Burgenländerinnen und Burgenländer entschieden. In Güssing haben sich 790 Güssingerinnen und Güssinger ganz klar gegen dieses Monsterprojekt entschieden und damit eine Volksbefragung erzwungen.

Es ist erbärmlich, wenn sich dann der Manager Sharma an der Spitze der Energie Burgenland hinstellt und in einem Medienartikel und ankündigt, dass ihm dieser Entscheid „wurscht“ ist, weil er das Ergebnis dieser Volksbefragung nicht abwarten wird, meine geschätzten Damen und Herren. Damit wird das fehlende Demokratieverständnis von Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, entlarvt.

Das, was Sie hier tun, ist ein Ausschalten von direktdemokratischen Werkzeugen und Möglichkeiten für Betroffene im Burgenland, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das Burgenland hat eines immer geprägt, das war der burgenländische Weg.

Nämlich der Dialog, die Gesprächsbereitschaft, die Verhandlungsbereitschaft auf Augenhöhe. Sie vertreten eine Politik mit der Brechstange und haben diesen burgenländischen Weg, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, verlassen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: In den letzten Tagen melden sich bei uns aufrichtige Sozialdemokraten, die Ihre Politik nicht mehr mittragen können und die große Sorge haben, in welche Richtung sich unser Land entwickelt. Ich kann das gut verstehen.

Das ist der Beweis dafür, dass diese „rote Absolute“, dass diese SPÖ-Alleinregierung dem Burgenland nicht guttut. Wir haben letzte Woche nach den Ankündigungen des Landeshauptmannes innerhalb der ÖVP eine Blitzumfrage durchgeführt. Eine Blitzumfrage, mit einem eindeutigen Ergebnis, meine geschätzten Damen und Herren.

Die Fragestellung hat gelautet: „Soll die SPÖ-Alleinregierung ermächtigt werden, landesweit über die Standorte von großen Photovoltaik- und Windkraftanlagen entscheiden zu dürfen?“ Das Ergebnis ist mehr als eindeutig. 582 Personen haben hier teilgenommen und 97,59 Prozent haben sich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen. *(Der Abgeordnete Patrik Fazekas zeigt ein Bild mit dem Ergebnis der Umfrage in Diagrammform)*

Für uns ist das ein klarer Auftrag als Volkspartei, gegen diese SPÖ-Energiepläne einzutreten und zu kämpfen, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den Teuerungen, die steigenden Energiepreise, meine geschätzten Damen und Herren, beschäftigen uns... *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter bitte. *(Abg. Ewald Schneckner: Wer hat die Umfrage gemacht?)* Bitte, wir sind jetzt beim Zuhören der Rede vom Herrn Abgeordneten Fazekas. Sie sind am Wort.

**Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die steigenden Energiepreise, meine geschätzten Damen und Herren, die beschäftigen uns bereits seit dem letzten Jahr. Nach der massiven Strompreiserhöhung haben wir hier im Burgenland eine Gaspreiserhöhung erlebt, der Kollege Klubobmann Markus Ulram hat das ausgeführt.

Diese Erhöhungen, die waren noch vor Beginn des Krieges in der Ukraine. Der Krieg hat die gesamte Situation deutlich verschärft und wir als Volkspartei waren es, die schon seit Monaten die SPÖ-Alleinregierung aufgefordert haben, hier entgegen zu wirken, hier Maßnahmen zu setzen. Als konkrete Idee haben wir gefordert in mehreren Debatten hier im Hohen Haus Energiegutscheine an die burgenländischen Kunden weiterzugeben. Sie haben sich dagegen gewehrt.

Wenn Sie sich heute hierherstellen, Herr Kollege Fürst und auch der Herr Landeshauptmann, um wieder einmal die Bundesregierung zu kritisieren, dann lege ich Ihnen nahe einen Blick nach Deutschland zu werfen. Einen Blick in die Bundesrepublik zu werfen, wo bekanntlich ein roter Kanzler regiert. Tatsache ist, dass Österreich zehnmal so viel an Teuerungsausgleichen auf die Beine gestellt hat, wie die Bundesrepublik Deutschland.

Ich sage Ihnen auch die Zahlen, 3,7 Milliarden Euro gibt Österreich für neun Millionen Einwohner aus, um gegen die Teuerung anzukämpfen. In Deutschland sind es 4,5 Milliarden Euro für 80 Millionen Einwohner. Zehnmal so viel Geld nimmt Österreich Geld in die Hand, um dieser Teuerung entgegen zu wirken, das ist Politik mit Verantwortung. Das, was Sie betreiben, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, das ist reiner Populismus.

Denn was passiert im Burgenland? Im Burgenland passiert zum einen nichts was konkrete Maßnahmen anbelangt im Bereich Unterstützung für die Burgenländerinnen und

Burgenländer. Es passiert zum einen, nämlich, dass Sie ein sehr fragwürdiges System in der Energie Burgenland stützen.

Das hat der Herr Landeshauptmann auch heute wieder zum Ausdruck gebracht und unter Beweis gestellt. Sie schützen fragwürdige Auslandsinvestments, die die Energie Burgenland tätigen möchte.

Medienberichten zufolge sollen zwei Milliarden Euro für Auslandsgeschäfte in die Hand genommen werden. Ich frage mich, hat man aus der Vergangenheit nichts gelernt, meine geschätzten Damen und Herren von der SPÖ?

Sie schützen die exorbitant hohen Gagen der Vorstände. 375.000 Euro jährlich für die neuen Vorstände! Der Landeshauptmann persönlich hat die Vertragsschablonenverordnung geändert, um diese beiden Herren zu den burgenländischen Gagenkaisern zu krönen. Das Gehalt wurde von der SPÖ-Alleinregierung, wurde vom Landeshauptmann Doskozil aufgefettet und auch sonst ist man nicht so eitel, wenn man ein bisschen in die Entwicklungen der Energie Burgenland hineinhört.

Ein eigenes Büro offensichtlich für den Aufsichtsratsvorsitzenden, eine eigene Kreditkarte, die Aufsichtsratsentgelte wurden offensichtlich im stillen Kämmerchen erhöht. Ein teurer Bürroumbau, ein neuer Sitzungssaal für den Manager Sharma um 200.000 Euro!

Dafür wird Geld aufgebracht, meine geschätzten Damen und Herren, aber um Maßnahmen angesichts der Teuerungen zu setzen, dafür fehlt das Geld, beziehungsweise wird kein Geld investiert. Sie setzen lieber auf Spekulation und auf Selbstbedienung, meine geschätzten Damen und Herren!

Der dritte Punkt „Dächer vor Äcker“. Sie wollen, und es ist vorher in den Redebeiträgen auch angesprochen worden. Sie wollen auf 1.500 Hektar wertvollen Ackerboden Megaphotovoltaikanlagen errichten. Gerade die Diskussion der letzten Tage sollte uns alle und vor allem die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ wachrütteln, wenn man sich die Diskussion um die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ansieht.

Ich möchte ganz bewusst das Beispiel, das der Klubobmann Markus Ulram gebracht hat, wiederholen. Auf den 1.500 Hektar Ackerland, die Sie mit Photovoltaikpaneelen verbauen wollen, kann Weizen produziert werden, um 325.500 Personen ein Jahr lang mit Brot zu ernähren. Ein Jahr lang kann man das gesamte Burgenland mit Brot ernähren (*Abg. Gerhard Bachmann: Das geht sich aber nicht aus!*) und dafür sage ich, Herr Landeshauptmann, das ist vernünftige Politik. Unsere Äcker sollen unsere Mägen und nicht die Handyakkus füllen.

Das Erzeugen von Lebensmitteln hat aus meiner Sicht jetzt Vorrang. Die Photovoltaik gehört aufs Dach, der Weizen auf die Äcker und der Herr Landeshauptmann auf den Boden der Realität, meine geschätzten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP*)

Es gibt viele Möglichkeiten um zu verhindern, dass wertvolles Ackerland mit PV-Paneelen zugesperrt wird. Wir zeigen als Volkspartei diese Alternativen auf und werden die Menschen in dieser wichtigen Frage miteinbeziehen, auch wenn Sie als SPÖ-Alleinregierung diesen Diskurs ausschalten wollen. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, komme ich jetzt zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Sie haben mitgehört, dass hier zur Abstimmung ein eingebrachter Antrag vom Herrn Abgeordneten Spitzmüller vorliegt auf getrennte

Abstimmung gemäß § 70 Abs. 6 GeOLT. Daher werde ich in zwei Teilen abstimmen lassen.

Ich darf daher zum ersten Teil kommen. Der erste Teil lautet:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Ukraine als souveräner Staat und verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Meine Damen und Herren, daher, wer diesem ersten Teil zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. -

Das ist die einstimmige Annahme. *(Abg. Markus Ulram: Der erste Satz eines Beschlusses kann nicht selbständig gemacht werden! Seid mir nicht böse!)* So, ich darf zum Teil zwei kommen. *(Abg. Johann Tschürtz: Ich will den vierten Satz abstimmen lassen! – Allgemeine Unruhe)*

Meine Damen und Herren! Wir sind in der Abstimmung und ich komme zum Teil zwei. *(Abg. Markus Ulram: Genauso wie die Diskussion...)* Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge, Sie haben die Beschlussformel, ich lese sie trotzdem vor.

- die seitens der EU-Kommission erarbeiteten Maßnahmen zur Vermeidung der steigenden Energiepreise schnellstmöglich umzusetzen, um die österreichischen Haushalte zu entlasten;
- die Abgabenquote auf Energie für Verbraucherinnen und Verbraucher reduzieren;
- weiterhin, unter Einbindung der Länder, die Geflüchteten aus der Ukraine bestmöglich versorgen.

Zum Antrag des Herrn Abgeordneten Spitzmüller, ist der ganz gleiche, der vorliegt, der ganz gleiche ist jetzt nur in zwei Teile getrennt.

Ich darf daher hier fragen, wer wird diesem Teil zwei zustimmen? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Allgemeine Unruhe)*

Meine Damen und Herren! Wir sind in der Abstimmung, ich darf es dann gerne noch einmal erklären. *(Abg. Markus Ulram: Das ist ja lächerlich!)* Ich frage daher noch einmal: Wer stimmt diesem Teil zwei zu? -

Das ist mehrstimmig. *(Abg. Johann Tschürtz: Es gibt keinen Teil eins und keinen Teil zwei! – Abg. Markus Ulram: Zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin!)*

So. Einen Moment, da jetzt offensichtlich die Abstimmung nicht für alle nachvollziehbar war, darf ich zu einer kurzen Stehpräsidiale bitten. Hier gleich im Raum rechts bitte.

*(Die Sitzung wird um 13 Uhr 14 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 17 Minuten wiederaufgenommen.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Gerne, zuerst möchte ich Ihnen nur aus der Präsidialkonferenz berichten, an der jetzt zuletzt der Herr Klubobmann Ulram nicht mehr teilgenommen hat. Das war allen Teilnehmern klar.

Punkt Nummer eins: Dass das der gleiche Antrag ist. Ich habe das extra gesagt. Der ganz gleiche, nur - und das steht einem einzelnen Abgeordneten zu - kann man eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte verlangen. *(Abg. Ilse Benkö: Das ist aber kein Punkt.)* Das ist klar - nach dem § 70. Und die Abstimmung getrennt in zwei Teile war klar. Ich habe extra darauf hingewiesen.

Sie kennen den Antrag. Der ist klar, der ist gleichgeblieben. Ich habe nur, so wie es in der Geschäftsordnung auch determiniert ist, wie es einem Abgeordneten zusteht, in Teilen abzustimmen.

Das Abstimmungsergebnis war klar. Die Formel für die Abstimmung war auch klar.

Wir haben abgestimmt zum Teil eins - einstimmig!

Zum Teil zwei - mehrstimmig!

Damit ist der Abstimmungsprozess erledigt. *(Abg. Markus Ulram: Zur Geschäftsordnung!)*

Aber natürlich steht es auch dem Herrn Klubobmann Ulram zu, sich jetzt zur Geschäftsordnung zu melden.

Bitte, Ihnen gehört das Wort.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Frau Präsidentin! Das Hohe Haus hat sicher schon vieles erlebt, aber das, glaube ich, noch nicht!

Wir werden uns auch in Zukunft darauf berufen auf Ihre Vorgangsweisen, die ja nicht stimmen können, einfach wieder zu verweisen. Sie haben zuletzt dem Hohen Haus zugebilligt, über eine Abstimmung zu befinden, wo es um die Zusammenziehung von zwei Punkten geht. Haben wir auch noch nicht gehabt, war etwas Neues.

Aber wir werden in Zukunft dann auch immer so handhaben, ob wir zusammenziehen oder nicht.

Und das, was heute schon passiert ist, dass Sie über einen Einleitungssatz eines Beschlussantrages abstimmen lassen, der drei Punkte enthält, aber alle drei Punkte beisammen lassen, und nur über einen Einleitungssatz abstimmen lassen, das kann ich aus meiner Sicht hier absolut nicht richtig sehen, diese Vorgangsweise, und darum kann dieser Beschluss, was eh der Grund auch schon so ist, so sein wie es ist, aber nicht richtig sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich wiederhole: Ich halte mich nach der Geschäftsordnung! Diese Geschäftsordnung haben Sie gemeinsam erarbeitet. Meine Arbeit ist, dass ich mich nach der Geschäftsordnung zu halten habe. Lesen Sie bitte im § 70 nach, *(Abg. Markus Ulram: Ja, über Punkte abzustimmen, aber nicht über einen Einleitungssatz.)* dass diese Abstimmung vorgesehen ist.

Ich lasse mich jetzt über keine weitere Debatte über meine Vorsitzführung ein. *(Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Markus Ulram: Genau, das ist es. Genau, um das geht es. – Abg. Patrik Fazekas, BA: Das ist Ihre Politik!)*

Ich habe nach der Geschäftsordnung gehandelt und darf nunmehr weiter fortfahren in der Tagesordnung.

**Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Verfassungsklage Ärztegesetz (Zahl 22 - 973) (Beilage 1324)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr erfolgt die Verhandlung der dringlichen Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, 22 - 973, Beilage 1324, und ich erteile daher Ihnen, Herr Abgeordneter Klubobmann Markus Ulram, das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Bitte Herr Klubobmann, Sie sind am Wort!

**Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP):** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Bevor ich zur Begründung der dringlichen Anfrage komme, darf ich vielleicht gleich dort fortfahren, wo ich aufgehört habe. Die Vorgänge werden immer seltsamer. Aber nicht nur in der Vorsitzführung, in den Abhandlungen und Einbindungen, die nicht stattfinden, sondern einfach mit dem Drüberfahren weitergemacht wird.

Und was auch seltsam ist, wie wir auch zuletzt angefragt haben und nach doch einiger Zeit eine Antwort bekommen haben, zu Ihrer Vorgehensweise, Frau Präsidentin, wie es um Ihren persönlichen Corona-Test gegangen ist.

Und dann kommt vom Herrn Landeshauptmann zurück - und da können Sie schon lachen -, aber das ist sehr traurig, dass bis dato ein einziger Fall in Güssing bekannt ist, der behördlich angeordnet worden ist, weil anscheinend, wie Sie gesagt haben, Ihr Test fehlerhaft war. Ein einziger in einem ganzen Bezirk im ganzen Land ist fehlerhaft! Das haben Sie festgestellt, da bin ich schon neugierig über die Konsequenzen von allen Beteiligten, wie wir hier gezogen werden.

Weil alle anderen müssen die Quarantäne aussitzen. Alle anderen haben ihre Bescheide so zu vollziehen, so, wie sie ausgestellt worden sind. Außer Sie! Sie widersetzen sich dem ganzen Recht und pflanzen eigentlich jede Burgenländerin und jeden Burgenländer mit Ihrem Vorgehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Zweiten muss man feststellen, dass in der letzten Ausschusssitzung auch eine neuartige Vorgangsweise gewählt worden ist von der absolut regierenden SPÖ, wo dann nicht mehr geschaut wird, welche Stellungnahmen jetzt einfordert werden, sondern man sagt, über das will man nicht darüber diskutieren, das tun wir vertagen.

Diese Vertagungsorgie wie in der letzten Ausschusssitzung, das hat es so auch in dieser Form noch nicht gegeben!

Tatsache ist, dass wir genauso einen Antrag gestellt haben, der vertagt worden ist aus unbekanntem Gründen. Der gelautet hat, dass wir bezüglich der Ärztebereitschaft einen runden Tisch einsetzen wollen und darüber beraten wollen mit allen Beteiligten. Mit der ÖGK, mit der Ärztekammer, mit dem Land, mit den Oppositionsparteien, mit allen Beteiligten, eine Lösung zu einer wohnortnahen Versorgung für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer zu erarbeiten.

Was hat die SPÖ gemacht? Absolut regierend! - Das wollen wir jetzt nicht diskutieren, tun wir vertagen. Von wem wir eine Stellungnahme einholen, das werden wir erst sehen. Das sagen wir euch noch nicht, aber das werden wir schon sehen.

Tatsache ist, dass bei einem so ernstem Thema, wo es um die Gesundheitsversorgung in diesem Land geht. Wo es darum geht, welche Anlaufstationen für eine ärztliche Versorgung ich untertags habe, welche Möglichkeiten ich in den Nachstunden habe und welche Möglichkeiten ich an den Wochenenden habe, kann ich nicht so einfach vom Tisch wischen und sagen, das werden wir schon irgendwann diskutieren, wenn es uns in den Kram passt, sondern es ist ernsthaft eine Frage, die geklärt werden muss und wo hier klare Aussagen getroffen werden müssen.

Wenn zum Beispiel am 30.06.2021 ein Rundschreiben der Kurie der niedergelassenen Ärzte einfach rausgeht, wo mitgeteilt wird, dass mit dem nächsten Tag, mit 1. Juli, die Wochenenddienste von verpflichtend auf freiwillig umgestellt werden, so ist das ein massiver Eingriff in die ärztliche Grundversorgung unseres Landes.

Dann haben wir am 01.07. - einen Tag später - einen Dringlichkeitsantrag zum Ärztebereitschaftsdienst an Sonn- und Feiertagen gestellt, wo ja bekannter Weise



mitgeteilt wurde, dass man schaut, wie man das lösen kann, aber man ist ja selbst überrascht, weil man ist nicht immer eingebunden. Trotz allem, dass man in dem einen oder anderen Gremium ja drinnen sitzt.

Da muss man als Oppositionspolitiker festhalten in dem Land, also, dass anscheinend nicht viel passiert ist, außer, dass die Ärzte sehr wohl über die Ärztekammer eine Lösung herbeiführen wollten, und mit September ein Schreiben an die Landesregierung geschickt hat, wo drinnen gestanden ist: Wir wollen miteinander eine Lösung mit einem Vorschlag an die Landesregierung herantreten und in Verhandlung treten.

Was war die Reaktion darauf? Gar keine! Es gab keine Reaktion, man hat die Zeit verstreichen lassen. Von September bis Dezember, wo wir das dann wieder aufgeworfen haben im Rahmen des Budgetlandtages und wo dann aus einer Rede oder Beantwortung des Herrn Landeshauptmannes ganz einfach entstanden ist. Wir werden eine Verfassungsklage einbringen. Diese Ankündigung passierte im Budgetlandtag.

Über schriftliche Anfragen und andere Möglichkeiten der parlamentarischen Mittel hinweg haben wir dann weiter nicht lockergelassen, bis dann schlussendlich dann wirklich am 27. Jänner 2022 der Herr Landeshauptmann angekündigt hat, diese Verfassungsklage auch einbringen zu wollen.

Dass das jetzt nicht unbedingt für eine Gesprächsbereitschaft zeugt, dass das jetzt nicht unbedingt für ein Miteinander zeugt, dass es aber überhaupt gegen eine Verhandlung steht. Denn was sagt ein jeder, wenn ich sage, ich klage dich?

Was soll ich mit dem noch reden, der mich gerade klagen will? Der hat ja gar kein Interesse, an einer Lösung anscheinend zu arbeiten.

Die ÖGK hat ausrichten lassen dann, dass sie das sehr gelassen sieht, die Möglichkeit der Klage des Landes, und dann haben wir weiters eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht am 14. Feber. Bis heute noch nicht beantwortet.

Am 24. Feber hat die ÖGK weiters verkündet, dass sie eine Lösung mit dem Ärztebereitschaftsdienst im Burgenland haben möchte, weil aus ihrer Sicht die Versorgungssicherheit gefährdet ist und dass die Bereitschaft von der Ärztekammer geforderten runden Tisch - die Ärztekammer hat das selber eingefordert - setzen wir uns zusammen, bis dato nur negiert worden ist.

Die Reaktion wieder darauf, 14. März, gar noch nicht so lange her. Die Reaktion darauf: Verfassungsklage!

Zuletzt nicht - ich glaube, vorgestern war es - hat noch der Herr Landesgeschäftsführer der SPÖ sehr stolz in Social Media gepostet, „Wir klagen die Ärztekammer!“ Ob man auf das stolz sein muss oder kann, bin ich mir nicht sicher.

Ich wäre eher dafür, dass wir uns alle zusammensetzen, dass wir gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Da geht es um die Gesundheitsversorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer. Und dann wollen wir natürlich auch wissen, weil immer alles im Geheimen gehalten wird, wie weit ist jetzt diese Klage?

In der letzten Akteneinsicht hat es noch geheißen: Na ja, die ist noch gar nicht draußen. Ob, wann die hinausgeht, kann man nicht genau sagen.

Dann muss man sich anschauen, wie geht der weitere Weg, was passiert dazwischen? Nur eine Ankündigung zu haben, dass ich sage, in einem halben Jahr

werden wir vielleicht eine Lösung haben, das ist für jeden einzelnen Patienten, für jede einzelne Patientin viel zu wenig. Die wollen gleich eine Versorgungssicherheit haben in dem Land. Und das haben Sie sich auch redlich verdient.

Und diese Unmissverständnisse zwischen der Ärztekammer über die Verfassungsklage zum Land ist ja nur verständlich, dass dann nachher verstört darüber befunden wird, und sagt, das versteht man nicht, warum man jetzt nicht mehr redet, sondern gleich mit Klage droht.

Da sind wir schon eigentlich bei den praktischen Themen, wo zum Beispiel anscheinend ein Visitenarzt zugegen ist zwischen 13 und 18 Uhr, der zu Corona-Patienten fährt. Wer hat denn das, von allen anwesenden Mandataren gewusst, dass es so etwas gibt? Ganz interessant. Mir wurde die Auskunft erteilt, das weiß man eh.

Ich bin da ja nicht ganz uninteressiert, dass dem Land, glaube ich, was die Ärztebereitschaft und die Versorgung betreffen, aber das gibt es anscheinend. Es gibt zugeteilte Ärztebereitschaften an einem Tag, den man über 1450 erreichen kann, der zwischen 13 und 18 Uhr Visitenarztstätigkeiten verrichtet und zu Corona-Patienten fährt.

Denn, logischerweise, als Corona-Patient, kann man ja nirgends hinfahren. Du kannst nicht sagen, ich fahre zum praktischen Arzt oder ins Spital, ich lasse mir was ansehen. Das funktioniert ja nicht.

Nicht zu verwechseln mit dem Visitenarzt am Abend, wenn es ihn noch gibt.

Und da sind wir schon, wenn man schon darüber redet, wer mit wem redet und wer etwas ausmacht, dann muss man klar einmal festhalten. Und da gehe ich nochmals zurück in das Jahr 2018. Wenn man sagt, man kann ja nie etwas dafür. Die Ärztekammer kann das alleine und der Bund muss das Gesetz ändern, dass die das nicht mehr alleine können, weil wir wollen mitreden.

Dann muss man schon festhalten, dass es eine Kooperationsvereinbarung über den Wochentags-Nacht-Bereitschaftsdienst und über den Betrieb der Akutordinationen an Wochentagen aus dem Jahr 2018 gibt. Dieses mehrseitige Konvolut, da darf man jetzt einmal raten, wer das unterschrieben hat: der damalige Landesrat, zuständig für Finanzen, Mag. Hans Peter Doskozil.

Das heißt, man rät schon zeitweise, wenn man was abschaffen will, oder was Neues einführen will, nur mittlerweile sind wir ja dort, dass wir die Wochentags-Bereitschaftsdienste abgeschafft haben und den Ersatz dafür - die Akutordinationen - hat man ja auch mittlerweile eingestampft. Jetzt hat man den Wochenenddienst mittlerweile von verpflichtend auf freiwillig umgestellt, was folgt als Nächstes?

Richtig geraten, auch dieser wird natürlich weniger werden mit der Zeit und die Versorgungsunsicherheit wird in diesem Land wachsen.

Und ich glaube, dass es in keinem unserem Sinne sein kann, über die Parteigrenzen hinweg, dass wir diesen Zustand so stehen lassen wollen. Denn es muss in all unserem Interesse sein, dass wir hier an Lösungen arbeiten.

Und darum nochmal der Appell an die SPÖ-Alleinregierung zur Gesundheitsversorgung. Setzen wir uns zusammen! Reden wir mit den Vertretern in der Ärztekammer, reden wir mit der ÖGK, reden wir mit allen Beteiligten! Wie können wir in diesem Land die Gesundheitsversorgung vorantreiben?

Wie können wir sie wieder ausbauen? Wie können wir diese Versorgungssicherheit wieder erreichen?

Darum auch eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann, um auch den aktuellen Stand über diese Gespräche, über die Verfassungsklage und weitere Dinge zu erfahren. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann, damit darf ich schon Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Wort erteilen.

Bitte sehr.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrte Präsidentin! Regierungskollegen! Abgeordnete! Dass die Gesundheitsversorgung wichtig ist, eines unserer höchsten Güter ist, ich glaube, darüber brauchen wir alle gemeinsam nicht diskutieren.

Dass wir alle tagtäglich daran arbeiten müssen, genügend Ärzte zur Verfügung zu haben, darüber sollten wir auch nicht diskutieren müssen.

Wir sollten aber schon darüber diskutieren, wer in diesem Land, da meine ich Österreich, die Verantwortung trägt, wenn es darum geht, dass genügend Ärzte zur Verfügung stehen.

Diese Maßnahme beispielsweise, die wir letzte Woche, oder diese Woche bekanntgegeben haben, Stipendien zu finanzieren, oder Stipendiaten zu finanzieren, damit wir im Burgenland Ärzte haben, das ist eine Notmaßnahme, weil der Bund nicht in der Lage ist und über Jahre hindurch nicht in der Lage ist, dafür Sorge zu tragen, dass in Österreich genügend Ärzte vorhanden sind. Und Sie kennen alle die Thematiken, die es gibt im niedergelassenen Bereich, im Fachärzteebereich und im Spitalsbereich.

Wir tolerieren und wir sehen sehenden Auges zu, dass in unseren öffentlichen Universitäten tausende Medizinstudenten ausgebildet werden, tausenden Studenten zu Ärzten ausgebildet werden, und wir sehen sehenden Auges zu, dass ungefähr 33 Prozent dieser Absolventen, die der Steuerzahler finanziert hat, ins Ausland verschwinden.

Die Bundesregierung sieht sehenden Auges zu. Und zu argumentieren, das ist wieder - da bin ich beim letzten Punkt -, das ist wieder schwierig und Kompliziertes vielleicht zu regeln und das geht höchstwahrscheinlich nicht, stimmt alles nicht.

Wir beweisen es im Burgenland, dass es geht. Wenn man eine Ausbildung finanziert, kann man im Gegenzug auch vertraglich verlangen, dann im Burgenland Arzt zu sein, und genauso könnte es die Bundesregierung machen. Sie macht es eben nicht.

Zweites Beispiel, ja, das stimmt, wir haben auch im Spitalsbereich Unterbesetzungen. Es gibt ein Personaldumping über die Landesgrenzen hinweg, jeder macht mehr und mehr bessere Angebote und die Ärzte können sich aussuchen, wo sie hingehen. Das genau ist der Effekt, der dadurch erzielt wird.

Aber höchstwahrscheinlich, wenn sich die ÖVP 2015 durchgesetzt hätte im Burgenland und wir hätten nur mehr zwei Spitalsstandorte, was Sie ja wollten, darf man ja nie vergessen, Ihr Regierungsmitglied hat damals gefordert, zwei Spitalsstandorte im Burgenland, dann hätten wir zumindest für heute dieses Problem gelöst, stimmt, dann hätten wir höchstwahrscheinlich in den zwei Spitalsstandorten genügend Ärzte, wenn man das umlegt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber zu Ihrer Frage jetzt konkret, Verfassungsklage. Da muss man bis zu einem gewissen Grad ausholen. Es hat 2014 bereits eine verfassungsgerichtliche Überprüfung des Ärztezeitgesetzes gegeben. Und diese Verfassungserkenntnis sagt aus, oder die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes diesbezüglich sagt ganz klar aus, die seitens

der Bundesregierung zugewiesene Tätigkeit, ausgelagerte Tätigkeit an die Ärztekammer wie beispielsweise die Führung der Ärzteliste darf nicht ausgegliedert werden, die muss im öffentlichen Bereich geführt werden.

An diesem Erkenntnis - und da gibt es viele andere Erkenntnisse, wenn man sich dafür interessiert, die sich damit ganz klar auseinandersetzen, was ist eine Aufgabe des Staates und was kann ich in die Interessensvertretung oder in die Privatwirtschaftsverwaltung ausgliedern. Da gibt es klare Spielregeln.

Und das, was wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben, ist, dass die Bundesregierung der Vergangenheit und da waren viele und es war immer die ÖVP dabei, die größten Lobbyisten für die Ärztekammer waren. Es waren alle Zuständigkeiten und Tätigkeiten dorthin ausgegliedert. Und wenn wir jetzt diese und wir haben es bereits eingebracht, diese Verfassungsgerichtshofklage.

Zur Information, wurde im März in der Regierung beschlossen, sie ist öffentlich abrufbar. Sie können das auch nachlesen, was wir da eingebracht haben, dann richtet sich eine Verfassungsklage nicht gegen die Ärztekammer, wie Sie versuchen, das darzustellen. Wir klagen die Ärztekammer, nein, wir klagen nicht die Ärztekammer.

Wir ziehen vor den Verfassungsgerichtshof, weil wir der Meinung sind, dass der Bundesgesetzgeber hier einen Fehler gemacht hat.

Wir ziehen vor den Verfassungsgerichtshof und klagen den Bundesgesetzgeber, das ist richtig, nicht die Ärztekammer.

Und was ist passiert jetzt? Warum machen wir das?

Genauso wie es mit der Führung der Ärzteliste ist, hat es, Sie haben das richtig zitiert im letzten Jahr, war es im September, ich weiß es jetzt nicht, eine Entscheidung der Kurie der niedergelassenen Ärzte innerhalb der Ärztekammer gegeben, wo diese Kurie beschlossen hat und gesagt hat, wir machen den Wochenenddienst, Feiertagsdienst nicht mehr verpflichtend, sondern nur mehr freiwillig.

Wobei man auch eines wissen muss, nicht das Land finanziert diesen Wochenenddienst und diesen Bereitschaftsdienst. Vertragspartner für diesen Wochenenddienst und Feiertagsdienst ist die Österreichische Gesundheitskasse, nicht das Land Burgenland.

Wir haben gesagt und da gibt es viele Beispiele und das ist auch ein großes Thema und eine Riesendiskussion, weil es ständig passiert. Es passiert ständig, dass die Aufgaben und die Finanzierungsaufgaben, die eigentlich wo anders liegen, die beim Bund liegen, die möglicherweise bei der ÖGK liegen, ins Land verschoben werden.

Anderes Beispiel, Psychotherapeuten, jetzt kann man diskutieren und da werden alle beipflichten, wie wichtig sie sind. Wir hätten im Burgenland höchstwahrscheinlich keine, wenn wir nicht seitens des Landes die Tarife, die an und für sich seitens der ÖGK gezahlt werden, nicht finanziell unterstützen.

Weil es unterschiedliche Tarife gibt. Es gibt Tarife für das Burgenland, es gibt Tarife für Niederösterreich, es gibt Tarife für Wien. Irgendjemand, ich habe das schon ein bisschen verdrängt, aber irgendjemand in den letzten Jahren hat doch großartig einmal verkündet, ich glaube, es war ein Messias, der über Österreich gekommen ist, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Gusenbauer vielleicht?*) hat doch irgendwann großartig verkündet, wir legen jetzt die Kassen zusammen, wir haben eine Österreichische Gesundheitskasse und alles wird besser. Wir ersparen uns viel Geld und alles wird besser, in Wirklichkeit ist alles teurer geworden.

Und das Problem der Österreichischen Gesundheitskasse war, dass der burgenländische niedergelassene Arzt für die gleiche Leistung weniger bekommt wie der niederösterreichische, wie der Wiener, das haben wir noch nicht gelöst.

Was sagen Sie da Ihren Regierungskollegen auf Bundesebene? Das ist alles egal. Dass 33 Prozent der Ärzte wieder Österreich verlassen, ist alles egal, das interessiert auch niemanden. Das sind alles steuerfinanzierte Systeme und niemand kümmert sich darum und sagt, das ist alles wurscht.

Vielleicht ist es zu kompliziert, wie wir heute schon gehört haben. Da muss man was ändern.

Warum machen wir diese Verfassungsklage jetzt? Weil wir fest davon überzeugt sind, dass nicht der Betroffene selbst entscheiden kann, ob man einen Wochenenddienst macht oder nicht, sondern das ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.

Es stimmt, ich habe eine erste Gesprächsrunde auch mit der Kurie gemacht, da ist zutage getreten, da hat man mir gesagt, ja, schau, wir haben das jetzt einmal beschlossen, das wurde beschlossen, ohne dass wir informiert wurden auch im Vorfeld. Wir selbst haben das aus den Medien erfahren und das ist uns zugetragen worden. Wir haben das nicht gewusst, dass jetzt die Kurie plötzlich beschließt, wir machen keine verpflichtenden Wochenenddienste mehr.

Aber es ist gesagt worden, kein Problem, wir wollen sie halt freiwillig machen, wir sind selbständig, wir wollen sie freiwillig, werden wir es absolvieren. Es wird keine Defizite geben.

Und ich habe Ihnen damals im September schon gesagt, es wird sich genauso entwickeln wie in Niederösterreich.

In Niederösterreich das gleiche Bild. Da sagt keiner was und da handelt auch niemand seitens der ÖVP-Regierung in Niederösterreich. In Niederösterreich wird es akzeptiert, dass die Wochenenddienste und die Bereitschaftsdienste bereits auf 70 Prozent Besetzungsgrad heruntergefallen sind.

Und wir sind genau am gleichen Weg dorthin. Nur es gibt einen Unterschied. Wir seitens der Burgenländischen Landesregierung wollen nicht Passagier sein und zuschauen, sondern wir handeln.

Wir machen was. Ich habe auch eingefordert, natürlich mit der Österreichischen Gesundheitskasse, die Österreichische Gesundheitskasse ist ein Vertragspartner für die Ärzte, einen Vorschlag zu erarbeiten.

Wissen Sie, wie der Vorschlag ausgesehen hat? Acht Stunden Bereitschaftsdienst, 2.480 Euro, acht Stunden 2.480 Euro unter der Annahme, das muss ich fairerweise sagen, dass pro Stunde vier Patienten zur Behandlung kommen. 2.480 Euro, das bedeutet für vier Tage im Monat, vier Tage Arbeit im Monat, acht Stunden, 10.000 Euro.

Na, wer will denn da noch diskutieren? Die Gesundheitskasse hat gesagt, darüber reden wir gar nicht mehr. Da brauchen wir gar nicht mehr diskutieren darüber, das ist nicht machbar.

Wenn Sie diese Stundensätze umlegen auf eine Jahresarbeitszeit von 1.739 Stunden, was üblich ist, bin ich bei einem Jahreseinkommen von 530.000 Euro. Das ist ja alles nicht mehr normal.

Das sind aber genau diese Ausprägungen, die wir jetzt wahrnehmen, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass wir genügend Ärzte haben.

Wenn wir genügend Ärzte hätten, wenn es wieder ein Interesse für Planstellen gäbe, wenn sich die Leute bewerben würden, dann hätten wir dieses Problem nicht.

Das ist der Punkt und das Thema. Und wer schaut zu? Die Bundesregierung schaut zu.

Wer schaut in Niederösterreich zu? 70 Prozent Deckung? Die Landesregierung schaut zu.

Aber noch einmal: Wir im Burgenland schauen nicht zu, wir haben Maßnahmen gesetzt.

Die erste Maßnahme, die wir gesetzt haben, ist, dass wir Ärzte-Stipendien finanzieren, angehenden Ärzten Stipendien finanzieren. In einer Dimension, natürlich brauchen die Ärzte ein Studium, dauert sechs Jahre, ist ja alles kein Thema.

Wir haben in dieser Systematik schon 18 Ärzte drinnen, machen jetzt bestehenden Burgenländern, die privat sich das Studieren finanzieren, das gleiche Angebot, dann im Burgenland zu bleiben, (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das hätte man längst müssen. Die Ausbildung dauert ja.*) aber spätestens in sechs, sieben Jahren und das beginnt mit September in diesem Studienjahr, haben wir jedes Jahr 55 Abgänger, die im Burgenland ihren Dienst machen.

Wir müssen das finanzieren, das wäre eigentlich eine Aufgabe des Bundes. Da sagt keiner was, das interessiert niemanden, dass der Bund da seinen Aufgaben nicht nachkommt.

Wir werden auch mit dem Wochenenddienst etwas machen. Wir werden mit Sicherheit in den nächsten Monaten ein Modell auf den Tisch legen, aber ein vernünftiges Modell, das nicht vertretungsgetrieben im Vorwahlkampf der Ärztekammer stattfindet, weil dort sind wir ja derzeit, sondern das im Einklang mit vielen einzelnen Ärzten noch Gespräche geführt werden und was wichtig ist, mit der Österreichischen Gesundheitskasse ausgearbeitet wird.

Da sind wir mittendrin, das werden wir präsentieren, und wir werden ein ausgeklügeltes Modell haben, das es sonst in Restösterreich nicht geben wird.

Vielleicht kopiert es dann irgendwer, vielleicht kann das auch in weiterer Folge Niederösterreich übernehmen, sie können es vielleicht dann empfehlen? Auch die Niederösterreicher haben es verdient, dass es am Wochenende einen Ärztedienst gibt. Dort ist es kein Thema, dort wird es verschwiegen.

Und das ist wie in vielen anderen Dingen, was wir heute schon diskutiert haben, das ist unsere Antwort auf anstehende Probleme.

Nicht wegschweigen und verschweigen, wenn es unangenehm ist. Wir legen die Lösung auf den Tisch, ich will diese Verfassungsklage und diese Verfassungsfrage auch eindeutig geklärt haben.

Weil es schon ein Unterschied ist, ob im Interesse der Öffentlichkeit, wenn es einen öffentlichen Versorgungsauftrag gibt, für den ärztlichen Dienst kann es doch wohl nicht sein, dass derjenige, der diesen Versorgungsauftrag auch abgegolten kriegt, sich aussucht, heute scheint die Sonne, heute möchte ich auf den Neusiedler See fahren, heute mache ich keinen Dienst.

Das gibt es doch nirgends. Das gibt es bei der Exekutive nicht, das gibt es ja nirgends in einem öffentlichen Bereich, wo die Bevölkerung ein Recht auf Versorgung hat.

Das gibt es doch nirgends! Das gibt es bei der Exekutive nicht, das gibt es ja nirgends im öffentlichen Bereich, wo die Bevölkerung Recht auf Versorgung hat. Daher wollen wir diese Frage geklärt haben. Auf der anderen Seite sorgen wir dafür, dass im Burgenland zukünftig genug Ärzte sind, weil der Bund das nicht schafft. Weil Ihre Regierungsvertreter auf Bundesebene das nicht schaffen.

Und in weiterer Folge werden wir gemeinsam mit der ÖGK, weil die finanziert das System, und wir werden beurteilen und wir sind bereit dazu, das zu unterstützen, wie hoch unser Beitrag ist. Gemeinsam mit der ÖGK und auch mit einzelnen Ärzten, auch diese Gespräche gibt es, aber nicht mit einem Vertretungskörper, der in Vorwahlzeiten versucht, gewählt zu werden und da Dinge in den Raum stellt, die einfach nicht finanzierbar sind, werden wir im Sinne, wie schon davor, unserer Bevölkerung am Ende des Tages eine Lösung auf den Tisch legen. *(Beifall bei der SPÖ und des Abgeordneten Géza Molnár)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren, damit bedanke ich mich beim Herrn Landeshauptmann und darf gleich in die Debatte der dringlichen Anfrage einsteigen.

Okay, danke. Hier ist in der Reihenfolge der Redner eine Veränderung eingetreten.

Ich darf nunmehr weiter fortführen in der Debatte über die dringliche Anfrage und darf nunmehr dem Erstredner, das ist der Herr Abgeordnete Géza Molnár, das Wort erteilen. -

Der das nicht möchte, und ich darf gleich an den Herrn Abgeordneten Spitzmüller weitergeben. Sie sind am Wort. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet).*

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir haben Sie gemeldet. Ist in Ordnung! Sie sind auch nicht gemeldet. Dann darf ich weitergehen. Der Herr Klubobmann Tschürtz ist als Nächstes am Wort. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Kilian Brandstätter.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Vorab möchte ich noch zur Geschäftsordnungsdebatte kurz anführen.

Ich glaube, dass die Abstimmung in Ordnung ist. Der Kollege Ulram hat gemeint, dass nur Punkte extra zur Abstimmung kommen können. Steht aber in der Geschäftsordnung, dass auch Teile zur Abstimmung kommen können *(Abg. Markus Ulram: Machen wir nächstes Mal auch!)* und glaube, dort hat es die Diskrepanz gegeben. *(Abg. Markus Ulram: Kein Problem!)*

Also, anscheinend ist das mit dem Teilen auch möglich und nicht nur mit den Punkten in der Beschlussformel.

Vorab noch, weil es jetzt dauernd aufpoppt in allen Medien, weil die Abgeordnete, die grüne Abgeordnete, gesagt hat, na, mit der Gewessler ist es überhaupt kein Problem, weil die SPÖ hat auch einen Ausflug gemacht und das macht überhaupt nichts.

Faktum ist, die Frau Ministerin Gewessler ist mit dem Privatjet geflogen *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das stimmt ja gar nicht!)* und *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Mit dem Kanzler-Jet.)* na, das ist heute in den Medien ganzen Tag, nur damit wir es wissen - und die Journalisten sind mit dem Linienflug geflogen und die Frau Ministerin Gewessler hat sich mit dem Privatjet *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Mit dem Bundeskanzler gemeinsam!)* sozusagen so richtig hofieren lassen.

Hin und retour, nur damit wir das haben. So lustig ist das nicht. Und so witzig ist das wirklich nicht. Also, das wird medial sicherlich noch weitgehende Konsequenzen nach sich ziehen.

Zur heutigen Debatte. Ja, wenn man die Situation insgesamt betrachtet, auch mit der Fragestellung, dann glaube ich ja, dass grundsätzlich die ÖVP und auch die SPÖ für einen Bereitschaftsdienst eintreten.

Es hat halt Schuldzuweisungen gegeben hin und her. Ich selbst habe nicht vernommen, dass der Herr Landeshauptmann - oder habe ich nicht gewusst, das kann man ja ehrlich zugeben -, dass die Bundesregierung geklagt wird und nicht die Ärztekammer. Es hat eigentlich immer einen anderen Anschein für mich gehabt.

Faktum ist natürlich - und das muss man auch ausführen -, dass diese Diskussion doch gut ist, denn durch die Diskussion und auch durch die Fragestellung wird es wahrscheinlich eher zu einer Lösung kommen, als wenn man das nicht gemacht hätte.

In Wahrheit wollen alle das Gleiche. Aber eines, was mich schon ein bisschen stutzig macht - das muss man halt wirklich sagen, bei aller Wertschätzung -, niemand hat gekannt, was die Ärztekammer vorgeschlagen hat. Das habe ich heute das erste Mal gehört. Ich weiß nicht, ob das die ÖVP gewusst hat, wie der Vorschlag ist.

Wenn - 2.500 Euro für einige Stunden Bereitschaft, ist natürlich viel, wenn man das auf vier Mal im Monat hochrechnet, 10.000 Euro ist natürlich schon eine Lawine - und wenn das natürlich die ÖGK zu bezahlen hat, verstehe ich auch, dass das Land sagt, okay, und ich übernehme sofort alle Kosten, die anfallen, nur damit man einen Bereitschaftsdienst hat.

Wobei man natürlich auch diese Bereitschaftsdienstdebatte aus meiner Sicht auch offen und ehrlich führen muss oder beleuchten muss. Wer braucht definitiv wirklich einen Bereitschaftsdienst, einen Ärztebereitschaftsdienst? Ich glaube kaum, dass jemand, wenn er eine Grippe hat oder egal, was für gesundheitliche Probleme hat, sofort einen Arzt anruft.

Wenn man Herzinfarktprobleme hat oder, wenn man spürt, es wird wirklich schlechter, dann ruft man auch die Rettung an. Das soll jetzt aber nicht so sein, dass man sagt, man braucht das nicht. Aber, man muss auch offen und ehrlich diskutieren, inwieweit diese Bereitschaftsdienste in welche Richtung gehen sollen oder auch nicht.

Ich habe auch nicht gewusst, dass es einen Bereitschaftsdienst für Corona-Kranke gibt, wo der Arzt direkt dann zum Corona-Kranken kommt. Habe ich auch noch nicht gehört, muss ich ehrlich sagen.

Das heißt also, diese Diskussion oder diese Debatte heute ist aus meiner Sicht für mich sehr informativ und ich bin überzeugt davon, dass man diese Diskussion auch wirklich so lösen kann, indem man dann auch Erfolge erzielt.

Wie gesagt, was ich aus der heutigen Diskussion mitnehme, ist, dass nicht die Ärztekammer geklagt wird, sondern die Bundesregierung wegen ihrem Handeln und wegen ihrem Tun, weil hier natürlich auch die Verantwortung dort liegt.

Grundsätzlich, abschließend - natürlich möchte jeder einen ärztlichen Notdienst haben, speziell am Wochenende, na no na, wer net. Und daher ist diese Diskussion aus meiner Sicht äußerst sinnvoll. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann, danke auch für Ihr Kompliment, dass ich mich in der Geschäftsordnung auskenne, und ich freue mich über



eine Entschuldigung vom Herrn Klubobmann Ulram, die wäre angebracht. Nicht nur in diesem Fall, sondern auch in anderen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten Kilian Brandstätter - nur wieder für alle - als vorläufig letztgemeldeten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ansagen.

Bitte, Sie sind am Wort.

**Abgeordneter Kilian Brandstätter (SPÖ):** Geschätzte Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute wieder über die burgenländische Gesundheitsversorgung. Und ich halte grundsätzlich fest, dass jede Diskussion, die einen konstruktiven Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer leistet, begrüßenswert ist.

Ich möchte aber auch kritisch hinterfragen, wie es zu dieser heutigen Diskussion gekommen ist. Wir debattieren heute die Verfassungsklage zum Ärztegesetz bezüglich Not- und Bereitschaftsdienste der Ärzte. Unser Landeshauptmann hat diese eingebracht, damit die wohnortnahe Gesundheitsversorgung auch an Wochenenden, Feiertagen und anderen Randzeiten in Zukunft gewährleistet ist.

Die derzeitige Verordnung der Kurie der niedergelassenen Ärzte sieht vor, dass die Not- und Bereitschaftsdienste der Ärzte nicht mehr verpflichtend sind und die Gesundheitspolitik das so hinnehmen muss. Um diesen unhaltbaren Zustand nicht einfach hinzunehmen, hat unser Landeshauptmann eine Verfassungsklage eingebracht, mit dem Ziel, die betreffenden Bestimmungen im Ärztegesetz zu kippen.

Man hat also hier die Initiative ergriffen, um die Gesundheitsversorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer abzusichern. Was aber jetzt im Vorfeld dieser Sitzung passiert ist, ist für mich unverständlich. Ich halte fest, wir diskutieren heute eine Anfrage der ÖVP bezüglich der Verfassungsklage „Bereitschaftsdienste Ärzte“.

Am 3. Februar wurde vom Landeshauptmann eine schriftliche Anfrage der ÖVP zum gleichen Thema beantwortet. Am 14. Februar kam wieder eine schriftliche Anfrage, wieder von der ÖVP zum Thema „Bereitschaftsdienste Ärzte“. Und heute, am 25.03., heute Morgen, kam wieder eine Anfrage, wieder von der ÖVP, diesmal dringlich mit dem Thema - no na net - „Bereitschaftsdienste Ärzte“.

Ich bin der Überzeugung und der Meinung, es ist von äußerster Bedeutung dieses Thema, weil wir hier um das Recht der Burgenländerinnen und Burgenländer auf eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung auch an Wochenenden und Feiertagen diskutieren. Nur frage ich mich, wie ernst meint die ÖVP das?

Vor über zehn Tagen wurde eine Pressemitteilung mit allen Informationen zur Klage und die Klage selbst auf [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at) veröffentlicht. Sie ist abrufbar und Sie stellen ernsthaft heute Fragen, wie, ich zitiere aus Ihrem Antrag: „Wogegen richtet sich die Verfassungsklage konkret? Welche Passage des Ärztegesetzes ist aus Ihrer Sicht verfassungswidrig?“.

Und jetzt die Krönung, Herr Kollege, *(Abg. Markus Ulram: Fragen darf ich aber schon noch, was ich will, oder?)* hören Sie gut zu: „Wann wurde die Verfassungsklage konkret eingebracht.“ Herr Kollege Ulram, schauen Sie her, *(Der Abgeordnete zeigt ein Schriftstück in die Runde der Abgeordneten)* das ist die Klage, die ist abrufbar auf [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at), und ich überreiche sie Ihnen auch gerne dann im Anschluss.

Sie finden hier das Datum. Was ist das? Was ist das? *(Abg. Markus Ulram: Siehst Du, so niederträchtig redet Ihr immer und das ist das - Drüberfahren, blöd Daherreden!)*

Ich weiß nicht, haben Sie entweder kein Internet gehabt oder haben Sie die Klage nicht gelesen oder ist die Frage einfach, haben Sie das gezielt gemacht, um parteipolitisches Kleingeld zu wechseln? (*Abg. Markus Ulram: Genau! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Ich weiß es nicht. Fakt ist, „copy and paste“ von Anfragen ist zu wenig.

Das trägt nicht zur Verbesserung der Gesundheitspolitik bei. Im Gegenteil, das sorgt für Verunsicherung und schadet dem Ansehen der Politik. Und mit der Gesundheitspolitik für die Burgenländerinnen und Burgenländer spielt man nicht. Und wir laden Sie ein, konstruktive Beiträge einzubringen und diese parteipolitischen Spielchen beiseite zu lassen.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben ein Anrecht auf eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und das auch an Wochenenden und Feiertagen. Und dafür haben wir uns und werden wir uns weiterhin einsetzen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen dargelegt, wie die Opposition sich hier einbringt, speziell die ÖVP. Es werden Anfragen gestellt, die öffentlich einsehbar sind. Und es geht hier anscheinend nur darum, der SPÖ zu schaden, irgendwie zu attackieren, egal wie. Es ist traurig, welches Sittenbild Sie hier abgeben, während das Burgenland wichtige Maßnahmen für das Gesundheitssystem verfolgt.

Ja, der Ärztemangel ist real und deshalb treten wir auch in Aktion. Der Landeshauptmann hat hier die Initiative gestartet für die dislozierten Ambulanzen, damit die Ordinationen in den Gemeinden auch gesichert sind. Es gibt Vorbereitungskurse für den Aufnahmetest zum Medizinstudium. Es gibt Stipendien für Medizin-Studierende, für Turnusärzte und es gibt natürlich auch, wie es der Landeshauptmann vorhin schon gesagt hat, neue Studienplätze.

Also, es ist vieles in Planung. Und ich möchte noch abschließen mit einem „es geht auch anders, als mit der vorgehenden Darbietung“. Wir haben - in meiner Gemeinde in Gols ist die Nachbesetzung des zweiten Kassenarztes angestanden. Und wir haben es hier geschafft, miteinander - alle Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind - an einem Strang zu ziehen und haben in kürzester Zeit von November bis vor kurzem geschafft, eine neue Arztpraxis einzurichten mit einem neuen zweiten Kassenarzt, Dr. Asboth.

Also, es geht auch anders, als - ohne Patzerei. (*Abg. Markus Ulram: Die Roten können nur mit Patzerei. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Und lieber Kollege Ulram, die Klage habe ich hier und ich gebe sie Ihnen zum Nachlesen. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke, Herr Abgeordneter, nunmehr darf ich den Herrn Abgeordneten Fazekas um seine Ausführungen bitten.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zeigt mir klar, dass die SPÖ-Alleinregierung offensichtlich kein Interesse daran hat, eine offene, eine transparente Politik zu betreiben.

Es wird ständig Verantwortung abgeschoben. Es sind ständig alle anderen schuld, und es werden ständig die Fehler bei anderen gesucht. Tatsache ist, meine geschätzten Damen und Herren, dass gerade dafür, was wir seit Monaten im Bereich der Gesundheitsversorgung im Burgenland erleben, der Landeshauptmann und die SPÖ-Alleinregierung die alleinige Verantwortung tragen.

Wir erleben hier einen Kahlschlag in der Gesundheitsversorgung im Burgenland. Es soll ja künftig nur mehr zwei Schwerpunktkrankenhäuser geben, Eisenstadt und Oberwart. Die restlichen Krankenhäuser werden reduziert. Es werden 142 Spitalsbetten reduziert und gestrichen. Es wird die Geburtsstation Oberpullendorf offensichtlich nach 2025 zugesperrt und dafür, Herr Landeshauptmann, tragen Sie die Verantwortung, nicht die Bundesregierung, sondern Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Entscheidungen, die Sie getroffen haben.

Und hinzu kommt die Frage des Ärztebreitschaftsdienstes. Und statt bei diesem wichtigen Thema für Lösungen zu sorgen, agiert der Landeshauptmann mit Ignoranz, mit einer Drüberfahr-Politik und es wird geklagt.

Und wenn der Landeshauptmann heute sagt, dass Lösungen noch einige Monate dauern werden, ja, dann frage ich mich, was hier passiert, und dann kann ich nur festhalten, dass der Landeshauptmann endlich gefordert ist, dieses wesentliche Thema anzugehen, anstatt sich ständig mit anderen Themen zu beschäftigen, für die er keine Verantwortung trägt. Immerhin geht es am Ende des Tages um die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Je länger hier regiert wird seitens der SPÖ-Alleinregierung und des Herrn Landeshauptmanns, desto mehr kommen die populistischen Züge ans Tageslicht. Und am Ende des Tages schadet diese Politik dem Burgenland, denn wir erleben eine Politik mit der Brechstange.

Ich habe das vorher schon ausgeführt, offensichtlich ist der gute burgenländische Weg verlassen worden, der Weg des Dialogs, der Weg der Verhandlungsbereitschaft, der Verhandlungen auf Augenhöhe. Dieser Weg, der ist verlassen worden.

Und diese Entscheidungen und dieser Stil, den wir hier erleben im Bereich der Gesundheitsversorgung, im Bereich des Ärztebreitschaftsdienstes, der ist kein Einzelfall. Denn wenn man zurückblickt, so gewinnt man den Eindruck, dass sich der Landeshauptmann mehr und mehr zum Chefankläger der Republik entpuppt hat. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo der Landeshauptmann als Chefankläger der Republik mit Klagen um sich schmeißt.

Erstes Beispiel, erst unlängst, vor einigen Tagen bekannt geworden ist, das Normkontrollverfahren beim Verfassungsgerichtshof in Bezug auf Vollspaltböden, das eingeleitet wird. Unabhängig davon, dass ab 2023 neue Mindeststandards bei der Schweinehaltung gelten werden, ist schon auch hinterfragenswert, wie genau es zu solchen Klagen kommt.

Konkret stellt sich schon für uns und für mich die Frage, ob das Kleinbegeben des Vereins gegen Tierfabriken rund um die drohende Volksabstimmung beim Jagdgesetz mit diesem Normkontrollverfahren in Zusammenhang steht. Es steht schon die Frage im Raum, ob es hier Vereinbarungen versteckter Natur im Vorfeld gegeben hat.

Ein zweites Beispiel, wo man zur Klage greift. Die Klagsandrohung im Bereich der Therme Lutzmannsburg beziehungsweise Reduce Gesundheitsressort. Vor einigen Wochen haben die Verantwortlichen bekannt gegeben, hier eine Klage einbringen zu wollen, weil sie anprangern, keine COVID-Hilfen des Bundes bekommen zu haben.

Was mich schon irritiert, wenn man dann in die Beihilfentransparenz-Datenbank der Europäischen Union blickt, Herr Landesrat Schneemann. Die Sonnentherme hat am 27.01.2021 800.000 Euro an Hilfen bekommen seitens der Bundesregierung. Zusätzlich hat die Therme Lutzmannsburg zwei Kurzarbeitsanträge gestellt in Höhe von über 2,3 Millionen Euro. Soviel zum Thema, man hätte keinen Ersatz bekommen.

Ein weiteres Beispiel, wo man zum Instrument der Klage greift. Das Gesetzesüberprüfungsverfahren in Bezug auf das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz. Ein weiteres prominentes Beispiel, wo der Chefankläger der Republik Doskozil durchschlägt. Es hat die Ankündigung gegeben, hier ein Gesetzesprüfungsverfahren beim Verfassungsgerichtshof einzuleiten. Hintergrund ist der Commerzialbank-Skandal. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was ich hier erwähnen möchte, gerade bei diesem Skandal hat der Landeshauptmann persönlich gemerkt und erlebt, was es heißt, wenn die Justiz gegen einen persönlich ermittelt. Wir wissen, es gibt acht verschiedene Versionen darüber, wie der Landeshauptmann über die Schließung der Bank erfahren hat.

Er hat sich ja nicht nur in den Medien widersprochen, er hat sich auch unter Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss widersprochen, was dazu geführt hat, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Ermittlungen gestartet hat und er in diesem Verfahren als Beschuldigter geführt wird.

Herr Kollege Fürst, Sie haben damals gesagt, in vierzehn Tagen ist das Verfahren eingestellt, da ist nichts dran. Mittlerweile sind über zehn Monate vergangen, geschätzter Herr Kollege Fürst, zehn Monate! Das Verfahren ist noch immer nicht eingestellt.

Nein, das Gegenteil ist der Fall, nämlich, dass es weitere Ermittlungsschritte im November gibt, die angeordnet worden sind. Und ich fordere an dieser Stelle noch einmal den Landeshauptmann auf, dass er im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer die Ermittlungsstände rund um diesen Commerzialbank-Skandal offenlegt.

Offensichtlich ist es so, immer, wenn es eng wird, immer, wenn man ins Eck gedrängt wird, immer, wenn der Landeshauptmann Schlagzeilen sucht, dann greift er zu dieser Klagsdrohung und wird damit zum Chefankläger der Republik.

Aber was schon auffällt, meine geschätzten Damen und Herren, er ist nicht konsequent. Er ist nicht konsequent, denn ich frage mich schon, wo bleiben die Klagen und rechtlichen Schritte im Bereich der BELIG. Immerhin wurde hier offensichtlich Landesvermögen verscherbelt und damit der Burgenländer und die Burgenländerin geschädigt.

Wer schaut hier tatenlos zu, meine geschätzten Damen und Herrn? Es ist der Landeshauptmann, der hier tatenlos zusieht. Wo bleiben die Klagen und rechtlichen Schritte, meine geschätzten Damen und Herren, im Bereich des Verkaufs der Reinigungsfirma Facility-Management-Burgenland?

Auch hier wurde Landesvermögen offensichtlich an einen Parteigünstling verscherbelt, anstatt einen höheren Preis zu erzielen. Beim Verkauf dieser Unternehmung gab es keine Ausschreibung und diese Firma ist offensichtlich unterm Wert verkauft worden.

Damit wurde offensichtlich dem Burgenländer, der Burgenländerin geschadet. *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Geschädigt!)* Wer schaut hier tatenlos zu? Wer schaut hier tatenlos zu, meine geschätzten Damen und Herren? Der Landeshauptmann.

Wo bleibt das Eingeständnis der SPÖ-Alleinregierung, dass das Land bei der Aufsicht und Kontrolle der Eigentümergenossenschaft der Commerzialbank versagt hat? Wo bleiben die rechtlichen Schritte und Konsequenzen gegenüber der Landtagspräsidentin Dunst, die sich einerseits beim Commerzialbank-Untersuchungsausschuss rechtswidrig verhalten hat, rechtswidrig Passagen aus dem

Einsetzungsantrag gestrichen hat? (*Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Roland Fürst*) Das hat das Landesverwaltungsgericht, Herr Kollege Fürst, entschieden!

Wo bleiben die Schritte und Konsequenzen in Bezug auf die Corona-Causa der Landtagspräsidentin Dunst, wo nach wie vor im Raum steht, ob sie nicht privilegiert behandelt wurde beziehungsweise ob sie rechtswidrig gehandelt hat? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Da hört man wenig vom Landeshauptmann, da hört man wenig von der SPÖ. Hier wird tatenlos zugesehen, meine geschätzten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Sie wären gut beraten, sich darum zu kümmern, die Sorgen der Menschen endlich ernst zu nehmen und die Probleme, die vorliegen, zu lösen, anstatt dauernd mit Klagen um sich zu schmeißen und dadurch die Steuerzahler weiter zu belasten. Ich fordere Sie endlich auf, zurückzukehren zum Verhandlungstisch, anstatt mit Klagen herumzuwerfen, im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer, vor allem im Bereich der Gesundheit, Lösungen zu erzielen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren, es liegen nunmehr keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Debatte über die dringliche Anfrage beendet.

Die Anfrage wurde natürlich dementsprechend nach § 29 Abs. 3 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an Herrn Landeshauptmann bereits überstellt und ich darf damit schon die Tagesordnung für erledigt erklären.

Sie wissen, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, dass Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung rechtzeitig bekannt gegeben werden, das in schriftlicher Form. Ich darf aber schon hinweisen, dass die nächste Sitzung des Landtages, wie Sie alle wissen, für den 07. April vorgesehen ist.

Damit darf ich die heutige Sitzung für geschlossen erklären.

**Schluss der Sitzung: 14 Uhr 10 Minuten**